



Kurdenprozess in der Türkei

Trotz aller Proteste – Anwälte der Minderheit werden weiter verfolgt. **Seite 8**

Foto: AFP/Adem Altan

Brutale Neonazis

Im Jahr 2013 schlugen Rechtsextreme in Berlin 57 Menschen zusammen. **Seite 11**

Adèles Liebe

Im Kino: Cannes-Sieger »Blau ist eine warme Farbe«. **Seite 15**

Foto: Alameda Film

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 19. Dezember 2013

68. Jahrgang/Nr. 295 Bundesausgabe 1,60 €, Auslandspreis 1,90 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Keine Hoffnung aus Brüssel

Simon Poelchau über EEG-Umlage und Rabatte für die Industrie

Ist es gut oder schlecht, dass die EU-Kommission am Mittwoch gegen Deutschland ein Beihilfeverfahren wegen der Industrierabatte bei der Ökostromumlage eingeleitet hat? Daran können sich die Geister jetzt scheiden.

Zumindest kritisierten Klima- und Verbraucherschützer zu Recht immer wieder diese Subventionen. Denn die Befreiungen von der EEG-Umlage für große Unternehmen treiben die Strompreise für kleine Verbraucher in die Höhe und schaden der Umwelt, weil damit der Industrie der Anreiz genommen wird, Energie zu sparen. Auch kann sich die Branche der Erneuerbaren über die Entscheidung aus Brüssel freuen. Schließlich wird die jetzige Förderung von Ökostrom nicht angetastet.

Doch eben das hätte die Kommission leicht machen können: So argumentiert sie, dass die Rabatte staatliche Beihilfen sind. Auch die EEG-Umlage könnte man als Eingriff in den Markt verstehen, denn mit ihr wird sichergestellt, dass die Betreiber von Ökostromanlagen einen festen Preis für ihr Produkt bekommen. Das dient zwar einem guten Zweck, nämlich der Förderung Erneuerbarer Energien, doch ist es nicht unbedingt vereinbar mit den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Wettbewerbskommission. Die setzt, wie es ihr Name schon andeutet, meist auf freien Wettbewerb.

Und so verkündete Brüssel auch, Leitlinien für eine »marktfreundliche« Förderung Erneuerbarer beschließen zu wollen. Hoffnung macht das nicht.

UNTEN LINKS

Oberhof sucht verzweifelt Schnee. Ohne den keine Tour de Ski, kein Biathlon-Weltcup und kein Oberhof im Fernsehen. Und die Touristen fahren nach Jerusalem, wo der Garten Gethsemane unter den Kristallen glitzert, oder nach Kiew, wo sie den vielen Schnee in Säcken auf die Barrikaden schmeißen. So sieht es aus. Wahrscheinlich ist daran auch diese Pechchristine aus der Thüringer Staatskanzlei schuld, die einfach nicht an die Goldmarie übergeben will, ehe sie nicht den ganzen Notgroschen an irgendwelche Regierungsfreunde für Ruhstandsgelächter, doppelte Bezüge oder Arztrechnungen verballert hat. Anstatt mal ein bisschen Schnee davon einzukaufen oder einfach die Betten etwas fleißiger auszusütteln, damit es im Land schneit. In Zukunft wollen die Oberhofer übrigens jede einzelne Flocke in riesigen Kühlschränken aufbewahren. Schnee von gestern rauszuholen ist immer noch besser, als an die Erfüllung eines Märchens zu glauben. *ott*

Einzelpreis Tschechien 67/77 CZK
ISSN 0323-3375



Foto: imago/McPHOTO

Berlin. Um die Rote Flora im Hamburger Schanzenviertel gibt es seit Jahren Streit. Seit beinahe einem Vierteljahrhundert ist das linksalternative Kulturzentrum besetzt, hat Bürgermeister kommen und gehen sehen, hat gesehen, wie die Schanze von einem alternativen Viertel zum teuren Yuppiekiez mutierte. Nun soll mit der Flora Schluss sein. Der Eigentümer Klausmartin Kretschmer, der das ehemalige Variété im Jahr 2001 vom Hamburger Senat kaufte, setzte den Besetzern ein Ultimatum. Wenn sie bis zum Freitag sein Eigentum nicht verlassen, will er mit Hilfe der Polizei räumen lassen, teilte Kretschmer mit.

Damit provoziert er einen Konflikt, der seit Jahren eigentlich keiner mehr war – und nervt

selbst Lokalpolitiker. Nach ergebnislosen beziehungsweise versuchten Vertragsverhandlungen in den Jahren 1989, 1992 und 2000 hatte der Hamburger Senat das besetzte Gebäude an den Immobilienhändler Kretschmer verkauft – mit der Auflage, dass es nur mit der Zustimmung des Senats weiterverkauft werden darf.

Der aktuelle Konflikt entzündete sich an den Ankündigungen des Eigentümers und seines Mieters Gerd Baer von der Firma Baer und Baer Consulting, ein sechsstöckiges kommerzielles Kulturzentrum bauen zu wollen, wo jetzt die Flora steht. Kurz nach Bekanntgabe der Pläne beschloss die Bezirksversammlung Altona im Oktober, das Gebäude dürfe weder

umgebaut noch abgerissen werden und solle als Kulturzentrum erhalten bleiben. Kretschmer und Baer warfen daraufhin den Floristen vor, neun Millionen Euro aus dem Konzertbetrieb eingenommen zu haben, versuchten ein Solidaritätskonzert zu unterbinden und stellten das Räumungsultimatum.

Die Floristen rufen für den kommenden Samstag zur Demo »Flora bleibt unverträglich!« auf. Die Polizei rechnet mit bis zu 6000 TeilnehmerInnen und schürt die Angst vor Gewalt und brennenden Mülltonnen. Die Demo, die sich um den Erhalt der Flora und die Zukunft der einsturzgefährdeten Esso-Häuser an der Reeperbahn dreht, beginnt um 14 Uhr – selbstverständlich in der Schanze. *jme Seite 3*

EU prüft deutsche Industrierabatte

Wettbewerbskommission leitet Beihilfeverfahren wegen Ausnahmen von der Ökostromumlage ein

Dass viele Unternehmen keine EEG-Umlage zahlen müssen, macht den Strom für Haushalte teurer. Brüssel nimmt die Rabatte nun unter die Lupe.

Von Simon Poelchau

EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia gratulierte Bundeskanzlerin Angela Merkel noch zu ihrer Wiederwahl. Viel weiter ging die Zuneigung des Spaniers zur alten und neuen Regierungschefin nicht: Der Wettbewerbschützer eröffnete am Mittwoch gegen Deutschland ein Beihilfeverfahren. Gegenstand der Untersuchung sind die Befreiungen energieintensiver Unternehmen von der sogenannten EEG-Umlage.

Noch am Vormittag hatte Merkel diese Industrierabatte verteidigt. »Wir brauchen wettbewerbsfähige Unternehmen«, sagte sie in ihrer Regierungserklärung im Bundestag. Zwar werde die Koalition »eng mit der Kom-

mission zusammenarbeiten«, aber auch »deutlich machen, dass Europa nicht dadurch stärker wird, dass auch in Deutschland noch Arbeitsplätze gefährdet werden«, so Merkel.

Nichtsdestotrotz befand Brüssel nun, dass einigen Firmen durch diese Rabatte ein »selektiver Vorteil« gewährt werde, der den »Wettbewerb im EU-Binnenmarkt wahrscheinlich verfälscht«. Dabei richtet sich das Verfahren nicht gegen das ganze Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), mit dem der Ausbau von Ökostrom finanziert werden soll: »Gut konzipierte staatliche Fördermaßnahmen können maßgeblich zur Verwirklichung der Energie- und Klimaschutzziele der EU für 2020 beitragen«, erklärte Almunia.

Was den Brüsseler Diplomaten missfällt, ist die Version des EEG aus dem Jahr 2012. Damals hatte Schwarz-Gelb die Möglichkeiten zur Befreiung von der Ökostromumlage massiv ausgeweitet. Weil

diese Rabatte über vom Staat kontrollierte Mittel finanziert werden, sind sie der Kommission zufolge staatliche Beihilfen.

Auch in Deutschland waren die Rabatte in der Vergangenheit in die Kritik geraten. So bekam die

»Wir haben ohnehin eine Novelle des EEG vor.«

Energieminister Sigmar Gabriel (SPD)

Kommission viele Beschwerden von Verbrauchern und Wettbewerbern. Denn durch die Befreiungen erhöht sich die Umlage für die restlichen Verbraucher.

Der frischgebackene Wirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel (SPD) wies das Beihilfeverfahren als eine »Einmi-

Cameron will Sozialleistungen drastisch drosseln

London: EU-Einwanderern werden ab 2014 die Beihilfen gekürzt

London. Großbritannien kürzt die Unterstützungsleistungen für Einwanderer aus EU-Staaten. Der Grund: angeblicher Sozialhilfetourismus. Ab Jahresbeginn bestehe in den ersten drei Monaten nach Einwanderung kein Anspruch auf Arbeitslosenhilfe mehr, erklärte Premier David Cameron am Mittwoch. Er will noch diesen Donnerstag ein entsprechendes Gesetz im Parlament verabschieden lassen. Hintergrund ist unter anderem die vollständige Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus Rumänien und Bulgarien ab Januar.

»Ich möchte klarstellen, dass Großbritannien für Geschäftstätige sehr offen ist, aber wir wollen keine Menschen aufnehmen, die sich daran nicht beteiligen«, erklärte Cameron mit Blick auf arbeitslose Einwanderer. »Die meisten EU-Bürger, die nach Großbritannien kommen, tun dies, um hier als Teil des gemeinsamen Marktes zu arbeiten, die Wirtschaft zu stärken und ihre Steuern zu zahlen«, fügte er hinzu. Allen anderen Einwanderern werde Großbritannien keine Arbeitslosenhilfe »ab dem Tag eins« mehr gewähren. Camerons Regierung klagt bereits seit Längerem über zu viele Einwanderer aus ärmeren EU-Staaten wie etwa Rumänien und Bulgarien, meist Angehörige der Roma-Minderheit, und wirft ihnen vor, die britischen Sozialsysteme zu belasten.

Im November legte die Regierung ein umstrittenes Maßnahmenpaket gegen missliebige Einwanderung vor, bislang gab es aber keinen konkreten Zeitplan. Kritik kam unter anderem aus Rumänien und von Seiten der EU-Kommission. Das vorgesehene Paket werde Großbritannien zu einem »weniger attraktiven Ort für EU-Einwanderer machen, die herkommen und versuchen, auf Staatskosten zu leben«, erklärte Cameron nun.

Kritiker Camerons halten das neue Gesetz für Spiegelfechterei. EU-Arbeitnehmer können in den ersten drei Monaten nach dem Umzug in ein anderes EU-Land ohnehin im Heimatland Sozialleistungen weiterbekommen. *Agenturen/nd*

KURZ

Klonfleisch nicht zum Verzehr

Brüssel. Geklonte Tiere sollen auch künftig in der EU nicht gegessen werden dürfen. Die EU-Kommission legte am Mittwoch zwei Entwürfe für Richtlinien vor, mit denen das Klonen von Tieren für die Lebensmittelproduktion und die Verwendung von Fleisch geklonter Tiere verboten werden. *dpa/nd*

Amnestiegesetz verabschiedet

Moskau. Die russische Duma hat ein vom Kreml eingebrachtes Amnestiegesetz verabschiedet. 446 der 450 Abgeordneten des Unterhauses stimmten am Mittwoch in dritter und letzter Lesung für das Gesetz, das bis zu 25 000 Häftlingen zugute kommen könnte, darunter auch den Musikerinnen der Punkband Pussy Riot sowie den Aktivisten von Greenpeace. *AFP/nd*

Flucht nach Melilla verhindert

Madrid. Spanische und marokkanische Grenzbeamte haben den Versuch Hunderter Flüchtlinge gestoppt, den Grenzzaun zwischen Marokko und der spanischen Exklave Melilla zu überwinden. *AFP/nd*

Mehr Opium-Anbauflächen

Bangkok. In Myanmar ist die Anbaufläche für die Herstellung von Opium nach UN-Angaben 2013 im Vergleich zum Vorjahr um 13 Prozent gewachsen. Demnach wird nun auf 57 800 Hektar Schlafmohn angebaut, berichtete das UN-Büro für Suchtstoff- und Vertriebsbekämpfung in Bangkok. *dpa/nd*

Bei ihrem letzten Treffen in diesem Jahr wollen die Staats- und Regierungschefs der EU über die Reform der Währungsunion sowie die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik beraten. Konkrete Beschlüsse werden jedoch kaum erwartet, auch wenn Angela Merkel, die mächtigste Politikerin in Europa, wieder fest im Sattel sitzt.



Im Rahmen der Mission EUFOR Tchad/RCA waren von März 2008 bis März 2009 etwa 3700 Soldaten aus 14 europäischen Ländern in Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik eingesetzt.

Foto: dpa/Mohamed Mess

Agendapolitik für alle

Kanzlerin Merkel fordert verbindliche Reformen

Von Aert van Riel

Die EU steht möglicherweise vor weiteren großen Reformen. Bei dem an diesem Donnerstag beginnenden zweitägigen Gipfel in Brüssel werden die Staats- und Regierungschefs auch über den sogenannten Wettbewerbspakt diskutieren, ein Beschluss soll hierzu aber erst im Juni 2014 gefasst werden. Mit dem neuen Pakt sollen die Staaten der Eurozone zu einer stärkeren Haushaltsdisziplin gezwungen und Strukturreformen durchgesetzt werden. Auch die Bundesregierung meint, so die Krise in Europa überwinden zu können. »Die bisherigen regelmäßigen Empfehlungen der EU-Kommission zu Reformen in den Mitgliedsländern werden mehr oder weniger freundlich aufgenommen«, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung. Eine Verbindlichkeit entstehe daraus aber nicht. Zusagen müssten eingehalten werden. Deswegen seien »vertragliche Vereinbarungen« zwischen einzelnen Ländern und der EU-Kommission notwendig, wofür auch die EU-Verträge geändert werden könnten, so die CDU-Chefin vor dem Bundestag. Diese Reformverträge sind der Kern des »Wettbewerbspakts«.

Als größte Oppositionsfraktion antwortete die LINKE auf die Rede der Kanzlerin. Fraktionsvize Sahra Wagenknecht wies auf Selbstmorde, zunehmende Obdachlosigkeit und Unternehmenspleiten in Südeuropa hin, während Union und SPD über ihren Koalitionsvertrag verhandelt hatten. Das Vermögen europäischer Millionäre habe sich zeitgleich »um fast 100 Milliarden Euro erhöht«, konstatierte Wagenknecht. Dies seien die Folgen der Politik, die Merkel Europa diktiere. Mit dem »Wettbewerbspakt« würde sich aus Sicht der LINKE-Politikerin die Lage verschärfen. »In bilateralen Knebelverträgen sollen sich Regierungen dazu verpflichten, Unternehmenssteuern zu senken, Entlassungen im öffentlichen Dienst vorzunehmen und das Streikrecht einzuschränken«, kritisierte Wagenknecht.

Der SPD-Außenpolitiker Niels Annen widersprach heftig. Die Große Koalition und die sozialdemokratische Fraktion hätten daran gearbeitet, dass sich diese Krise nicht wiederhole. »Wir sind überzeugte Europäer. Deswegen sind wir in der Lage, uns auf eine gemeinsame wirkungsvolle Politik zu verständigen. Sie bedienen nur alte Klischees«, sagte Annen in Richtung der Linksfraktion. Andere SPD-Politiker vom linken Flügel der Partei hatten dagegen in den vergangenen Monaten erklärt, dass sie den »Wettbewerbspakt« ablehnen.

Aus einer anderen Richtung kommt die Kritik des Grünen Europapolitikers Manuel Sarrazin. Er hält die Reformen für notwendig, monierte aber, dass mit den angestrebten bilateralen Verträgen die EU-Kommission gegenüber großen Mitgliedsstaaten geschwächt werde. Denn nach dem Konzept des »Wettbewerbspakts« solle die Kommission nur dann als »Kettenhund« losgelassen werden, wenn die Eurogruppe, wo Deutschland den Ton angibt, das auch will.

Militärunion mit Abstrichen

Wirtschaftlichkeit ist auch in EU-Sicherheits- und -Verteidigungspolitik ein hohes Gut

Erstmals seit fünf Jahren ist die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU wieder einmal Thema eines Gipfeltreffens. Das ist in der derzeitigen Lage nicht so erstaunlich, wie es zunächst klingt.

Von Katja Herzberg

Mit der Forderung nach einem dauerhaften EU-Kriegsfonds warf Frankreichs Präsident François Hollande nicht mehr als einen kleinen Stein in das in den letzten Jahren still gewordene Wasser der EU-Sicherheits- und -Verteidigungspolitik. Wie für Regierungschefs oft üblich, versuchte er in erster Linie die Interessen seines Landes vorzubringen, in diesem Fall die Lasten für Militäroperationen auf breitere Schultern zu verteilen. Sprich: Auch andere EU-Staaten sollen für Einsätze zahlen, die Frankreich derzeit in Mali und in der Zentralafrikanischen Republik anführt.

Eine solche Debatte war nicht beabsichtigt, als die EU-Kommission im Sommer ein Papier zum Zustand der Gemeinsamen Sicherheits- und Ver-

teidigungspolitik (GSVP) vorlegte. Darin klagte Brüssel über mangelnde Effizienz bei Kriseninterventionen, bei der Verteidigungszusammenarbeit und in der Rüstungsindustrie. Weiterführende Beschlüsse zu diesen Themen sind aber auch beim letzten Treffen der Staats- und Regierungschefs der 28 EU-Mitgliedsstaaten in diesem Jahr nicht zu erwarten. Laut »Spiegel« habe insbesondere Deutschland entscheidende Einschränkungen bereits in dem Entwurf der Abschlusserklärung des EU-Gipfels an diesem Donnerstag und Freitag vorgenommen. In dem Papier, das dem Nachrichtenmagazin nach eigenen Angaben vorliegt, wurden konkrete Zeitangaben und Ziele gestrichen. Ein europäisches Drohnenprogramm werde demnach nicht mehr für den Zeitraum zwischen 2020 und 2025 angestrebt.

Der Europäische Rat soll sich auch nicht mehr dafür aussprechen, die »strategische Autonomie der Union« zu stärken. Dabei wären genau solche grundsätzlichen Wegmarken von Bedeutung, meint der Politikwissen-

schaftler Bernhard Rinke. »Eine europäische strategische Kultur ist erst im Entstehen«, sagt der an der Universität Osnabrück tätige Experte für die Europäische Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber »nd«. »Die EU ist auf dem Weg, sich in eine Interventionsunion zu entwickeln. Aber nur ein Bruchteil der Maßnahmen und Missionen ist militärischer Natur.« Denn die EU-Staaten seien gespalten in der Frage, ob überhaupt bei Konflikten interveniert werden sollte und wenn ja, mit welchen Mitteln. Die Uneinigkeit sei auch vor dem Hintergrund der spezifischen historischen Erfahrungen der einzelnen Länder zu betrachten, wie etwa zwischen Frankreich und Deutschland.

Nachdem die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, von der die GSVP ein Teil ist, in den vergangenen Jahren im Schatten der Fiskalkrise stand, wachse nun der Druck auf die EU. Die USA verlagerten ihre Aktivitäten in den pazifischen Raum. »Dazu nehmen die Herausforderungen nicht ab«, so Rinke mit Blick auf den Arabischen Frühling, die Kon-

flikte in Syrien, Mali oder Somalia sowie die Entwicklungen in Europa wie in der Ukraine.

Nach fast 15 Jahren, in denen die Idee einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bereits in den Europäischen Verträgen veran-

»Die EU ist auf dem Weg, sich in eine Interventionsunion zu entwickeln.«

Bernhard Rinke, Politikwissenschaftler

kert ist, und mehr als 30 Operationen (von denen die meisten »Beobachtungs-« und »Ausbildungsmissionen« sind und aktuell noch 17 laufen), fehle der politische Wille, mehr Souveränität auf die Ebene der EU zu übertragen. Gleichwohl wirke die Union schon jetzt mit einem ganzen »Werkzeugkasten« an Instrumenten und Finanzierungstopfen auf Konflikte ein.

Ich finde es bemerkenswert, dass zum ersten Mal seit fünf Jahren ein Gipfeltreffen ausschließlich zum Thema Rüstung stattfindet«, beurteilt die Europaabgeordnete Sabine Lösing (LINKE) die Tagesordnung. Nicht erstaunlich sei, dass es jetzt erfolgt, obwohl die Wirtschaftskrise in vielen Ländern Europas anhält. »Es wird die Befürchtung formuliert, dass die Ausgaben für Rüstungsgüter weiter zurückgehen«, sagt Lösing. Dem soll mit verstärkter Zusammenarbeit begegnet werden. Letztlich gehe es aber »um eine Zunahme der militärischen Kapazitäten durch mehr Effektivität«.

Laut Lösing, die Mitglied im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung im Europäischen Parlament ist, soll in Brüssel aber auch eine »klare militärische Strategie« entwickelt werden. Dies werde »gut verpackt als Charmeoﬀensive«, indem etwa militärische Lazarettschiffe vor Krisengebieten auf das Meer geschickt werden. Dabei stünden die Sicherung der See- und Handelswege sowie die Abwehr sogenannter illegaler Einwanderer im Vordergrund.

»Die Krise ist nicht überwunden«

Wirtschaftsforscher Gustav Horn im Interview über die wirtschaftliche Lage der Eurozone



Gustav Horn ist wissenschaftlicher Direktor des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK). Mit ihm sprach Simon Poelchau über das Andauern der Eurokrise und die Notwendigkeit niedriger Zinsen.

Foto: imago/Methodi Popov

Gilt diese Prognose auch für Griechenland?

Nein. In Griechenland wird die Austeritätspolitik fortgesetzt. Deswegen wird dort im Gegensatz zu den anderen Krisenstaaten der Schrumpfungprozess weitergehen. Die griechische Wirtschaft wird weiter abrutschen und die Gesellschaft noch mehr verarmen. Alleine schon deswegen kann man nicht sagen, dass die Krise überwunden ist.

Europa ist also noch nicht über dem Berg. Gibt es etwas, das die Eurokrise wieder verschlimmern könnte?

Eine Gefahr ist, dass die Europäische Zentralbank (EZB) verfrüht ankündigen könnte, ihre Aufkäufe von Staatsanleihen zu beenden.

Was würde dann passieren?

In dem Moment wären die Kapitalmärkte sofort wieder verunsichert. Das würde wahrscheinlich auch Irland wieder unter den Rettungsschirm treiben, und es gäbe die gleichen Turbulenzen wie schon in den Jahren 2009 und 2010.

In Deutschland, heißt es, seien die Zinsen zurzeit zu niedrig.

Das halte ich für eine völlig verfehlt und größtenteils interessengeleitete Diskussion.

Warum sind Sie dieser Meinung? Hier wird das Interesse des Sparerers über das der Gesamtwirtschaft gestellt. Denn diese niedrigen Zinsen haben einen Sinn: Wir sollen jetzt nicht sparen, sondern unser Geld ausgeben, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

In Deutschland scheint diese Strategie aufzugehen. Die Menschen konsumieren wieder mehr und die Importe in die Bundesrepublik steigen. Führt das auch dazu, dass die Eurozone stabilisiert wird?

Dass die privaten Konsumausgaben hierzulande steigen, liegt vor allem daran, dass die Menschen aufgrund von höheren Tarifabschlüssen wieder mehr Geld in der Tasche haben. Das ist zunächst ein Stabilitätsanker für die deutsche Wirtschaft selbst. Aber weil sie die wichtigste im Euroraum ist, hat dies auch Auswirkungen auf

die gesamteuropäische Wirtschaft. Das ist der Pfeiler, auf dem jetzt die meisten Hoffnungen ruhen.

Könnte die Eurokrise Deutschland wieder auf die Füße fallen?

Wenn die Wirtschaft weiterhin so vor sich hin dümpelt und allein die Aktionen der EZB den Euroraum zusammenhalten, wird man irgendwann an eine Grenze kommen. Wachstumsraten um die ein Prozent in Deutschland und bestenfalls Stagnation in den Krisenländern tragen zu keinem stabilen politischen Prozess bei.

Was muss getan werden, damit dies nicht so bleibt?

Sicherlich müssen einige Länder ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Das hilft aber alles nichts, wenn es keine Nachfrage gibt. Da könnte auch Deutschland viel für die konjunkturelle Belebung in Europa tun. Etwa, indem die Investitionsoffensive, die im Wahlkampf eine wichtige Rolle spielte, auch wirklich in angemessenem Umfang umgesetzt wird. Dies wäre nicht nur gut für Deutschland, sondern auch für ganz Europa.

Irland hat am Sonntag als erstes Land den Rettungsschirm verlassen. Ist damit die Eurokrise beendet?

Nein. Die Krise ist auf gar keinen Fall schon beendet. Irland ist zwar auf den Finanzmärkten etwas sicherer aufgestellt und man glaubt, dass Irland ohne das schützende Dach des Rettungsschirms wieder Kapital aufnehmen kann. Aber die Wirtschaftslage des Landes ist immer noch sehr schlecht. Und das gilt umso mehr für die Lage der anderen Krisenländer Spanien, Portugal und Italien.

In Ihrer jüngsten Prognose gehen Sie aber für nächstes Jahr von einem Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent für die Eurozone aus.

Zwar geht der Schrumpfungprozess in Ländern wie Spanien allmählich zu Ende, doch heißt das nicht, dass die Lage dort gut ist. Diese Länder sind viel ärmer geworden. Sie haben ein deutlich niedrigeres Bruttoinlandsprodukt und extrem hohe Arbeitslosigkeit erreicht. Deswegen kann man nicht sagen, dass die Krise überwunden ist, nur weil diese Länder in ihrer Talfahrt unten angekommen sind.

Widerständig in der Partymeile

Die Aktivisten des seit Jahrzehnten umkämpften Hamburger Kulturzentrums Rote Flora rufen für Samstag zur Demo

Fast ein Vierteljahrhundert besetzt und zu Hause im Hamburger Schanzenviertel. Es könnte alles halbwegs in Ordnung sein rund um die Rote Flora – wäre da nicht der Eigentümer Klausmartin Kretschmer, der mittlerweile auch der Politik auf die Nerven geht.

Von Folke Havekost, Hamburg

Unter der S-Bahn-Brücke spielt ein Straßenmusikant auf seinem Keyboard »Jingle Bells« in atemberaubender Geschwindigkeit. Es muss schnell gehen im Hamburger Schanzenviertel, erst recht in der Weihnachtszeit. Zwei Straßen weiter wird an der Fassade der Roten Flora für 2014 eine »antinationale Trilogie« annonciert, eine Reihe zur Kritik an Kapitalismus, Staat und Nation.

Wenn es nach Klausmartin Kretschmer geht, wird es dazu nicht mehr kommen. Dann läuft die Zeit der Roten Flora noch vor Weihnachten ab. Der Eigentümer des ehemaligen Varietétheaters hat ein Ultimatum gestellt, das am Freitag ausläuft. »Die Zeit der Duldung der Besetzung meines Eigentums ist ab sofort zu Ende, und ich muss Sie bitten und dringend auffordern, mein Eigentum sofort zu räumen«, schrieb er den Besetzern. Anderenfalls werde er die Behörden um Hilfe ersuchen.

Doch die Behörden sind wenig gewillt, den vorweihnachtlichen Wunschzettel des Immobilienkaufmanns abzuarbeiten, der die Flora 2001 von der Stadt erwarb. Damals versuchte der damalige Bürgermeister Ortwin Runde (SPD), mit dem Verkauf des Streitobjekts an private Hand ein Konfliktfeld kurz vor der Bürgerschaftswahl aus dem Weg zu räumen. Runde nutzte das wenig, er verlor die Wahl trotzdem. Doch auch unter CDU-Nachfolger Ole von Beust und Innensenator Roland Schill änderte sich nichts am Status des autonomen Kulturzentrums.

Burgfrieden zwischen Besetzern und Politik
Zwischen Politik und Besetzern hat sich ein Burgfrieden etabliert, den der aktuelle Senat unter Olaf Scholz kaum aufkündigen dürfte – zumal die einsturzgefährdeten Ezzo-Häuser und die ungewisse Situation der Lampedusa-Flüchtlinge die Stadt beschäftigen. »Niemand hat vor, an dem jetzigen Zustand im Großen und Ganzen etwas zu ändern«, erklärte Scholz schon kurz nach Amtsantritt 2011 zur Flora.

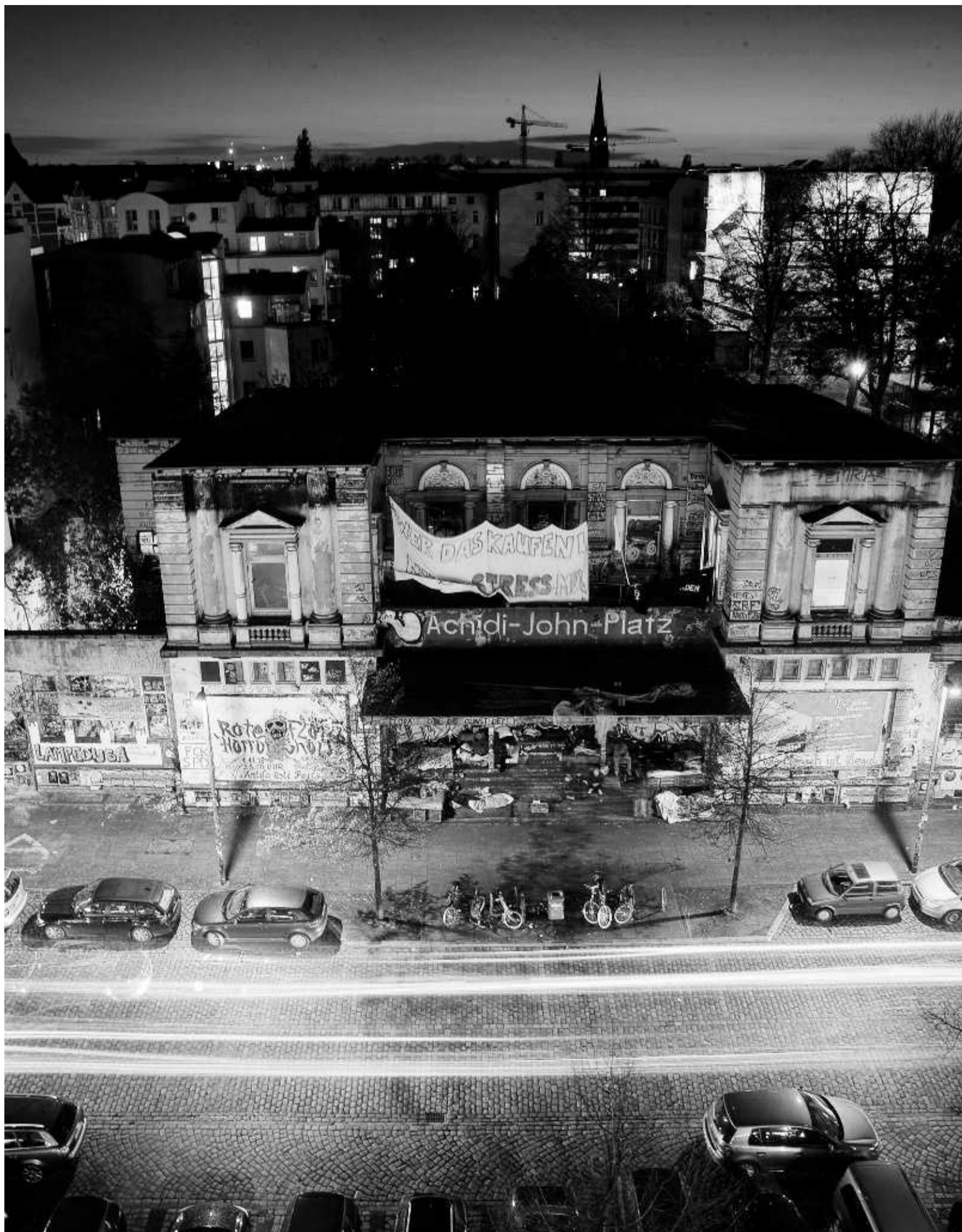
»Die linksextremistischen Besetzer der »Alten Flora« können sich scheinbar des ungebremsten Wohlwollen des Senats und des Bezirksamtes Hamburg Altona sicher sein«, wertet Kretschmers Berater Gert Baer. Zum aktuellen Ultimatum gibt es ein musikalisches Vorspiel: Die Hip-Hop-Band Fettes Brot gab am 3. November ein Solidaritätskonzert in der Flora, worauf Kretschmer zunächst eine Nutzungsgebühr verlangte, dann den Musikern Hausverbot erteilte und die Band – in Pressemitteilungen gern als »Fettes Brot« titulierte – schließlich wegen Hausfriedensbruchs anzeigte. Die Polizei lehnte einen Eingriff in die aus ihrer Sicht zivilrechtliche Auseinandersetzung ab.

Kretschmer verlangt zudem nach Ablauf seines Ultimatums 25 000 Euro Miete im Monat, bis eine Räumung juristisch durchgesetzt sei. Sein Kompagnon Baer rechnet vor, dass die Flora seit Beginn der Besetzung 1989 mit Konzerten etwa 9,2 Millionen Euro eingenommen haben müsste. Eine Zahl, die von den Betreibern nicht kommentiert wird. »Bei Fettes Brot hatten wir drinnen 500 Zuschauer und draußen etwa 1500«, erzählt Klaus, einer der Flora-Sprecher: »Wenn etwas hängen bleibt, wird es gespendet wie aktuell für die Lampedusa-Flüchtlinge oder für Renovierungsaktionen.«

Direkt gegenüber ist die Flora kaum ein Thema. Auf der Piazza im Schanzenviertel schlürfen Cafébesucher ihre Mittagspausengerichte. Der Platz wird spöttisch auch »Galao-Strich« genannt, weil hier der meiste Kaffee konsumiert wird, der nach Hamburg geschifft wird. »Eine neue Runde im Flora-Streit?«, fragt ein Gast mit gelangweiltem Unterton und widmet sich wieder seinem Laptop. Vor 80 Jahren fanden in der Flora auch Box- und Ringkämpfe statt.

»Häuser wurden besetzt und häufig erfolgreich in genossenschaftliche Wohnprojekte umgewandelt, der Abriss von Wohnhäusern zugunsten profitabler Neubauten teilweise verhindert und Großprojekte bekämpft«, erinnert sich Christian Arndt. Der 70-Jährige war Pastor der St. Pauli-Kirche, als in den 1980er Jahren die Besetzung der Roten Flora und der Hafenstraßen-Häuser die Stadt in Aufregung versetzten: »Es waren solidarische, bunte und in den Aktionen vielfältige Kämpfe.«

In den 1990er Jahren zogen Werbeagenturen nach, auf der Suche nach radikalem Schick und damals noch günstigen Büros. Das einstige Schmuddelviertel Sternschanze hat sich seitdem zur Renditehöhle gemauert. Für luxuriös sanierte Altbauwohnungen gehen mittlerweile siebenstellte Beträge über den Tisch. »Das Viertel hat sich im Laufe der Jahre verändert von einem Wohnviertel hin zu einer zweiten Partymeile«, schildert Flora-Sprecherin Lotta: »Wir sind immer noch hier und mischen uns in die Kämpfe ein, um zu zeigen, dass wir eine an-



Mitten in der Schanze zu Hause: Abendstimmung an der Roten Flora

Foto: dpa/Pauline Willrodt

dere Vorstellung von Leben in der Stadt haben, dass es eben nicht so sein sollte, dass nur zahlungskräftige Menschen im innerstädtischen Bereich leben und sich aufhalten können.«

Auch die Flora ist ein profitables Objekt, zumindest theoretisch. Die Stadt hat Kretschmer 1,3 Millionen Euro zum Rückerwerb des Gebäudes geboten. Gemessen am Kaufpreis von 375 000 Mark im Jahre 2001 kein geringer Betrag, doch der Kulturinvestor spielt nicht mit. Vor zwölf Jahren galt Kretschmer als Hoffnungsträger, sprach von den Flora-Besetzern etwas verschurbelt als »kultureller Samenbank«. Inzwischen geht er vielen Politikern nur noch auf die Nerven. »Kretschmer gießt Öl ins Feuer«, sagte der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Arno Münster im »Hamburger Abendblatt«. In regelmäßigen Abständen lanciert der Eigentümer, dass es private Kaufinteressenten gebe. Zuletzt brachte er eine »große amerikanische Bekleidungsfirma« ins Spiel.

Luxuspläne fürs alternative Zentrum

Vor kurzem legten Kretschmer und Baer Pläne für ein »FLORA Stadtteilkultur- und Veranstaltungszentrum – ehemals »Rote Flora« genannt« vor. Danach sollen in einer fünfgeschossigen Bebauung die historische Fassade rekonstruiert (»Das wird wunderbar aussehen«) werden und Musikclubs wie eine Veranstaltungshalle mit mindestens 1500 Plätzen im Gebäude Platz finden. Das Duo wirbt mit »mehreren hundert sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in der Schanze.«

»Die Auseinandersetzung mit Gert Baer ist ein Beispiel für die Privatisierung öffentlichen Raumes und das ist am Ende eine politische Auseinandersetzung mit dem Senat«, sagt Flora-Sprecher Klaus. Eine von der Stadt ins Gespräch gebrachte genossenschaftliche Umwandlung des Gebäudes hat die Flora abgelehnt, weil auch dies den öffentlichen Raum

verkleinern würde. Im Internetblog »Flora bleibt unverträglich« wird Kretschmers Räumungsdrohung nun als »offene Kriegserklärung« gewertet: »Offenkundig ist ihr kurzfristiges Kalkül, mit der Terminsetzung Öl ins Feuer zu gießen und die Konflikte in Hamburg zuzuspitzen, um die Rote Flora politisch zu isolieren«, heißt es dort in ähnlicher Diktion wie beim SPD-Abgeordneten Münster: »Seit Wochen werden sie nicht müde, die Flora als »linksextremes«, gar terroristisches Projekt zu bezeichnen.« Baer bot in einem Schreiben den jetzigen Betreibern ein Platz in der Kretschmer-Flora an, wenn sie »ihr politisches Ziel der alternativlosen Abschaffung

Vor zwölf Jahren galt der damals neue Flora-Eigentümer Klausmartin Kretschmer als Hoffnungsträger. Inzwischen geht er vielen Politikern nur noch auf die Nerven.

der Demokratie, der Verfassung und des Staates aufgeben.«

Über die Ziele der Roten Flora wird gleichsam gestritten, so eindeutig wie in Baers Standardformulierung stellt sich der autonome Mikrokosmos nicht dar. Dass beispielsweise ein Sprecher des neokonservativen Netzwerks »Stop the Bomb«, der in seinen Reden häufig einen Kriegskurs gegen Iran fordert, dort auftrat, stößt mancherorts auf Widerspruch. »Sie ist schon lange nicht mehr Stachel im Fleisch der neoliberal Herrschenden, eher schon Fleisch von ihrem Fleisch«, kritisiert Altpastor Arndt: »Floristen demonstrieren heutzutage mit und unter US-amerikanischer Flagge und schweigen zu der deutschen und US-amerikanischen

Menschenschlächterei und -quälerei im Namen der westlichen Wertegemeinschaft zur Sicherung von Märkten und Ressourcen.« Die Kommunistische Assoziation Hamburg schmähte die Flora als »Event-Center« des »Merkel-Jugend-Elektropop«.

Widerstand und Bebauungsplan

Für den Sonnabend haben die Rotfloristen zu einer Großdemonstration aufgerufen, zu der »mehrere tausend Menschen aus unterschiedlichsten Zusammenhängen und Spektren« erwartet werden. Die Polizei rechnet mit 6000 Teilnehmern. Die Stadt schaut schon über diesen Termin hinaus, der zuständige Bezirk Altona hat sich verwaltungsrechtlich präpariert. Im Januar wird der im Oktober verabschiedete städtische Bebauungsplan rechtskräftig, in dem eine Nutzung als Stadtteilzentrum ebenso festgeschrieben ist wie ein Rückkaufrecht der Stadt zum Verkehrswert der Immobilie – der deutlich unter dem bisherigen Angebot liegen dürfte.

Kretschmer kündigte an, gegen den Bebauungsplan ein Normenkontrollverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht anzustrengen. Für ihn ist das Ultimatum eine Offensive gegen das Zeitspiel der Behörden. Allein sein Vorwurf, Bürgermeister Scholz unterstütze »eine kriminelle und terroristische Vereinigung«, hat sich bislang noch nicht in einer Anzeige niedergeschlagen.

Zwischen Techno- und Punkkonzerten, zwischen Proberäumen und Fahrradselbsthilfegruppe geht das florale Leben derweil weiter. Vor zwei Wochen wurde in der Flora der 24. Jahrestag der Besetzung gefeiert, für Heiligabend ist eine Reggae-party angesetzt. Ein paar Häuser weiter werden Christrosen verteilt: Der Blumenladen »Grüne Flora« vertreibt saisonale Pflanzen aus dem Umland. Das Motto ist nahezu zeitlos, selbst in einem Quartier, in dem die Zeit drängt: »Wir setzen auf Qualität und Nachhaltigkeit.«

Von Heesters zum Heizungsbau

Bürgermeister kommen und gehen – Flora bleibt

Von Reinhard Schwarz

Einst sangen und tanzten hier Johannes Heesters, Zarah Leander und Hans Albers – im »Gesellschafts- und Concerthaus Flora« im Hamburger Schanzenviertel. Das ist lange her. Seit 1989 ist das 1889 eröffnete einstige Varietétheater besetzt und als »Rote Flora« überregional so bekannt, dass es auch von Stadtführungen angesteuert wird. Die »Flora« überstand seit 1989 fünf Bürgermeister von SPD und CDU sowie neun Senatsbildungen mit wechselnden Koalitionen. Anlass der Besetzung der Flora, die zuletzt einen Discountmarkt beherbergte, waren Pläne für die Errichtung eines riesigen Musicalneubaus, um dort das »Phantom der Oper« aufzuführen. Dazu kam es nicht, das Musicaltheater wurde einen Kilometer weiter westlich gebaut.

Mit der Besetzung des Flora-Restbaus sah sich der SPD-Senat mit dem damaligen Bürgermeister Henning Voscherau (ab 1988 im Amt) mit einem neuen Dauerthema konfrontiert, das bis heute für Aufregung sorgt. 1987 war es dem damaligen Senatschef Klaus von Dohnanyi gelungen, den Hafenstraßenkonflikt durch eine Vertragslösung zu entschärfen.

Die Rotfloristen hatten sich um zwei Politikthemen organisiert: zum einen der Kampf gegen die Umwandlung und Kommerzialisierung des Schanzenviertels, das mit seiner fast noch intakten gründerzeitlichen Baustruktur ab den 1980er Jahren immer attraktiver für Künstler, Musiker und Studenten wurde. Aber auch Makler und Immobilienfirmen hatten das Viertel ins Visier genommen, nach und nach wurden alteingesessene Läden durch Boutiquen und Kneipen verdrängt. Das zweite Thema der Floristen bildete der Kampf gegen Rassismus und Ausgrenzung, es nahm nach dem Mauerfall einen immer größeren Raum ein.

Von den bürgerlichen Medien wurde die Flora vor allem als Unruheherd dargestellt. Immer wieder gab und gibt es militante Auseinandersetzungen im Viertel, häufig nach den einmal im Jahr veranstalteten Straßenfesten. Wenig bekannt ist hingegen, dass die Besetzer gleich nach der Inbesitznahme mit dem Ausbau der einstöckigen Theaterruine begannen. So musste die Rückwand des Hauses erst noch gemauert werden, denn die bloße Holzkonstruktion bot keinen Schutz vor Kälte – zudem wurde die Nachbarschaft bei Musikveranstaltungen unnötig beschallt. Nach einem Brand im November 1995 wurde fachmännisch eine Heizung eingebaut. Heizung, Wasser, Strom und Müllgebühren bestreiten die Rotfloristen nach eigenen Angaben aus den Erlösen des Veranstaltungsprogramms mit Konzerten und Disco. Entscheidungen werden im Plenum gefällt, so heißt es jedenfalls. Es gelte das Konsensprinzip. Gemeint ist damit: Es wird so lange diskutiert, bis alle einer Meinung sind.

NACHRICHTEN

Neuer U-Ausschuss zu Stuttgart 21

Stuttgart. Der baden-württembergische Landtag hat den zweiten Untersuchungsausschuss zum eskalierten Polizeieinsatz gegen Stuttgart-21-Gegner im Jahr 2010 eingesetzt. Neben Grünen und SPD stimmte am Mittwoch auch die FDP für das Gremium. Die CDU enthielt sich. Der von Grün-Rot beantragte Ausschuss soll klären, ob die Regierung von Ex-Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) Einfluss auf den Polizeieinsatz am 30. September 2010 mit rund 160 Verletzten genommen hat. Ein erster Ausschuss hatte bis Januar 2011 die Verantwortlichkeiten für das massive Vorgehen der Beamten untersucht. Grüne und SPD vermuten, dass ihm nicht alle Unterlagen vorlagen. *dpa/nd*

Städte und Gemeinden bleiben im Minus

Wiesbaden. Trotz mehr Steuereinnahmen bleiben die deutschen Gemeinden insgesamt im Minus. Die kommunalen Haushalte wiesen in den ersten drei Quartalen 2013 ein Gesamtdefizit von 1,4 Milliarden Euro aus – nach Mitteilung des Statistischen Bundesamts vom Mittwoch blieben sie damit auf dem Niveau des Vorjahres. Grund ist, dass die Ausgaben stärker stiegen als die Einnahmen. Von Januar bis September flossen 145,4 Milliarden Euro in die kommunalen Kassen, rund 4,5 Prozent oder 6,3 Milliarden Euro mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Ausgaben stiegen in dieser Zeit um 4,6 Prozent auf 146,8 Milliarden Euro. Die Entwicklung auf der Ausgabe-Seite sei durch einen starken Anstieg der sozialen Leistungen bestimmt, hieß es. *dpa/nd*

Mutmaßliche NS-Verbrecher enttarnt

Würzburg. Die Staatsanwaltschaft Würzburg ermittelt gegen zwei mutmaßliche NS-Verbrecher aus Unter- und Oberfranken. Einem 92-Jährigen aus dem Raum Aschaffenburg und einem 89-Jährigen aus dem Raum Coburg wird vorgeworfen, an der Tötung von Häftlingen im Konzentrationslager Auschwitz beteiligt gewesen zu sein. Oberstaatsanwalt Dietrich Geuder bestätigte am Mittwoch einen entsprechenden Bericht des Bayerischen Rundfunks. »Nähere Angaben können und wollen wir derzeit nicht machen«, sagte Geuder. Die Vorwürfe würden nun geprüft. Es sei offen, wie lange die Ermittlungen dauern werden und ob es zu einer Anklage komme. *dpa/nd*

Kleinparteien klagen gegen Sperrklausel

Das Bundesverfassungsgericht beschäftigt sich seit Mittwoch mit der Drei-Prozent-Klausel zum Einzug von Parteien ins EU-Parlament. Parteien von Piraten bis NPD hatten geklagt.

Von Johanna Treblin

Dass Vertreter von Piratenpartei, NPD und die ÖDP in einem Verhandlungssaal sitzen, um ein gemeinsames Ziel zu verfolgen, kommt eher selten vor. Am Mittwoch war dies allerdings in Karlsruhe zu beobachten. Dort behandelte das Bundesverfassungsgericht am ersten Verhandlungstag zwei Beschwerden zur Drei-Prozent-Hürde für den Einzug von Parteien in das EU-Parlament in Brüssel. Im Publikum saßen unter anderem Bernd Schlömer, ehemaliger Bundesvorsitzender der Piratenpartei, der eine der Beschwerden mit eingereicht hatte, und der Vorsitzende der Nazipartei NPD, Holger Apfel. Die zweite Beschwerde hatte der Verein Mehr Demokratie initiiert. Unterstützung erhielt diese von mehr als 1000 BürgerInnen.

»Es gibt einiges zu erörtern«, begann Verfassungsgerichtspräsident Andreas Voßkuhle die Sitzung mit vagen Worten. Dazu befragte das Gericht am Mittwoch unter anderem den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz. Das EU-Parlament müsse bei den Gesetzgebungsverfahren eine enorme Integrationsleistung erbringen, sagte dieser – und blieb damit ebenfalls eher vage. Das EU-Parlament hatte sich 2012 selbst für Mindestschwelle ausgesprochen. Entscheiden darüber müssen aber die einzelnen Mitgliedstaaten. Die haben unterschiedliche Regelungen. Einige verzichten auf Sperrklauseln, darunter auch Spanien und Großbritannien.

2011 hatten die Verfassungsrichter die damals in Deutschland geltende Fünf-Prozent-Klausel für den Einzug in das EU-Parlament gekippt. Sie begründeten dies vor allem damit, dass das Parlament auch mit vielen kleinen Parteien funktionieren würde. Zur Zeit sind darin 162 Parteien vertreten. Vor zwei Monaten hatte der Bundestag daraufhin ohne die Stimmen der Linkspartei ein Gesetz verabschiedet, mit dem eine Drei-Prozent-Klausel eingeführt wurde.

Außer dieser Zahl hat sich am Gesetzestext allerdings nicht viel geändert. Die Kläger dieser neuen Regelung rechnen sich daher gute Chancen aus, wieder Erfolg zu haben. 2011 hatte das Bundesverfassungsgericht sein Urteil unter anderem damit begründet, dass die Zunahme von Parteien, die nur mit wenigen Abgeordneten vertreten seien, die Hürde von fünf Prozent nicht rechtfertigen könne und es auch darüber hinaus an zwingenden Gründen fehle, in die Wahl- und Chancengleichheit durch Sperrklauseln einzugreifen. Auch am Mittwoch sagte Voßkuhle: »Jede Sperrklausel stellt einen Eingriff in die Wahrgleichheit und Chancengleichheit der Parteien dar.«

Bei drei Prozent fielen Millionen Wählerstimmen unter den Tisch, das benachteiligte Wähler und fördere Politikverdrossenheit, so die Kläger. Das Argument neuer Kompetenzen des EU-Parlaments hält Michael Efler, Vorstandssprecher von Mehr Demokratie, für vorgeschoben. Die meisten Parteien schlossen sich zu Fraktionen zusammen, die über eine erhebliche Integrationskraft verfügten und damit eine Zersplitterung des Parlaments verhinderten. »Die etablierten Parteien wollen ihre Pfründe sichern, denn proportional erhalten sie mehr Sitze, wenn kleine Parteien scheitern«, sagte Efler.



Volker Bouffier (li.) und Tarek Al-Wazir genießen offensichtlich die Aufmerksamkeit für ihr schwarz-grünes Experiment.

Foto: dpa/Frank Rumpfenhorst

Weiter so nun mit den Grünen

Hessens Koalitionspartner freuen sich auf Schuldenabbau trotz Belastung und Zumutungen

Jetzt wollen die Grünen liefern. Nachdem sie den Platz der FDP an der Seite der Christdemokraten in Hessen übernahmen, sind sie optimistisch, dass sie es besser machen werden als diese.

Von Hans-Gerd Öfinger

Nach seinem vierten Anlauf als grüner Spitzenkandidat in Hessen hat es der erst 42 Jahre alte Tarek Al-Wazir geschafft. Mitte Januar soll er als stellvertretender hessischer Ministerpräsident und Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung vereidigt werden. Dass sein künftiger Koalitionspartner ausgerechnet die besonders konservative und über lange Jahre für ihre rassistischen Untertöne berühmt-berichtigte Hessen-CDU wird, das habe er sich noch vor drei Monaten nicht träumen lassen, bekannte Al-Wazir bei der Vorstellung des neuen Koalitionsvertrags vor Medienvertretern am Mittwoch in Wiesbaden. Doch seit der landesweit plakatierten und verletzenden CDU-Kampfpöbele »Ypsilanti, Al-Wazir und die Kommunisten stoppen« sind sechs Jahre vergangen. Viel Wasser ist seitdem den Rhein hinunter geflossen.

Neben Al-Wazir saß bei der Präsentation des gut 100-seitigen Koalitionsvertrags ein um moderate Töne bemühter CDU-Ministerpräsident Volker Bouffier. Der Christdemokrat hätte eigentlich gerne weiter mit den Liberalen regiert, hat dafür jedoch keine Landtagsmehrheit mehr. Die FDP war bei der Wahl mit fünf Prozent gerade so in den Landtag gekommen. So habe sich das schwarz-grüne Bündnis als die »erfolgsversprechendere Variante« erwiesen, freute sich Bouffier und hob demonstrativ Gemeinsamkeiten zwischen beiden Parteien hervor, die wie ein Sack voller Allgemeinplätze klangen: mehr Freiheit und Verantwortung des Individuums, weniger Bürokratie, Verantwortung vor der Schöpfung und Natur, Denken in Werten und nicht in Strukturen.

Natürlich werde die strikte Einhaltung der Schuldenbremse bis 2020 mit schmerzlichen Einschnitten verbunden sein, so Bouffier. Diese Politik sei jedoch »alternativlos«. Auch Al-

Wazir zeigte sich davon angetan, dass er an der Realisierung der Schuldenbremse künftig tatkräftig mitwirken kann. »Den letzten ausgeglichenen Haushalt hatte Hessen 1969. Genau 50 Jahre später werden wir nach den Vorgaben der Schuldenbremse wieder ohne Neuverschuldung auskommen«, schwärmte der Grüne mit Blick auf die Finanzplanung der neuen Koalition bis 2019. Natürlich werde der Schuldenabbau nicht ohne Belastungen und Zumutungen möglich sein. Aber immerhin habe man sich darauf verständigt, die Kürzungen vor allem bei der Landesverwaltung und den Beamten im Landesdienst zu vollziehen und nicht in erster Linie im Schulbereich, zeigte Al-Wazir sich erleichtert. Erste Proteste von betroffenen Gewerkschaften gegen Stellenabbau und längerfristige Besol-

»Wir wollen die Bedeutung dieser Koalition für den Bund nicht überhöhen.«

Tarek Al-Wazir

derungserhöhungen weit unter der Inflationsrate (nd berichtete) deuten allerdings auf größere Auseinandersetzungen in Hessen in den kommenden Monaten und Jahren hin.

Bouffier verteidigte die im Vertrag vorgesehene Erhöhung der Grunderwerbssteuer von derzeit 5,0 auf 6,0 Prozent ab 2015. Dies sei faktisch die einzige Möglichkeit, um die direkten Steuereinnahmen des Landes zu erhöhen. »Wer für 250 000 Euro ein Haus kaufen will, wird sich nicht davon abhalten lassen«, so der Christdemokrat. Die CDU hatte vor der Wahl Steuererhöhungen ausgeschlossen. Mit einem Steuersatz von 6,0 Prozent gehört Hessen ab 2015 bundesweit zu den Spitzenreitern und wird nur noch von Schleswig-Holstein übertroffen, wo bei einem Immobilienerwerb 6,5 Prozent erhoben werden.

In den zurückliegenden tage- und nächtelangen Koalitionsverhandlungen im beschaulichen Kurort Schlangenbad habe sich gegenseitiges Ver-

trauen entwickelt, berichteten Volker und Tarek, die sich seit kurzem duzen. Man sei trotz unterschiedlicher Standpunkte aufeinander zugegangen und habe gelernt, dass auch die andere Seite Recht haben könne, so Bouffier, der stolz verkündete, dass Landesvorstand und Fraktion seiner Partei soeben einstimmig dem Koalitionsvertrag zugestimmt hätten.

Einstimmigkeit war schon immer ein Markenzeichen der Hessen-CDU. Ganz so einmütig und glückselig dürfte es bei den Grünen nicht zugehen, zumal eine erste Durchsicht des Vertrags in weiten Teilen CDU-Profil und ein »Weiter so« nach 15 Jahren CDU-Regierung in Hessen zu Tage fördert und »grüne Handschrift« vermischen lässt. So wird das vor einem Jahr heftig umstrittene und von größeren landesweiten Protesten begleitete »Kinderförderungsgesetz« nur geringfügig nachgebessert. Konsequenzen aus den NSU- und NSA-Skandalen für den Landesverfassungsschutz fehlen ebenso wie die von SPD, Grünen und Linkspartei unterstützte Gewerkschaftsforderung nach einer Rückkehr des Landes in den Arbeitgeberverband »Tarifgemeinschaft der Länder« (TdL).

Statt des geforderten Nachtflugverbots am Frankfurter Flughafen sind lediglich »Lärmpausen« vorgesehen. Viele Punkte bleiben schwammig. »Schwarz-Grün verbindet offenbar vor allem eines: Der Wille zur Macht«, brachte es Janine Wissler (LINKE) auf den Punkt. SPD-Fraktionschef Thorsten Schäfer-Gümbel will sich am heutigen Donnerstag ausführlich zum Vertrag äußern.

Kritik am schwarz-grünen Bündnis in Hessen war in den letzten Tagen auch aus den Reihen der Grünen Jugend und aus Al-Wazirs Heimat-Kreisverband Offenbach laut geworden. Zu den Kritikern hat sich nach Angaben der »Frankfurter Rundschau« auch Al-Wazirs Mutter Gerhild Al-Wazir gestellt. Sie habe der Partei bei der nächsten Wahl »eine herbe Niederlage« prophezeit, berichtet das Blatt. Ihr Sohn sah dies am Mittwoch eher gelassen. »Wenn ich meine Mutter überzeuge, dann habe ich alle überzeugt«, so der künftige Minister. Dass ein möglicher Abgang von Kritikern der schwarz-grünen Koalition zu verkraften sei,

zeige die Bilanz der hessischen Grünen. Im Landesverband stünden 111 Austritten seit der Wahl am 22. September immerhin 84 Eintritte gegenüber. Ungeachtet der Kritik zeigte sich Al-Wazir überzeugt, dass die Landesmitgliederversammlung der hessischen Grünen am Samstag den Koalitionsvertrag mit breiter Mehrheit tragen werde. Das Schicksal der Liberalen, die im Bund und in Hessen als Verlierer aus den Wahlen hervorgegangen waren, werde den Grünen erspart bleiben: »Im Gegensatz zur FDP wollen und werden wir liefern.« Spekulationen über einen Modellcharakter des hessischen Bündnisses für die Bundesebene wiesen Bouffier und Al-Wazir übereinstimmend weit von sich. »Dies ist eine hessische Lösung«, betonte Bouffier. »Wir wollen die Bedeutung dieser Koalition für den Bund nicht überhöhen«, pflichtete ihm Al Wazir bei.

Kommentar Seite 4

ANZEIGE

»Glück oder Pech – Geschichten anno 2007«

Leselust bei der Jury

193 Erfahrungen an »Mein 1989«

Leben in vollen Zügen

6. ND-Lesergeschichten-Wettbewerb:

»Chance verpasst und Glück gehabt«

Reise durchs Leben

Bestes aus zehn Jahren nd-Lesergeschichten-Wettbewerb

»Frühlingsgefühle« in heißer Sommernacht

Hermann Kant liest schönste Geschichten

Als das neue deutschland im Frühjahr 2004 erstmals zu einem Lesergeschichten-Wettbewerb aufrief, ahnte niemand, dass daraus eine gute Tradition werden würde: Mehr als 1500 Leserinnen und Leser sorgten seit dem immer wieder für neue Spannung und Unterhaltung.

Die vorliegende Auswahl vereint die schönsten Geschichten aus zehn Jahren nd-Lesergeschichten-Wettbewerb. nd-Redakteurin Heidi Diehl, die die Geschichten zusammengestellt hat, verweist mit Recht im Vorwort auf die »Qual der Wahl«, die die Jury alljährlich bei der Auswahl der Besten erleidet ...

Reise durchs Leben

264 S., brosch., 9,90 €

Jetzt im nd-Shop bestellen:
Tel.: (030) 29 78 – 17 77, Fax – 16 50
neues-deutschland.de/shop

neues deutschland
DRUCK VON LINKS

NACHRICHTEN

Koalition ändert Regeln für Arzneimittelpreise

Berlin. Der Bundestag will noch in dieser Woche die Preisbremse für patentgeschützte Medikamente verlängern, das seit 2009 galt und Ende des Jahres ausgelaufen wäre. Das Gesetz soll am Donnerstag beschlossen werden und sieht vor, das Moratorium bis März zu verlängern, um dann über eine Beibehaltung bis 2017 zu beraten. LINKE und Grüne signalisierten Zustimmung. Würde das Moratorium nicht verlängert, stünden den Krankenkassen Mehrkosten von 600 Millionen Euro bevor, sagte LINKEN-Gesundheitsexpertin Kathrin Vogler. Ein weiterer am Mittwoch eingebrachter Gesetzentwurf sieht vor, den Rabatt, den die Hersteller den Kassen auf verschreibungspflichtige Medikamente gewähren müssen, auf sieben Prozent festzulegen. Derzeit liegt er bei 16 Prozent. Medikamente werden für die Kassen also deutlich teurer. *AFP/nd*

Vater von Mundlos verteidigt seinen Sohn

München. Im NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht München hat am Mittwoch der Vater des mutmaßlichen Rechtsterroristen Uwe Mundlos seine Zeugenaussage begonnen. Siegfried Mundlos forderte, auch für seinen verstorbenen Sohn die Unschuldsvormutung gelten zu lassen. Diese Forderung richte er insbesondere an die Bundesanwaltschaft. Diese müsse zudem die Bedeutung des Verfassungsschutzes für den NSU prüfen: »Sie können den Verfassungsschutz aus diesem Prozess nicht ausgliedern«, sagte er. Uwe Mundlos bildete zusammen mit Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe die Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU), die für zehn Morde, zwei Bombenanschläge und eine Serie von bewaffneten Überfällen verantwortlich gemacht wird. *AFP/nd*

Rundfunkbeitrag könnte erstmals sinken

Mainz. Erstmals in der Geschichte des gebührenfinanzierten Rundfunks in Deutschland könnte die Abgabe für die Programme sinken. In ihrem aktuellen Bericht empfiehlt die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) den Ländern, den Rundfunkbeitrag ab dem Jahr 2015 um 73 Cent auf 17,25 Euro im Monat zu senken, wie die KEF am Mittwoch mitteilte. Möglich machten die Absenkung höhere Gebühreneinnahmen der Sender. *AFP/nd*

EU fordert bessere Entwicklungshilfe

Brüssel. EU-Kommissar Andris Piebalgs appelliert an den neuen Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU), die deutsche Entwicklungshilfe deutlich aufzustocken. »Deutschland hat eine Führungsrolle in Europa, es sollte auch in dieser Hinsicht Führung übernehmen«, sagte Piebalgs dem Evangelischen Pressedienst in Brüssel. Der EU-Entwicklungskommissar erinnerte daran, dass sich Deutschland wie andere westliche EU-Länder vor langem verpflichtet hat, seine Entwicklungshilfe ab 2015 auf 0,7 Prozent seiner Wirtschaftsleistung zu erhöhen. Derzeit liegt die Quote bei 0,38 Prozent. *epd/nd*

Höhn neuer Thüringer Wirtschaftsminister

Erfurt. Der SPD-Politiker Uwe Höhn ist neuer Wirtschaftsminister in Thüringen. Der 55 Jahre alte Ingenieur erhielt am Mittwoch von Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) seine Ernennungsurkunde und wurde im Landtag vereidigt. Höhn war bisher Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Er ist Nachfolger von Matthias Machnig (SPD), der auch nach heftiger Kritik an seinen Doppelbeziehungen von Bund und Land Ende November zurückgetreten war. *dpa/nd*

Die Angstmaschine

Katja Kipping und Inge Hannemann zogen zehn Jahre nach der Verabschiedung von Hartz IV eine Schadensbilanz

Von Beginn an wurde Hartz IV heftig kritisiert – auch auf der Straße. Mit der Übergabe von Unterschriften gegen das Sanktionssystem zieht der Protest nun in den Petitionsausschuss des Bundestages ein.

Von Guido Speckmann

»Der beste Kommentar zum Koalitionsvertrag von Union und SPD ist der Erfolg der Petition«, sagte Katja Kipping, Co-Vorsitzende der Linkspartei, zum Schluss ihrer gemeinsamen Pressekonferenz mit der in der Öffentlichkeit als »Hartz-IV-Rebellin« bekannten Inge Hannemann. Die Mitarbeiterin eines Hamburger Jobcenters ist inzwischen von ihrem Arbeitgeber freigestellt worden, weil sie öffentlich das Sanktionssystem von Hartz IV kritisiert und eine Petition verfasst hat, die ein Ende der Sanktionen fordert. Das erforderliche Quorum für eine Onlinepetition von 50 000 Unterschriften ist mit über 54 000 unterschritten. Zusammen mit den Unterschriftenlisten seien sogar über 83 000 Unterschriften zusammengekommen. »Das ist ein sehr gutes Ergebnis«, sagte Hannemann, die einen Teil der Unterschriften am Mittwochmorgen dem Petitionsausschuss des Bundestages übergab. Dieser muss sich nun damit befassen.

Kipping und Hannemann kamen am Mittwochmittag zusammen, um zehn Jahre nach der Verabschiedung von Hartz IV durch Bundestag und Bundesrat am 19. Dezember 2003 Bilanz zu ziehen. Nun ist bekannt, dass Linkspartei und Hannemann scharfe Kritikerinnen des wichtigsten Elements der Agenda 2010 von Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD)



Das Quorum ist erreicht: die Unterschriften im Petitionsausschuss Foto: Inge Hannemann

sind. Deshalb hatte man sich etwas Besonderes überlegt. Nicht an den eigenen politischen Zielen wolle man Hartz IV messen, sondern an jenen der Initiatoren. Um das Ergebnis vor-

wegzunehmen: Alle Ziele seien verfehlt worden. Kipping zufolge kann von einer »schnellen und passgenauen Vermittlung in Arbeit« nicht die Rede sein. »Fast 80 Prozent aller

Leistungsberechtigten sind mehr als ein Jahr im Hartz-IV-Leistungsbezug.« Und über 46 Prozent bezögen bereits länger als vier Jahre Arbeitslosengeld II. Somit sei die Verweildauer in Hartz IV länger als in den Vorgängersystemen Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Da nur ein Viertel der erwerbsarbeitslosen Hartz-IV-Bezieher ihren Bezug durch die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit beende, lautet Kippings Resümee: »Eine nachhaltige Integration in die Erwerbsarbeit findet nicht statt.«

Ein weiteres von Schröder und Co. mit der Einführung von Hartz IV gestecktes Ziel war die »ausreichende

»Wir konnten mobilisieren und wir haben mobilisiert.«

Inge Hannemann,
»Hartz-IV-Rebellin«

materielle Sicherung bei Arbeitslosigkeit in Abhängigkeit vom Bedarf«. Auch hier fiel Kippings Fazit ernüchternd aus. Mit Bezug auf Daten des sozio-ökonomischen Panels skizzierte sie, dass das Armutsrisiko durch die Agenda 2010 gestiegen sei. »Hartz IV ist und bleibt Armut per Gesetz.« Auch das Ziel, die Kommunen finanziell zu entlasten, sei zehn Jahre danach nicht erreicht worden. Sie würden sogar stärker belastet. Man habe es also, so Kipping, mit einer Schadensbilanz zu tun.

Inge Hannemann berichtete von ihren Erfahrungen beim Sammeln der Unterschriften. Sie habe viel Post be-

kommen, in der Leute davon berichten, dass sie Angst hätten, sich in die Liste einzutragen. Aus Furcht, womöglich auf einer schwarzen Sanktionsliste der Jobcenter zu landen.

Hannemann machte aber auch deutlich: »Das Sanktionssystem ruft auf beiden Seiten Angst hervor.« Auch Lohnarbeiter befürchteten, durch den Verlust ihres Arbeitsplatzes in das Hartz-IV-System abzurutschen. So würden sie erpressbar und verrichteten schicksalsergeben ihren Fünf-Euro-Job. Auf Seiten der direkt Betroffenen ginge die Angst so weit, dass sie zum Teil Briefe nicht mehr öffneten. »Das ist ein menschenunwürdiges System«, kritisierte Hannemann. Sie erinnerte an eine Aussage der bisherigen Ministerin für Arbeit und Soziales, Ursula von der Leyen (CDU), die selbst Leistungskürzungen gegen schwangere Hartz-IV-Bezieherinnen gerechtfertigt habe.

In der Diskussion berichteten mehrere Erwerbslosenaktivisten von ihren Erfahrungen. Und sie bemängelten, dass eine reine Kritik von Hartz IV auf der Basis von Statistiken nicht wiedergebe, was mit den Betroffenen passiere. »Es wird Leid produziert, das nicht mehr fassbar ist.« Ein ehemaliger Fallmanager bezeichnete »das ganze Sozialsystem als eine einzige Angstmaschine«, weil sich die Jobcenter ganz bewusst die Schwächsten der Schwachen aussuchten, um ihre Statistiken zu bereinigen. Vor diesem Hintergrund kommt Hannemanns Aussage über den Erfolg der Petition »wir konnten mobilisieren und wir haben mobilisiert« eine besondere Bedeutung zu: Demnach scheint es doch möglich, die Angst zu überwinden.

Weil sie anders aussehen

Verwaltungsgerichte in Köln und Stuttgart befassen sich mit Klagen gegen die Praxis, Menschen nur wegen ihrer Hautfarbe zu kontrollieren

In den USA und Großbritannien ist sie verboten, in Deutschland gibt es jedoch keine klaren Regelungen für das sogenannte Racial Profiling.

Von Anja Krüger

Der 38-jährige Wittener wartet am Bochumer Hauptbahnhof auf seine Freundin, als ihn zwei Bundespolizisten gezielt ansteuern – offenbar, weil sie ihn wegen seiner dunklen Hautfarbe für einen Ausländer halten. »Personenkontrolle, Ihren Ausweis bitte!«, fordern die Beamten den Heilpraktiker auf. Warum er kontrolliert werden soll, will der im breiten Ruhrpott-Slang wissen. Weil sie nach Leuten aus Syrien oder Nordafrika suchen, sagen die Polizisten. Da war der Mann noch nie. Er sieht nicht ein, warum er überprüft werden soll. Seine Freundin, eine Anwältin, kommt dazu. Sie weist die Beamten

darauf hin, dass die Personenkontrolle ohne Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Gefahr rechtswidrig sei. Das beeindruckt die Polizisten nicht, die Personenkontrolle findet schließlich auf ihrer Wache statt. Das war im November. Am gestrigen Mittwoch hat der 38-Jährige vor dem Verwaltungsgericht Köln Klage gegen das Vorgehen der Bundespolizei eingereicht.

Die Praxis von Polizisten, Menschen nur wegen ihrer Hautfarbe zu kontrollieren, nennt man »Racial Profiling«. In den USA und Großbritannien ist sie verboten, in Deutschland gibt es keine klare Regelung. »Racial Profiling« ist ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes, sagt der Göttinger Anwalt Sven Adam, der den Heilpraktiker vertritt. Die gesetzliche Grundlage für das »Racial Profiling« ist Paragraph 22, Absatz 1a des Bun-

despolizeigesetzes. Er erlaubt, an Bahnhöfen, in Zügen und an Flughäfen ohne Verdacht Kontrollen vorzunehmen. So sollen Polizisten illegale Einreisen verhindern. »Unser Ziel ist ein Grundsatzurteil zur Überprüfung des Paragraphen 22 des Bundespolizeigesetzes«, sagt Adam, der ebenfalls am Mittwoch eine weitere Klage eines 28-jährigen Berliners wegen »Racial Profiling« beim Verwaltungsgericht Stuttgart eingereicht hat. Der 28-Jährige war im ICE von Berlin nach Freiburg als einziger in seinem Waggon kontrolliert worden. Er protestierte und wies die Polizisten auf die Rechtswidrigkeit ihres Vorgehens hin – erfolglos.

Die beiden Kläger protestierten auch deshalb gegen die willkürliche Kontrolle, weil sie eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Rheinland-Pfalz kennen. Nach Auffassung der Richter ist die Kontrolle

einer Person einzig wegen ihrer Hautfarbe verfassungswidrig, weil sie gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes verstößt. Dem Verfahren vorausgegangen war eine Strafanzeige gegen einen Studenten wegen Beleidigung. Der Student war als einziger in einem Zug von Polizisten kontrolliert worden und hatte sich massiv darüber beschwert. In dem inzwischen eingestellten Beleidigungsverfahren erklärte einer der Polizisten, der Student sei ausschließlich wegen seiner Hautfarbe kontrolliert worden. Gerade das nachzuweisen, ist aber das Problem. Nachdem der Sachverhalt gerichtlich festgestellt war, konnte der Student gegen die willkürliche Kontrolle vorgehen. Zu einem Urteil kam es aber nicht, weil die Bundespolizeidirektion Koblenz den Fehler anerkannt und sich bei dem Studenten entschuldigte.

Dass sie nur wegen ihrer Hautfar-

be kontrolliert werden, gehört zu den Alltagserfahrungen vieler, sagt Tahir Della vom Vorstand der Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland. Die Initiative unterstützt die Klagen. Sie hofft, dass der strukturelle Rassismus in deutschen Sicherheitsbehörden durch Verfahren wie diese öffentlich wird. »Ein großes Problem ist, dass sich Betroffene bei der Polizei selbst beschweren müssen«, sagt Della. Die Initiative fordert deshalb die Einrichtung einer unabhängigen Melde- und Beschwerdestelle für »Racial Profiling«, bei der Vorfälle auch statistisch erfasst werden.

Anwalt Adam erwartet im Fall der jetzt eingereichten Klagen frühestens in einem Jahr eine Entscheidung, und auch das nur, wenn eines der Gerichte einen sogenannten Vorlagebeschluss für die höchste Instanz fällt. »Man braucht einen langen Atem«, sagt Adam.

Denkzettel für Datenweitergabe

In der Nürburgring-Affäre verriet ein Politiker der Presse Vertrauliches

Der Christdemokrat Michael Billen hat geheime Polizeidaten an die Presse weitergegeben, um der Landesregierung zu schaden. Dafür bekommt der Landtagsabgeordnete eine Geldstrafe aufgebremmt.

Frankenthal. Der rheinland-pfälzische CDU-Politiker Michael Billen muss wegen der Weitergabe geheimer Polizeidaten an die Presse eine Geldstrafe zahlen. Das Landgericht Frankenthal verurteilte den Landtagsabgeordneten aus der Eifel am Mittwoch wegen Beihilfe zur Verletzung von Dienstgeheimnissen zur Zahlung von 3600 Euro (40 Tagesätze zu 90 Euro).

Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der 58-Jährige 2009 von seiner Tochter, einer Polizistin, geheime Daten über Geschäftspartner der Landesregierung am Nürburgring beschafft und an Medien weitergegeben hat. Billens Tochter wurde wegen der

Verletzung von Privat- und Dienstgeheimnissen ebenfalls zu einer Geldstrafe verurteilt. Billens Anwalt sagte, er werde seinem Mandanten empfehlen, in Revision zu gehen.

Die Polizeiinformationen waren Ende 2009 in zwei Artikeln zur Nürburgring-Affäre aufgetaucht. Als mutmaßlicher Ursprung wurde Billens Tochter ausgemacht. Sie hatte im Polizeidatensystem »Polis« entsprechende Anfragen gestartet. Billen räumte ein, dass er einen Ausdruck mit den Daten seiner Tochter hatte – er habe sie bei ihr »abgegriffen«, sagte er nach Bekanntwerden des Vorfalls. Dass er Informationen an die Presse lanciert habe, bestreitet er vehement.

Richter Hans-Jürgen Stricker sah das jedoch anders. Es gebe keinen vernünftigen Zweifel daran, dass es Billen gewesen sei, der die Daten weitergegeben habe. Der Tochter traue er ein solches Handeln nicht zu, und in Rheinland-Pfalz hätte niemand sonst

die Daten weitergeben können. Es gebe keine Anhaltspunkte dafür, dass ein Polizeibeamter aus einem anderen Bundesland dies getan haben könnte.

Billen habe ein starkes Motiv zur Weitergabe der Daten gehabt, so Stricker. Er habe beweisen wollen, dass die Landesregierung am Nürburgring Fehler gemacht habe. Es sei verständlich, dass die Situation für die CDU als Oppositionspartei damals unbefriedigend gewesen sei. Sie habe gewusst, dass am Nürburgring etwas falsch laufe, aber es sei schwierig gewesen, an Unterlagen heranzukommen, die den Verdacht erhärteten. Dennoch rechtfertige dies nicht die Art, wie Billen gehandelt habe. Es sei »verständlich, aber nicht zulässig«.

Das Gericht blieb in seinem Urteil für Billen deutlich unter der Forderung der Staatsanwaltschaft, die eine Geldstrafe von 11 700 Euro gefordert hatte. Für Billen sei es eine geringfügige Strafe, sagte Stricker. Er sprach



Konzert am Nürburgring – die Rennstrecke steht zum Verkauf. Foto: imago/Stefan M. Prager

von einem »Denkzettel«. Billen, der mit dem Urteil nicht als vorbestraft gilt, war in einem ersten Prozess vor dem Landgericht Landau noch freigesprochen worden. Der Bundesgerichtshof (BGH) hatte den Richter-pruch aber aufgehoben.

Billens Anwalt sagte, er halte die Entscheidung des Gerichts für falsch und empfehle daher die Revision. Auch die Staatsanwaltschaft will nach eigenen Angaben prüfen, ob sie Rechtsmittel gegen das Urteil einlegt. *dpa/nd*

Zustände in Lampedusa »entsetzlich«

Empörung über Umgang mit Flüchtlingen auf der Insel

Brüssel. Die Europäische Kommission hat sich erschüttert über den Umgang mit Flüchtlingen auf der italienischen Mittelmeeresinsel Lampedusa geäußert und juristische Schritte angedroht.

»Wir haben eine Untersuchung zur entsetzlichen Behandlung in zahlreichen Auffanglagern eröffnet«, erklärte Innenkommissarin Cecilia Malmström am Mittwoch über den Kurznachrichtendienst Twitter. Ihre Behörde werde auch »nicht zögern, ein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten«, warnte sie. Italiens Regierungschef Enrico Letta versprach »gründliche« Ermittlungen zu dem Fall, um »die Verantwortlichen zu bestrafen«.

Beide Politiker reagierten auf einen Bericht des italienischen Fernsehsenders Rai2, der am Montagabend ausgestrahlt worden war. Zu sehen waren Aufnahmen, die ein Flüchtling auf Lampedusa mit versteckter Kamera gefilmt hatte. »Die Migranten müssen Schlange stehen zum Duschen, nackt, in der windigen Kälte, um sich mit einem Desinfektionsmittel abbrausen zu lassen«, fasste die Zeitung »Corriere della Sera« anschlussend zusammen. Die Bürgermeisterin von Lampedusa sprach von Zuständen wie in einem »Konzentrationslager«, andere Politiker und Menschenrechtler zeigten sich ebenfalls entsetzt.

Für afrikanische Flüchtlinge, die jedes Jahr zu Tausenden versuchen, über das Mittelmeer in die Europäische Union zu gelangen, ist Lampedusa eines der wichtigsten Ziele. Ihre oft kaum seetauglichen Boote geraten dabei regelmäßig in Seenot, alljährlich sterben Hunderte Menschen auf dem Weg über das Meer.

Seit der Flüchtlingstragödie Anfang Oktober dieses Jahres vor Lampedusa mit mehr als 360 Toten steht die Einwanderungspolitik der Europäischen Union verstärkt in der Kritik, da sie vor allem auf noch striktere Abschottung setzt. AFP/nd

Israels Abschiebendeal ist geplatzt

Afrikanische Staaten sollten von der Aufnahme von Flüchtlingen »überzeugt« werden

Nach Protesten gegen ihre Unterbringung in Abschiebelagern im Süden Israels sind in Jerusalem 180 Afrikaner festgenommen worden. Das Ansinnen, sie an afrikanische Länder »weiterzugeben«, misslang.

Von Oliver Eberhardt, Jerusalem

2500 Flüchtlinge für 200 000 Schekel, ungefähr 41 430 Euro. Es war ein lukrativer Deal, den Boaz Bismuth, Journalist und Exbotschafter in Maueranien, mit seinem Freund, Regierungschef Benjamin Netanjahu, ausgehandelt hatte: Bismuth, so der Vertrag, sollte seine Kontakte zu afrikanischen Regierungen nutzen, um sie zur Aufnahme afrikanischer Flüchtlinge zu bewegen, egal woher sie ursprünglich stammten. Dafür sprach ihm der Vertrag ein reichhaltiges Budget für »Entwicklungshilfemaßnahmen« zu.

Am Mittwoch endete die Vereinbarung in einem Fiasko: Mitarbeiter des Außenministeriums hatten nicht nur den Vertrag, sondern auch die Stellungnahme des Staatskontrolleurs, in der die Vereinbarung als »Gehen-Sie-sofort-ins-Gefängnis-Karte« bezeichnet wird, an die Medien weitergegeben. Die dann recht schnell herausfanden, worum es sich bei den »Entwicklungshilfemaßnahmen« tatsächlich handelt.

»Es wurden Bestechungsgelder angeboten«, sagt Tedros Adhanom Ghebreyesus, Außenminister Äthiopiens, gegenüber »nd«. »Mitarbeiter verschiedener Ministerien haben uns berichtet, dass ihnen Geld dafür angeboten wurde, dass sie Einreisevisa ausstellen oder einen Flüchtling als Äthiopier einstufen. Der Westen muss endlich lernen, dass es auch in Afrika Länder gibt, in denen man für Geld nicht alles kaufen kann.«

Die Affäre belastet Israels Beziehungen zu den Staaten Afrikas nun noch ein bisschen stärker, und das in einer Zeit, in der sich Iran, aber auch extremistische arabische Gruppierungen darum bemühen, Basen im Norden des Kontinents aufzubauen. Israel auf der anderen Seite wird hier misstrauisch beäugt, und verantwortlich dafür ist hauptsächlich die Art und Weise, wie der jüdische Staat mit den Flüchtlingen umgeht, die im Laufe der vergangenen Jahre zu



Protestmarsch am Dienstag im Schnee vor dem Jerusalemer Knesset-Gebäude – Israels Polizei zeigte kein Verständnis. Fotos: dpa/Abir Sultan; AFP/Menahem Kahana (2)

Zehntausenden über die Grenze zu Ägypten ins Land gekommen sind.

Erst Anfang der Woche war die Flüchtlingspolitik wieder weltweit zum Thema geworden, nachdem sich an die 400 Flüchtlinge zu Fuß auf den Weg aus einem offenen Internierungslager am Rande der Negev-Wüste auf den Weg nach Jerusalem gemacht hatten; am Dienstag demonstrierten sie vor dem Büro des Premierministers gegen ihre Lebensbedingungen, bis sie von Beamten der Barak, einer polizeiähnlichen Sondereinheit von Einwanderungs- und Innenministerium, vor laufenden Kameras mit Gewalt in Busse verfrachtet und zurück in die Negev-Wüste gebracht wurden – allerdings diesmal in eine geschlossene Einrichtung, die zwar nicht Gefängnis genannt wird, aber faktisch eines ist, obwohl es dort keine Zellen gibt. Den Weg nach draußen versperren Wächter und hohe Zäune.

Eigentlich sollten in solchen Einrichtungen überhaupt keine Flüchtlinge untergebracht werden. So hat es der Oberste Gerichtshof bereits vor Monaten beschlossen. Doch die Regierung umgeht dies, indem sie eines der Internierungslager in ein Übergangwohnheim undefiniert hat, das tagsüber unter strengen Auflagen verlassen werden kann. Werden diese Regeln verletzt, unter anderem eine Meldepflicht dreimal täglich, ist die geschlossene Unterbringung aus Sicht der Regierung gerechtfertigt. Klagen dagegen sind anhängig. So oder so ist der Unterschied für die Menschen gering. Weit und breit gibt es nichts, was diese Leute außerhalb der Einrichtung tun könnten, zumal sie, falls überhaupt, über nur wenig Geld verfügen.

Israel hat keine Asylgesetzgebung und braucht nach Ansicht der derzeitigen Mitte-Rechts-Koalition auch keine. »Bei diesen Leuten handelt es sich zu 90 Prozent um Personen, die hierher kommen, um ein besseres Leben zu haben«, sagte Innenminister Gideon Sa'ar am Dienstag. Woher er das weiß, ist unklar. Es gibt keine Prüfung des Einzelfalls, keine Anhörungen. Sa'ar kündigte an, die Barakeinheit werde weiterhin Flüchtlinge, die keinen Aufenthaltsstatus haben, festnehmen und in die Wüsteneinrichtungen bringen.

NACHRICHTEN

Hunderte Tote bei Gewalt in Südsudan – Unruhen weiten sich aus

Juba. In Südsudan haben sich die schweren Unruhen von der Hauptstadt Juba auf andere Landesteile ausgeweitet. Mehrere Hundert Menschen sollen in den vergangenen Tagen ums Leben gekommen sein. Präsident Salva Kiir wirft seinem ehemaligen Stellvertreter Riek Machar vor, die Regierung stürzen zu wollen. Der vielschichtige Konflikt hat auch ethnische Dimensionen. Experten warnen vor einem neuen Bürgerkrieg in dem jungen Land, das sich erst 2011 vom Nachbarn Sudan abgespalten hatte. dpa/nd

Kommentar Seite 4

Paris kündigt Truppen weiterer EU-Staaten an

Paris. Frankreich erwartet in Kürze Bodentruppen aus EU-Staaten zur Unterstützung des Einsatzes in der Zentralafrikanischen Republik. Es werde »bald« Bodentruppen von europäischen Partnern in dem Krisenland geben, sagte Außenminister Laurent Fabius in der Nationalversammlung in Paris, ohne die Staaten aber beim Namen zu nennen. Nach Angaben aus belgischen Militärkreisen erwägt Belgien, 150 Soldaten zu schicken. Die Bundesregierung hat Spekulationen über einen Einsatz deutscher Soldaten in der Zentralafrikanischen Republik widersprochen. Agenturen/nd

Äthiopien holte 120 000 aus Saudi-Arabien heim

Addis Abeba. Seit Beginn der Rückführung illegal in Saudi-Arabien arbeitender Migranten hat Äthiopien bereits 120 000 Menschen in die Heimat gebracht. »Wir brauchen wirklich Hilfe. Es ist wirklich eine große Herausforderung, 120 000 Menschen in weniger als einem Monat zurückzuführen«, sagte Sharon Dimanche von der Internationalen Organisation für Migration, die die äthiopische Regierung bei der Aktion unterstützt. »Es ist ein Notfall. Wir müssen Menschenleben retten.« Ihren Angaben zufolge werden 9,5 Millionen Euro zur Unterstützung der Rückkehrer benötigt. nd

Indisches Unterhaus für Gesetz gegen Korruption

Delhi. Einen Tag nach dem Oberhaus hat am Mittwoch auch das indische Unterhaus ein seit Langem heiß umstrittenes Gesetz gegen die Korruption gebilligt. Künftig sollen sich Bürger an eine unabhängige Stelle wenden können, wenn sich Politiker oder Beamte korrupt verhalten. Nun fehlt nur noch die Unterschrift des Präsidenten, damit das Gesetz in Kraft treten kann. dpa/nd

Ukraine »vor dem Bankrott bewahrt«

Kiew. Dank der russischen Milliardenhilfen hat die ukrainische Regierung nach eigener Darstellung verheerende Konsequenzen verhindert. Ohne die Vereinbarung hätten »Bankrott und sozio-ökonomischer Niedergang« gedroht, sagte Ministerpräsident Mykola Asarow vor dem Parlament in Kiew am Mittwoch. Den Moskau-Besuch des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch am Vortag nannte er ein »historisches Ereignis«. Die Hilfen seien »weder an einen Anstieg noch eine Senkung, noch ein Einfrieren sozialer Leistungen, Renten, Stipendien oder Ausgaben« geknüpft, hob er unter Anspielung auf Bedingungen des Internationalen Währungsfonds hervor.

Die westlich orientierte Opposition beklagte hingegen einen Ausverkauf des Landes. Der Staatschef habe die Republik als Pfand an Russlands Präsidenten Wladimir Putin verhöckert, sagte UDAR-Führer Vitali Klitschko vor Demonstrationen in Kiew. »Die Ukraine lässt sich nicht wie ein Boxing ring regieren«, mahnte derweil der polnische Friedensnobelpreisträger Lech Walesa. Wenn Klitschko die Macht auf der Straße gewinnen, könne er sie genauso schnell wieder verlieren.

Zwei Vertreter der Parlamentarischen Versammlung des Europarats wollen sich ab Donnerstag in der Ukraine ein Bild von der politischen Lage machen. Agenturen/nd

Schäbige Behandlung wirft schwere Schatten

Diplomatischer Schlagabtausch zwischen Indien und USA nach Festnahme von Delhis Generalkonsulin in New York

Seit Tagen liegen Diplomaten der USA und Indiens im Clinch. Auf die »tiefe Freundschaft« fällt wegen der »unglaublich schäbigen Behandlung« einer indischen Konsultatsvizechefin in New York ein Schatten.

Von Hilmar König, Delhi

Die Regionalmacht Indien zeigt sich empört darüber, wie die Weltmacht USA mit einer ihrer leitenden Diplomattinnen umspringt.

Devyani Khobragade, stellvertretende Generalkonsulin in New York, wurde von der Polizei auf offener Straße in Handschellen gelegt und in Gewahrsam genommen, nachdem sie ihre Tochter zur Schule gebracht hatte. Auf dem Revier wurde sie verhört und musste sich angeblich einer Leibesvisitation unterziehen, ehe man sie mit Drogenabhängigen und Prostituierten in eine Zelle sperrte.

Auf Intervention der indischen Botschaft kam sie nach etlichen Stunden gegen eine Kaution von 250 000 Dollar frei.

Die Festnahme war mit der Begründung erfolgt, dass Frau Khobragade in Visadokumenten falsche Angaben über das Gehalt ihrer indischen Hausangestellten gemacht habe. Sie soll nur etwa drei Dollar Stundenlohn statt der vorgeschriebenen und in den Visaformularen angegebenen neun Dollar zahlen. Nach Auffassung der Behörden hat es sich bei der Festnahme um eine »Standard-prozedur« gehandelt.

Nach fünf Tagen Abwartens ergriff Indien, wie es glaubt, »reziproke Maßnahmen«. Zuerst wurde Bot-

schafterin Nancy Powell ins indische Außenministerium bestellt, wo ihr Staatssekretärin Sujata Singh den unmissverständlichen Protest der Regierung überbrachte.

Da es von Washingtons Seite keine Geste des Bedauerns oder gar eine Entschuldigung gab, überschlugen sich die Ereignisse in Delhi. Eine Delegation des US-Kongresses fand plötzlich keine Gesprächspartner im Gastland. Regierung und Opposition sagten alle Treffen ab. Am Dienstag fuhren unerwartet Bagger und Kranwagen vor der USA-Botschaft auf und bauten alle Barrikaden ab, die seit dem 11. September 2001 zum Schutz des Geländes errichtet worden waren. Die Straße Nyaya Marg im Botschaftsviertel ist seitdem für den öffentlichen Verkehr wieder frei.

Zeitgleich mit diesem demonstrativen, vom Fernsehen live übertragenen Akt erließ das Außenministerium etliche Verfügungen: Alle Sondergenehmigungen für US-amerikanisches Botschaftspersonal zum Betreten der Flughäfen wurden ungültig gemacht. Indien stoppte die Zollabfertigung von Importen für die USA-Botschaft. Alle Konsultatsmitarbeiter haben ihre Identitätsausweise abzugeben. Sie werden herabgestuft auf das Niveau indischer Konsultatsmitarbeiter in den USA.

Delhi verlangt detaillierte Angaben über die Gehälter aller indischen Beschäftigten, einschließlich der Hausangestellten, die in US-Konsulaten arbeiten.

Von effektiven Maßnahmen, diese Frage zu behandeln und »die Würde unserer Diplomatin zu schützen«,

sprach Außenminister Salman Khushid. Sie seien eine klare Botschaft, dass diese Art des Umgangs inakzeptabel ist. Daniel Arshack, Anwalt von Devyani Khobragade in New York, sprach von einer »unglaublich schäbigen Behandlung«.

Die indische Opposition schloss sich in seltener Einigkeit dem energischen Protest an. Die Regierung müsse auf jeden einzelnen Schritt der USA mit gleicher Münze antworten, um »Indiens Souveränität und das Prestige seiner Diplomaten zu wahren«, so der Sprecher der Indischen Volkspartei (BJP), Ravishankar Prasad. Ein solches Verhalten der USA entspreche nicht dem Niveau der Freundschaft zwischen beiden Staaten. Immerhin pflegen sie seit Längerem aus geopolitischen Erwägungen einen strategischen Dialog. Indische Medien ziehen den Schluss, Washington könne nur deshalb so hemsärmelig auftreten, weil Delhi eine »zu weiche Regierung« und eine »zu zahme Außenpolitik« habe. Mit der Volksrepublik China wären die US-Amerikaner gewiss nicht so umgesprungen.

Marie Harf, die Sprecherin des State Department in Washington, versuchte im Gespräch mit der Zeitung »The Hindu«, die Affäre herunterzuspielen. Sie sei »nicht bezeichnend für die engen und gegenseitig respektvollen Beziehungen«. Harf gab zu, dass es sich um eine »reizbare Frage für viele in Indien« handelt. Ihre Regierung werde alle Umstände des Vorfalls überprüfen, »um sicherzustellen, dass alle geeigneten Maßnahmen ergriffen und jede Höflich-

keit gewahrt wurden«. Vielleicht der Beginn eines vorsichtigen Einlenkens. Doch noch liegt der Schatten über, wie Frau Harf es formulierte, »einer breiten und tiefen Freundschaft, der sich die USA und Indien erfreuen«.

ANZEIGE
ND LESERREISEN
MALTA ERKUNDEN
DEM WINTER ENTLIEHEN
Je 8 Tage ab 22.01., 29.01.2014
05.02., 12.02., 19.02.; 05.03., 12.03.2014
pro Person im DZ € 669,-
pro Person im DZ € 818,-
Informationen/Buchung: nd-Leserreisen, Frau Kohlmetz/Herr Diekert, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin; Fax 030/2978-1650. l...erreisen@nd-online.de · www.neues-deutschland.de/leserreisen
Veranstalter: tsjmedialog GmbH, Bielefeld
neues.deutschland
DRUCK VON LINKS

NACHRICHTEN

Leugnung von Genozid an Armeniern von Meinungsfreiheit gedeckt

Straßburg. Die Behauptung, das osmanische Reich habe im Jahr 1915 keinen Völkermord an der armenischen Bevölkerung begangen, ist von der Meinungsfreiheit gedeckt. Solche umstrittenen Meinungen müsse eine pluralistische und demokratische Gesellschaft aushalten, urteilte am Dienstag der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Damit bekam Dogu Perincek, Vorsitzender der türkischen Arbeiterpartei, von den Straßburger Richtern recht. Der heute 71-Jährige hatte 2005 in der Schweiz auf mehreren Vorträgen einen Völkermord an den Armeniern im Ersten Weltkrieg im damaligen osmanischen Reich geleugnet. Der Genozid, der den Türken zur Last gelegt wird, sei eine »internationale Lüge«. Daraufhin hatte die Vereinigung »Schweiz-Armenien« Strafanzeige gestellt. epd/nd

US-Internetkonzerne für Geheimdienstreform

Washington. Die Chefs führender US-Internetkonzerne haben Präsident Barack Obama bei einem Treffen im Weißen Haus zu einer Reform der Geheimdienste aufgefordert. Fast zwei Stunden lang diskutierte Obama mit Apple-Chef Tim Cook, dem Google-Verwaltungsratsvorsitzenden Eric Schmidt und Yahoo-Chefin Marissa Mayer. Auch die Geschäftsführerin von Facebook, Sheryl Sandberg, und Twitter-Chef Dick Costolo zählten zu den 15 Topmanagern, die an dem Gespräch teilnahmen. Das Weiße Haus erklärte, Obama habe sich zu einem offenen und freien Internet bekannt. Die Regierung werde die Sorgen der Technologiekonzerne bei der derzeit laufenden Überprüfung der Geheimdienstarbeit berücksichtigen. AFP/nd

Plan für Vernichtung syrischer Chemiewaffen

Den Haag. Die Organisation für das Verbot von Chemiewaffen (OPCW) hat am Mittwoch den Plan für die Vernichtung der syrischen Giftgasbestände vorgestellt. An der mehrstufigen Operation sollen eine Reihe von Staaten beteiligt sein, wie OPCW-Generaldirektor Ahmet Üzümcü dem Exekutivrat seiner Organisation im niederländischen Den Haag erklärte. Eine Schlüsselrolle soll demnach die US-Marine mit dem Spezialschiff »MV Cape Ray« einnehmen, auf dem die gefährlichsten Kampfstoffe vernichtet werden sollen. Auf dem Spezialschiff sollen die Kampfstoffe mithilfe von Wasser in ihre Bestandteile gespalten werden. Übrig bleiben soll toxischer Müll, der ähnlich wie Industriemüll entsorgt werden kann. AFP/nd

Präsidentenpartei und Verbündete Wahlsieger

Bamako. Bei der Parlamentswahl in Mali haben die Partei von Präsident Ibrahim Boubacar Keita und seine Verbündeten nach offiziellen Angaben gewonnen. Wie der Minister für Territorialverwaltung, Moussa Sinko Coulibaly, am Dienstagabend unter Berufung auf vorläufige Ergebnisse im Staatsfernsehen erklärte, erhielten die Sammlungsbewegung für Mali und ihre politischen Partner bei der zweiten Wahlrunde am Sonntag insgesamt 115 von 147 Sitzen. Demnach lag die Wahlbeteiligung bei 37,2 Prozent – noch weniger als bei der ersten Runde mit 38,6 Prozent. 20 Monate nach dem Militärputsch sollte die zweite Wahlrunde die mühsame Rückkehr zur Demokratie in dem westafrikanischen Land abschließen. Das Votum wurde überschattet von einem Anschlag auf UN-Soldaten am Vortag, bei dem zwei Blauhelme aus Senegal getötet wurden. Das Land war durch einen Militärputsch im März 2012 ins Chaos gestürzt. AFP/nd

Ankaras juristische Zumutungen

In der Türkei beginnen drei Sammelverfahren gegen Anwälte. Hintergrund: der Kurdenkonflikt

Keine Spur mehr vom politischen Tauwetter des Frühjahrs in der Türkei in Sachen Kurdistan. Heute wird ein Massenprozess gegen kurdische Anwälte fortgesetzt.

Von Thomas Eipeldauer

Silivri liegt etwa 50 Kilometer außerhalb Istanbuls und beherbergt das größte Gefängnis der Türkei. 11 000 Häftlinge können hier untergebracht werden, das Lager verfügt auch über einen angegliederten Gerichtssaal. Jetzt soll es dreimal zum Schauplatz von Massenprozessen gegen türkische und kurdische Anwälte werden, denen zum Teil langjährige Haftstrafen drohen.

Den Auftakt macht am 19. Dezember die Fortsetzung von einem der sogenannten KCK-Verfahren. 46 Anwälte werden beschuldigt, Mitglieder der Union der Gemeinschaften Kurdistans (KCK) zu sein, die von der türkischen Regierung als terroristische Vereinigung eingestuft wird. Nur vier Tage später beginnt der Prozess gegen Mitglieder der Fortschrittlichen Anwaltsvereinigung (CHD) und des Anwaltsbüros des Volkes (HBB), die im Januar 2013 wegen des Verdachts, der in der Türkei verbotenen Stadtguerilla DHKP-C anzugehören, festgenommen worden waren. Und Anfang nächsten Jahres muss sich der Vorstand der Istanbul Rechtsanwaltskammer wegen »illegaler Beeinflussung des Gerichts«, die es in einem früheren Verfahren gegeben haben soll, verantworten.

Die Hamburger Rechtsanwältin Gül Pinar, die für den Deutschen Anwaltverein die Verfahren gegen Juristen in der Türkei beobachtet, spricht gegenüber »nd« von einer neuen Qualität der Verfolgung von Juristen: »Noch nie in der Geschichte der Republik Türkei haben sich so viele Rechtsanwälte in Haft befunden.« Ein faires Verfahren, so Pinar, sei nicht zu erwarten. Es werde »gegen so ziemlich alle Vorschriften zur Wahrung der prozessualen Rechte von Angeklagten« verstoßen.



»Hände weg von unseren Parlamentariern« forderten kurdische Demonstranten schon vor einem Jahr anlässlich ähnlicher Prozesse in Ankara.

Foto: AFP/Adem Altan

Acht mal ist man bislang vor Gericht zusammengekommen, dabei sitzen manche der Beschuldigten bereits seit zwei Jahren in Untersuchungshaft. Das verstößt nach Ansicht vieler Juristen gegen den Beschleunigungsgrundsatz. Auch im CHD-Prozess, bei dem unter anderem der Präsident dieser größten linken Anwaltsvereinigung angeklagt ist, sind neun der Angeklagten bereits seit Jahresbeginn inhaftiert.

Auffallend ist zudem, dass die Beweislage äußerst dünn ist. Viele Dokumente sind der Verteidigung nicht zugänglich und werden geheimgehalten. Deutlich wird auch, dass den Anwälten die normale Ausübung ih-

res Berufes zum Vorwurf gemacht wird. So wird etwa bei den Mitgliedern des CHD und des HBB wegen des Umstands, dass diese politische Gefangene aus den Reihen der DHKP-C verteidigen, behauptet, sie müssen selbst Mitglieder der Gruppe sein.

Im KCK-Verfahren zieht man Gespräche, die Anwälte mit dem auf der Gefängnisinsel İmralı inhaftierten Kurdenführer Abdullah Öcalan geführt haben, als Belege für die Terrorismusvorwürfe heran. »Auch im türkischen Recht ist es untersagt, die Unterhaltungen zwischen Anwälten und ihren Mandanten abzuheben. Aber genau das haben sie gemacht. Und diese Aufnahmen zählen jetzt zu

den Hauptbeweisen«, so Ramazan Demir, der derzeit einige seiner Kollegen in Istanbul verteidigt.

Wiederholt hat die Menschenrechtsorganisation Amnesty International kritisiert, dass die Regierung in Ankara Terrorvorwürfe nutzt, um unliebsame Oppositionelle zu kriminalisieren. Auch bei den nun beginnenden Prozessen ist die Vermutung, dass sie zur Einschüchterung linker und revolutionärer Anwälte dienen sollen, kaum von der Hand zu weisen. Im Rahmen der Repression gegen die Union der Gemeinschaften Kurdistans wurden insgesamt mehrere tausend Personen – darunter Professoren, Journalisten, Politiker

und Studenten – festgenommen. Hier verfolgen die Behörden generell das Ziel, die kurdische Bewegung in der Türkei zu schwächen. Im CHD-Verfahren wiederum geht es um Anwälte, die vor allem jene vertreten, die von der Regierung als »Feinde« eingestuft werden: Sozialisten, Teilnehmer der Gezi-park-Proteste, Frauen, die sich gegen Diskriminierung wehren, Menschen aus ärmeren Stadtteilen, die gegen die »urbane Transformation« genannte großangelegte Gentrifizierung vorgehen.

»Diese Fälle haben ja politisch motiviert begonnen, und sie werden auch mit einer politischen Entscheidung enden«, so Demir.

Halbfreier Urnengang in Honduras?

Ulrike Lunacek über die Wahlbeobachtungsmission der EU



Ulrike Lunacek ist Abgeordnete des Europäischen Parlaments. Die Österreicherin vertritt die Fraktion Grüne/EFA als Sprecherin in europäischen und außenpolitischen Fragen. Ende November leitete sie die EU-Wahlbeobachtermission in Honduras. Zum Sieger der Präsidentenwahl wurde unter Protest der linken Opposition der rechte Juan Orlando Hernández erklärt. Harald Neuber befragte Ulrike Lunacek. Foto: AFP/Orlando Sierra

Frau Lunacek, die von Ihnen geleitete EU-Beobachtermission bei den Wahlen in Honduras sprach in ihrem vorläufigen Bericht von einem ruhigen Verlauf. Zugleich gab es in dem mittelamerikanischen Land Massenproteste der Opposition gegen einen vermeintlichen Wahlbetrug. Wer hat denn nun Recht?

Zum einen möchte ich betonen, dass der Bericht, den ich am 26. November – nicht einmal 48 Stunden nach der Schließung der Wahlurnen – vorgestellt habe, vorläufigen Charakter hat. Der Endbericht wird gerade erstellt und den werde ich Anfang kommenden Jahres auch in Honduras vorstellen. Unser Bericht enthält zwei Dinge: Zum einen war die Wahlkampagne undurchsichtig und ungleich. Der Wahltag selbst aber ist transparent verlaufen. Transparent heißt nicht, dass alles in Ordnung war. Das heißt, dass dort, wo es Fehler, Unregelmäßigkeiten und versuchte Manipulationen gab, dies offengelegt werden konnte. Aber im Bericht gehen wir auch auf den Missbrauch öffentlicher Gelder durch die Nationalpartei für die Wahlkampagne ein, die fehlende Gewaltenteilung, die hohe Straflosigkeit und das Versagen der Justiz sowie die politische Gewalt.

In der honduranischen und internationalen Presse war davon wenig zu erfahren. Fühlen Sie sich missverstanden?

Die Tatsache, dass sich alle Medien nur auf den Wahltag konzentriert haben, ist tatsächlich ein Problem. Es ärgert mich außerdem, wenn der spanische Begriff »transparente« hier mit »frei und fair« übersetzt wird. Das ist falsch und ich habe es nie gesagt.

Ihr Stellvertreter, der Spanier José Antonio de Gabriel, wurde vor wenigen Tagen in einem regierungsnahen Blatt in Honduras erneut mit der Aussage zitiert, dass alles ruhig verlaufen sei.

Ja, für den Wahltag stimmt das. Er hat aber auch gesagt, dass es Unregelmäßigkeiten gab, etwa gekaufte Wahlausweise der Beisitzer. Er hat auch erwähnt, dass der ungleiche Zugang zu Finanzen im Wahlkampf für große Probleme gesorgt hat.

Nach Angaben Ihres Landsmanns Leo Gabriel, der an der EU-Mission teilnahm, gab es dennoch Dissens in der Delegation.

Ich finde, dass Leo Gabriel, den ich gut kenne, einen Fehler gemacht hat. Wahlbeobachtung heißt, dass man unparteiisch sein muss. Ich kann mich

nicht ohne sachliche Begründungen auf eine Seite stellen.

Denken Sie, dass Herr Gabriel, der nach seiner Kritik von der Mission suspendiert wurde, politisch vorgegangen war?

Das kann ich nicht beurteilen. Aber er hat den Verhaltenskodex gebrochen, indem er eine Pressekonferenz gegeben hat. Vor allem aber war er Kurzeitbeobachter und nur in einem Teilbereich einer Region. Und dort hat die Antikorruptionspartei PAC gewonnen. Mehrheitlich war das aber anders. LIBRE hat in drei Regionen gewonnen, die Liberalen in einer und die Nationale Partei in 13.

Was ist also Ihr Resümee?

Wir werden verschiedene Dinge empfehlen. Ein Wahlkampfkostengesetz zum Beispiel. Hinzu kommen juristische Fragen: Dass Juan Orlando Hernández, der Wahlsieger, etwa Parlamentspräsident blieb, obwohl er schon kandidierte. Dass er in dieser

Zeit die Obersten Richter absetzen ließ. Der Mangel an Gewaltenteilung. Der Einsatz der von Hernández im August geschaffenen Militärpolizei als Mittel der Wahlkampagne. Diese Kritik wird sich in unserem Bericht finden.

Frau Lunacek, haben in Honduras also freie und faire Wahlen stattgefunden?

Das ist nicht eindeutig mit Ja oder Nein zu beantworten. Der Wahlkampf selber hat demokratischen Anforderungen nicht genügt. Die Manipulationen fanden vor der Abstimmung statt. Am Wahltag selbst aber war die Bereitschaft der Leute groß, der Angst im Land zu widerstehen. Es sind viele Menschen wählen gegangen. Das ist eine tolle Leistung und das will ich nicht schmälern lassen durch das, was es an Unregelmäßigkeiten am Wahltag gegeben hat – und die können auch den Unterschied von 250 000 Stimmen zwischen Hernández und Castro nicht ausmachen.



Protest gegen Wahlbetrug in Honduras

Foto: AFP/Orlando Sierra

Tepco will alle Reaktoren für immer stilllegen

Betreiber von Fukushima verkündete Beschluss

Tokio. Der Betreiber des havarierten Atomkraftwerks Fukushima in Japan will nun auch zwei weitgehend unbeschädigte Reaktoren des AKW dauerhaft stilllegen. Die zum Zeitpunkt des Unglücks im Jahr 2011 zu Routineinspektionen abgeschalteten und deshalb relativ intakt gebliebenen Meiler 5 und 6 werden ebenfalls permanent außer Dienst gestellt, wie das Unternehmen Tepco am Mittwoch mitteilte.

Das Atomkraftwerk Fukushima verfügte über sechs Reaktoren, als es im März 2011 von einer Erdbeben- und Tsunami-Katastrophe zerstört wurde. Die Reaktoren 1 bis 4 wurden schwer beschädigt, in drei von ihnen kam es zur Kernschmelze und zum Austritt radioaktiver Substanzen, die weite Teile der umliegenden Region verstrahlten. Tausende Tonnen radioaktiv verseuchtes Wasser, das zu Kühlzwecken an den beschädigten Reaktoren eingesetzt und in Wassertanks gelagert worden war, gelangte in den Pazifik.

Regierung und Öffentlichkeit hatten Tepco unter Druck gesetzt, die Reaktoren nicht wieder in Betrieb zu nehmen. Der Beschluss zur vollständigen Stilllegung fiel erst, nachdem die Buchführungsregeln dahin geändert wurden, dass keine massiven Abschreibungsverluste entstehen. Tepco erwägt, die Reaktoren 1 bis 4 für Forschung nutzbar zu machen. Betreiber und Regierung gehen davon aus, dass es vier Jahrzehnte dauern wird, die havarierten Meiler komplett abzubauen. AFP/nd

Teurer, aber nicht unbedingt besser

Barmer-GEK-Bericht: Finanzierung einer guten Pflege noch nicht gesichert

Immer mehr Menschen müssen im Alter gepflegt werden. Viele Fragen zur Organisation dieses gesamtgesellschaftlichen Problems sind derzeit jedoch noch ungelöst.

Von Ulrike Henning

Mit 2,5 Millionen Menschen ist die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland so hoch wie nie zuvor. Auch ihr Anteil an der Finanzierung der Pflegeleistungen steigt weiter, wie die Barmer GEK bei der Vorstellung des diesjährigen Pflegereports gestern in Berlin feststellte.

Generell wächst die Zahl der Pflegebedürftigen mit dem zunehmenden Anteil Älterer in unserer Gesellschaft – andererseits wird der betroffene Personenkreis im Durchschnitt nicht schlimmer oder öfter krank. Das belegen weitere Zahlen aus dem Bericht, der auf Basis von Versichertendaten erstellt wird. Bestätigt hat sich ebenso wenig die frühere These, dass die Pflegeheime immer mehr zu »Siechenheimen« werden. Bei den neu Aufgenommenen in diesen Einrichtungen stieg der Anteil mit der niedrigsten Pflegestufe I deutlich, bei den Männern von 36 auf 48 Prozent, bei den Frauen von 45 auf 53 Prozent. Verglichen wurden die Jahre 2000 bis 2002 mit dem Zeitraum 2009 bis 2011. Die Überlebensdauer in der stationären Pflege ist bei Frauen unverändert, bei den Männern steigt sie leicht an.

Die Zahlen sagen noch nichts über notwendige Verbesserungen in der



Pflegeheim in München – die Anzahl der Bewohner wächst.

Foto: imago/Michael Westermann

Pflege sowie die Sicherheit der Finanzierung aus. Hier zeigt sich weiter die Tendenz, dass der private Anteil wächst, wie es auch schon im vorjährigen Report festgestellt worden war. Dennoch gibt Rolf-Ulrich Schlenker vom Barmer-GEK-Vorstand dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD in der Pflege

überwiegend gute Noten. Jedoch scheint er positiven Auswirkungen der geplanten Beitragserhöhung um insgesamt 0,5 Prozent noch recht skeptisch entgegenzusehen.

Nicht erbaut zeigte sich Schlenker darüber, dass die lange verschobene Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs erst in der zweiten

Hälfte der neuen Legislaturperiode stattfinden soll. Zwar seien die zunächst geplanten Verbesserungen im Wohnumfeld, bei der Pflegezeit der Angehörigen und bei der Stärkung der Pflegeberufe zu begrüßen. Hierfür sollen die ersten 0,2 Prozent der geplanten Beitragserhöhung verwendet werden. Heinz Rothgang von

der Universität Bremen und Autor des Reports hält die sich hier ergebenden zwei Milliarden Euro für zu knapp. Außerdem bestünde die Gefahr, dass die zweite Phase der Reform auf der Basis der neuen Leistungen noch teurer werde als vorgesehen. Rein körperlich eingeschränkte Pflegebedürftige könnten mit der neuen Definition ab 2015 schlechter gestellt werden.

Deutliche Kritik erntete der geplante Pflegevorsorgefonds, für den ein Fünftel der künftigen Beitragssatzerhöhung aufgewendet werden soll. Diese Kapitalstockbildung sei zwar »gut gemeint«, so Schlenker, aber angesichts der aktuellen Zinssätze und der Finanzmarktstabilität sei das kein sicheres Modell. Rothgang verwies auf die weiterhin hohen Eigenanteile für Langzeit- und Heimpflege und die Untauglichkeit des sogenannten Pflege-Bahrs, der staatlich geförderten privaten Zusatzversicherung.

Schwerpunktthema des diesjährigen Reports war die Rehabilitation während und vor der Pflege. Zwar gingen 15 Prozent der Pflegebedürftigen über 65 Jahren noch vor dem neuen Lebensabschnitt in eine Reha. Meist sei die aber im Zuge eines Schlaganfalls oder Herzinfarkts nötig geworden. Im ersten Jahr nach Pflegeeintritt kommen nur noch sieben Prozent der Betroffenen in eine solche Maßnahme. Ob eine Reha für die Älteren in der Regel noch wirksam ist, konnte mit den vorhandenen Daten nicht nachgewiesen werden.

NACHRICHTEN

Rhön-Konzern soll Putzkräfte ausgebeutet haben

München. Der Rhön-Konzern, einer der größten privaten Klinikbetreiber in Deutschland, soll einem Bericht zufolge jahrelang Putzkräfte systematisch ausgebeutet haben. Die »Süddeutsche Zeitung« berichtete am Mittwoch unter Berufung auf Zolluntersuchungen, zahlreiche Beschäftigte hätten ausgesagt, sie seien unter Druck gesetzt worden, regelmäßig länger zu arbeiten als vereinbart. Die Überstunden seien nicht bezahlt worden. Demnach soll der Rhön-Konzern auf diese Weise den gesetzlichen Mindestlohn unterlaufen haben. Das Unternehmen betreibt sechs eigene Reinigungsgesellschaften mit mehreren tausend überwiegend weiblichen Beschäftigten. Sie putzen dem Bericht zufolge in mehr als 40 Kliniken Patientenzimmer, Operationssäle und Krankenhausstationen. *AFP/nd*

EU einigt sich auf Fischquoten für 2014

Brüssel. Umweltschützer haben die neuen Fischfangquoten der EU für 2014 positiv bewertet: Die EU-Staaten schonten die Fischbestände stärker als in der Vergangenheit, kommentierte die Umweltschutzorganisation WWF die Regeln am Mittwoch. Auch die deutsche Fischerei zeigte sich mit den neuen EU-Fangquoten für die Nordsee zufrieden. »Wir begrüßen insgesamt die Bemühungen des Ministerrates, die nachhaltige Bewirtschaftung der Fischbestände in Europa zu sichern«, sagte Peter Breckling, Generalsekretär des Deutschen Fischerei-Verbandes, am Mittwoch in Hamburg. Nach offiziellen EU-Dokumenten würden bereits mehr als 60 Prozent der Fischbestände in der Nordsee nachhaltig bewirtschaftet. Die EU-Staaten hatten sich am Dienstag in Brüssel auf Fischfangmengen für das kommende Jahr für die Nordsee, den Nordatlantik und das Schwarze Meer geeinigt. *dpa/nd*

Erneutes Handelsdefizit Japans

Tokio. Teure Brennstoffimporte und ein schwacher Yen haben Japan erneut ein Milliardendefizit in seiner Handelsbilanz gebracht. Nach Angaben der Regierung in Tokio vom Mittwoch betrug das Defizit im November 1,29 Billionen Yen (rund 9,2 Milliarden Euro), insgesamt bereits der 17. Monat in Folge mit einer negativen Handelsbilanz. Die Einfuhren stiegen nach einem Bericht des Finanzministeriums im Vergleich zum November des Vorjahres um 21,1 Prozent auf ein Volumen von 7,19 Billionen Yen, gegenüber einem Anstieg der Exporte auf 5,9 Billionen Yen. Innerhalb eines Monats sei der Erdöl-Import um 34,9 Prozent gestiegen, während die Einfuhr von Flüssiggas um 37,4 Prozent zugenommen habe. Wegen der Abschaltung der Atomkraftwerken nach der Katastrophe von Fukushima im März 2011 ist Japan auf teure fossile Brennstoffe zur Stromproduktion ausgewichen. *dpa/nd*

Amazon-Beschäftigte weiter im Streik

Bad Hersfeld. In den Logistikzentren des Online-Versandhändlers Amazon lassen Beschäftigte auch am Mittwoch ihre Arbeit ruhen. Die Aktion sei »normal gut angefallen«, sagte ver.di-Sprecherin Mechthild Middeke. In Leipzig sollen rund 500 Mitarbeiter streiken. In Bad Hersfeld wollen die Beschäftigten im Laufe des Tages darüber beraten, ob und wie die Aktionen am größten deutschen Amazon-Standort weitergehen sollen. Ziel der Aktionen ist ein Tarifvertrag nach den Bedingungen des Einzel- und Versandhandels. Bei Amazon arbeiten bundesweit rund 9000 Mitarbeiter in acht Versandzentren, unterstützt werden sie von 14 000 saisonalen Aushilfen. *dpa/nd*

Stromnetze müssen ausgeschrieben werden

Urteil: Rekommunalisierung nicht automatisch möglich

Karlsruhe. Städte und Landkreise können Stromnetze nach dem Ablauf von Konzessionen für private Stromversorger nicht ohne weiteres wieder selbst übernehmen. Sie müssen die Netzvergabe vielmehr transparent ausschreiben und dürfen Mitbewerber dabei nicht diskriminieren, wie der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe in einem am Mittwoch bekanntgegebenen Urteil entschied. Auf den Vorrang der vom Grundgesetz garantierten kommunalen Selbstverwaltung können sich die Gemeinden demnach nicht berufen.

Damit scheiterte die Stadt Heiligenhafen sowie weitere verbundene 36 Gemeinden in Schleswig-Holstein,

weil sie die Konzessionen nicht korrekt ausgeschrieben hatten. Dies müssen sie nun nachholen. Die Urteile sind bedeutsam, weil bis 2016 über 2000 Netzverträge mit privaten Energieversorgern auslaufen und viele Kommunen die Versorgung wieder selbst in die Hand nehmen wollen.

In den Konzessionsverträgen vergeben Kommunen gegen Gebühr das Recht, Straßen und andere öffentliche Räume für die Verlegung und den Betrieb von Stromkabeln oder Gasleitungen zu nutzen. Diese Verträge laufen über bis zu 20 Jahre. Rekommunalisierungen sind immer nur dann möglich, wenn Konzessionsverträge auslaufen. *AFP/nd*

Einigung über Bankenunion

EU-Finanzminister finden Verfahren zur Abwicklung von Geldinstituten

Was tun, wenn eine Bank pleitegeht? Die EU-Staaten wollen einen Fonds gründen, in den die Institute selbst einzahlen müssen.

Brüssel. Die Verhandlungen über die künftige Abwicklung von Krisenbanken in Europa gehen auf die Zielgerade. Die EU-Finanzminister kamen am Mittwoch in Brüssel zusammen, um nach monatelangem Streit eine Einigung zu erzielen. Frankreichs Finanzminister Pierre Moscovici zeigte sich zuversichtlich: Die Finanzminister hatten die Beratungen in einer Nachtsitzung vorbereitet. EU-Wirtschaftskommissar Olli Rehn sprach im Anschluss von einem »entscheidenden Durchbruch«. Die Minister haben den Auftrag, sich bis zum heute beginnen-

den EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs zustande zu einigen.

Die Minister verhandeln seit Monaten darüber, wie ein europäischer Mechanismus und ein gemeinsamer Fonds zur Bankenabwicklung aufgebaut werden soll. Das ist neben der Bankenaufsicht die zweite Säule der EU-Bankenunion. Streit gab es etwa darum, wer das letzte Wort über die Schließung einer Bank bekommt oder welche Rechtsgrundlage gewählt wird. Inzwischen ist klar, dass der Fonds aus Beiträgen der Banken gespeist werden und innerhalb von zehn Jahren mit über 50 Milliarden Euro gefüllt werden soll. Dabei wird es zunächst nationale Kammern für jeden Staat geben, die immer weiter verschmelzen. Dass Deutschland diese Vergemeinschaftung ge-

schluckt habe, sei »ein großer Schritt nach vorne«, sagte ein EU-Diplomat.

Unstrittig ist inzwischen auch, dass die größten etwa 250 Banken unter das neue Abwicklungsregime fallen. In der Nacht auf Mittwoch diskutierten die Minister die Frage, woher das Geld kommen soll, wenn eine Bank abgewickelt werden muss, die Mittel im Fonds aber nicht ausreichen. Dafür sind laut Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) nun verschiedene Ansätze im Gespräch, etwa dass der Fonds Kredite aufnimmt. Die Minister hätten sich aber auf eine »klare Linie« verständigt: Am Ende würden die Banken zahlen. Schäuble wehrt sich dagegen, dass der Eurorettungsfonds ESM angezapft werden soll. *AFP/nd*
Kommentar Seite 4

Fouls und Finten im dänischen Parlament

Der kommende Staatshaushalt wurde beschlossen – aber die Ausrichtung fiel am Ende bürgerlicher aus als von einigen geplant

Heute wird der dänische Haushalt für 2014 endgültig verabschiedet. Zuvor hatten die Verhandlungen ein überraschendes Ende gefunden.

Von Andreas Knudsen

Die Verhandlung zum dänischen Staatshaushalt 2014 fanden einen dramatischen Abschluss, als der sozialdemokratische Finanzminister Bjarne Corydon in letzter Minute entschied, die Verhandlungen mit der bürgerlichen Opposition abzuschließen statt mit der rot-grünen Einheitsliste, ihrer parlamentarischen Basis außerhalb der Regierungskoalition. Wie die Liste selbst betrachteten die dänischen Medien die Verhandlungen als im Wesentlichen abgeschlossen und warteten nur noch auf die Pressekonferenz. Der innerhalb weniger Stunden mit der bürgerlichen Opposition ausgehandelte Budgetentwurf ließ die Vertreter der Einheitsliste aber vergeblich auf den entscheidenden Anruf warten.

Die Verhandlungsführer der Regierung mit Finanzminister Bjarne Corydon an der Spitze wurden hinterher nicht müde zu erklären, dass die Einheitsliste den Bogen mit ihren



Hinter der friedlichen Fassade des dänischen Parlamentes ging es hoch her.

Foto: imago/Arco Images

Forderungen überspannt hätte. Im Kern ging es deren Vertretern letztlich darum, die verhandelten Ergebnisse schriftlich zu fixieren, um zu verhindern, dass das Geld für einen anderen als den vereinbarten Zweck verwendet wird. Schon früher war das mehrfach passiert – nun wollte die Liste auf Nummer sicher gehen.

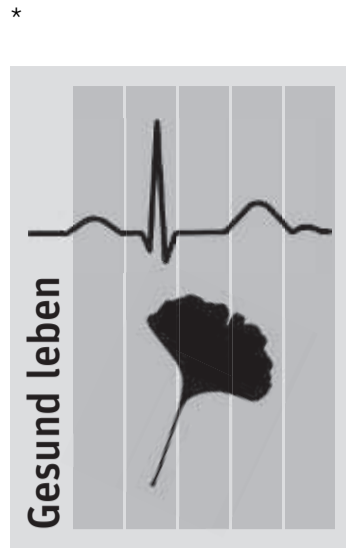
Das Scheitern der Verhandlungen mit dem linken Lager ist letztlich dem fehlenden Vertrauen zwischen Koalition und Einheitsliste zuzuschreiben. Die sozialdemokratisch geführte Regierung vertritt eine im Grunde bürgerliche Wirtschaftspolitik. Desto ärgerlicher ist der diesjährige Schiffbruch, denn die linken Partner hat-

ten sich beispielsweise auf einen grünen Investitionsfonds geeinigt, der nun nicht zustande kommt, sowie auf einen Steuerfreibetrag für Väter, die einen Teil der Kindererziehungszeit nach der Geburt ihrer Kinder nehmen. Auch für die Gewerkschaften ist es bitter: Eigentlich sollte der Freibetrag, den Mitglieder auf ihre Ge-

werkschaftsbeiträge anrechnen können, steigen. Das ist nun wieder in weite Ferne gerückt.

Die bürgerlichen Parteien können sich freuen, dass bereits beschlossene Steuererleichterungen für Unternehmen und Arbeitnehmer nun ein Jahr früher in Kraft treten. Für die Arbeitnehmer geht es aber nur um umgerechnet etwa vier Euro im Monat. Um das Interesse von Langzeitarbeitslosen an der Arbeitsaufnahme zu stimulieren, bekommen diese in Zukunft wesentlich höhere Freibeträge, wenn sie in Jobtrainings oder -rotationsverfahren eintreten. Alleinstehe werden ebenfalls steuerlich begünstigt. Positiv ist auch, dass es mehr Geld für die Umstellung der Energieversorgung auf Erneuerbare, der Bekämpfung von Krebskrankheiten sowie für den Bau jugendgerechter Wohnungen geben wird.

Der Staatshaushalt 2014 ist nicht so rigide wie seine Vorgänger, aber die Ausformung der freien Mittel hätte sozialer und grüner ausfallen können, wenn die kalte Luft sich in den Straßen halten würde und nicht auch das Verhältnis zwischen Parteien mit grundlegend gleichen Zielen auf den Nullpunkt herunterkühlen würde.



Braten, Soße und Schokodessert

Die beliebtesten Weihnachtessen der Deutschen haben es in sich: Viel Fett, viel Kohlenhydrate, wenig Nährstoffe

An Feiertagen wird aufgeföhren. Aber sind die Speiseklassiker gesund? nd-Autorin Angela Stoll fragte die Ernährungswissenschaftlerin Isabelle Keller von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE).

Würstchen mit Kartoffelsalat. Am 24. Dezember ist dieses einfache Gericht laut Umfragen der Favorit der Deutschen. »Wenn man den Kartoffelsalat nicht mit Mayonnaise, sondern mit Essig und hochwertigem Öl, Kräutern und Gemüsebrühe zubereitet, dann kann das ein ganz gutes Essen sein«, sagt DGE-Expertin Isabelle Keller. »Grundsätzlich ist die Kartoffel ein guter Nährstofflieferant, vor allem dann, wenn man sie als Pellkartoffeln mit wenig Wasser schonend gart. Grüner Salat, zum Beispiel Feldsalat, sollte bei dem Gericht aber auch nicht fehlen.« So rücken die Würste, die meist einen hohen Fettgehalt haben, in den Hintergrund. Übrigens: Geflügelwürste sind in der Regel magerer.

Karpfen mit Kartoffeln und Salat. Rundum gesund. Karpfen enthält viele Vitamine, Mineralstoffe und hochwertiges Eiweiß. Hier stimmen auch die Beilagen: Salzkartoffeln sind kalorienarm, aber nährstoffreich. Als Rohkost ist Feldsalat empfehlenswert, der jetzt Saison hat und viel Vitamin C und Eisen enthält. Auch Rohkostsalat aus Chinakohl, Möhren oder Roter Bete sind eine gute Wahl. »Beim Salat ist das Dressing der Knackpunkt«, sagt Keller. Sie rät, aus Essig und hochwertigem Pflanzenöl selbst ein Dressing zu bereiten, statt auf Fertigsoßen zurückzugreifen. »Empfehlenswert ist Walnussöl: Es ist reich an wertvollen Omega-3-Fettsäuren.«

Gänsebraten mit Knödeln und Rotkohl. Keine Geflügelart enthält so viel Fett wie die Gans: nämlich im Schnitt 31 Prozent. »Man kann die Kalorienbombe entschärfen, wenn man das Fett, das beim Braten austritt, abschöpft«, sagt Keller. Menschen, die einen hohen Cholesterinspiegel haben, sollten die Haut weglassen und mageres Brustfleisch essen. Oder lieber gleich auf Ente setzen, die mit 17 Prozent deutlich weniger Fett hat. Rotkohl ist eine gesunde Gemüsebeilage. »Er enthält reichlich Mineral- und Ballaststoffe, Vitamin C und viele wertvolle sekundäre Pflanzenstoffe.« Geschmacklich aufpeppen lässt sich Rotkraut gut mit Apfel, Apfelsaft und Gewürzen wie Nelken, Piment und Zimt. Und die Kartoffelknödel? »Eine kohlenhydratreiche Beilage, die gut sättigt«, sagt Keller.

Gefüllte Pute, etwa mit Maroni und Rosenkohl. Das Richtige für alle, die sich fettbewusst ernähren wollen. Sie enthält nur acht Prozent Fett – die Brust sogar nur ein Prozent. Als besonders raffinierte Variante empfiehlt Keller einen Puten-Rollbraten: »Das geht relativ schnell und lässt sich mit Gemüse, etwa Brokkoli, schön füllen.« Und bei Rosenkohl gerät die Ernährungsexpertin geradezu ins



Foto: fotolia/Quade

Schwärmen: Er habe »tolle Nährstoffe«. Die Kohlsorte enthält nämlich, ähnlich wie Grünkohl, extrem viel Vitamin C, Kalium und Beta-Karotin. Auch Esskastanien sind gut: Sie haben einen hohen Eiweiß-, Vitamin- und Mineralstoffgehalt.

Rehrücken mit Preiselbeeren und Spätzle. »Viele Mineralstoffe. Wild ist grundsätzlich fettärmer als Schlachtwild«, sagt Keller. Außerdem ist es reich an Mineralstoffen wie Phosphor, Zink, Kalium und Eisen. »Gerichte wie Reh- oder Hasenrücken sind deshalb eine nette Alternative. Wichtig ist aber, auf Küchenhygiene zu achten. Aus Schutz vor Lebensmittelinfektionen sollte das Fleisch immer ganz durchgebraten sein«, betont die Ernährungswissenschaftlerin. Auch im Kern muss das Fleisch mindestens zwei Minuten lang bei 70 Grad erhitzt werden, um Krankheitserreger zu töten. Hilfreich sind spezielle Fleischthermometer, die man in den Braten steckt. Ein süßes Püree aus Preiselbeeren passt gut zu Wild: In den Früchten stecken viele Ballaststoffe und Eisen, das auch beim Kochen nicht zerstört wird. Spätzle oder andere Nudeln sind eine gute Sättigungsbeilage.

Roastbeef mit Remoulade und Bratkartoffeln. Gourmets mögen das teure Rindfleisch am liebsten rosa gebraten. Diese Zubereitung ist aber nicht für alle empfehlenswert: »Kinder, Senioren, Schwangere und Menschen mit einem geschwächten Immunsystem sollten vorsichtig sein,

weil eine Lebensmittelinfektion für sie gefährlich sein könnte«, mahnt Keller. Ansonsten ist Roastbeef ein fettarmes Fleisch mit einem hohen Anteil an B-Vitaminen, Zink und Eisen. Eigentlich also ein gesundes Gericht, wären da nicht die kalorienreichen Beilagen – vor allem Remoulade mit ihrem hohen Fettanteil. »Entweder sparsam mit Remoulade umgehen oder stattdessen eine Honig-Senfsoße, ein Chutney oder einen Kräuterquark servieren«, rät sie. Ölige Bratkartoffeln lassen sich gut durch kalorienärmere Kartoffel Wedges (Kartoffelspalten) aus dem Backofen ersetzen.

Lachs mit Zitronensoße und Reis. Viel Vitamin D. Ist zwar kein Weihnachtsspeise, aber ein beliebtes,

gesundes Festtagsessen. Lachs enthält relativ wenige Kalorien, dafür viel Jod, Vitamin D, Eiweiß und Omega-3-Fettsäuren. »Allerdings kann die Zitronensoße – je nach Zutaten – recht gehaltvoll sein«, sagt Keller. Da in geschältem Reis nicht viele Nährstoffe stecken, empfiehlt sie Natur- oder Wildreis. Außerdem darf eine Gemüsebeilage, zum Beispiel Spinat oder verschiedenfarbige Paprika, nicht fehlen. »Gesund und einfach ist es, wenn man den Lachs auf einem heißen Gemüsebeet zehn Minuten gar ziehen lässt«, rät Keller.

Fleischfondue mit Soßen und Baguette. Variantenreich. Die entscheidende Frage lautet: Fett oder Brühe? »Fett hat einen höheren Energiege-

halt. Wer auf den Geschmack nicht verzichten will, sollte Öl statt Kokosfett nehmen. Festes Pflanzenfett, sogenanntes Plattenfett, ist reich an gesättigten Fettsäuren. Diese nehmen wir sowieso schon reichlich zu uns«, erklärt die DGE-Expertin Keller. Bei einem »Fondue chinoise« lässt sich der Gemüsefond mit Wurzelgemüse leicht selber zubereiten. Außerdem kann man von Aubergine bis Zucchini alle möglichen Gemüsearten garen, so dass auch Vegetarier mitessen können. Fertigsoßen sind meist kalorienreich. Besser seien selbst gemachte Varianten wie Senf-, Limetten- oder Barbecuesoße, rät Keller.

Raclette bzw. Käsefondue mit Weißbrot. Kalorienfalle. »Käsefondue ist sehr mächtig«, sagt Keller. »Man sollte es mit einem Salat aufpeppen und kann statt Weißbrot Vollkornbaguette reichen.« Raclette bietet aber Möglichkeiten, gesunde Beilagen unterzubringen: »Es hat den Vorteil, dass man die Pfännchen auch mit Gemüse beladen kann, zum Beispiel mit Paprika, Tomaten, Broccoli und Champignons.« Dazu gibt es meistens gesunde Beilagen wie Pellkartoffeln und grünen Salat. »Wenn man sehr viel dazu anbietet, kommt man mit weniger Käse aus«, sagt die Ernährungswissenschaftlerin. Das bedeutet nicht nur weniger Kalorien, sondern birgt auch weniger Verdauungsprobleme. Große Mengen Käse liegen nämlich schwer im Magen. Ein bekömmliches Getränk zu Raclette ist Schwarzer Tee oder milde Kräutertee.

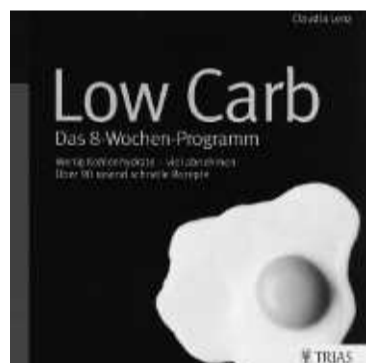
REZENSION

Kein Futter für die Fettzellen

Von Elfi Schramm

Abnehmen mit Gerichten, in denen wenig Kohlenhydrate enthalten sind und schlemmen wie im Süden mit fettarmen Rezepten? Wie das gehen kann, erklären zwei Ratgeber aus dem TRIAS-Verlag. Sie vermitteln einem zwar gewisse Regeln, ohne die man nun mal nicht an den Punkt kommt, wo der Gürtel enger geschnallt werden kann, nehmen einem aber dennoch nicht die Lust am Kochen und am Essen.

Low Carb bedeutet, auf einen niedrigen Kohlenhydratanteil in den Speisen zu achten, weil ernährungswissenschaftlich belegt ist, »zu viele Kohlenhydrate im täglichen Essen bedienen vor allem die Fettzellen«. Wie kann man es nun vermeiden, in diese Falle zu tappen? Die Autorin und Ernährungswissenschaftlerin Claudia Lenz verrät ihr Rezept. Zunächst informiert sie über das LOW-Carb-



Prinzip, von dem sie zu leckeren LOW-Carb-Rezepten übergeht. Bei allen Gerichten geht es nicht darum, die Kohlenhydrate vollkommen wegzulassen, sondern im Auge zu behalten. Die Autorin versucht es ganz undogmatisch: »Essen Sie getrost Ihr Frühstückshörnchen, wenn es ihnen heilig ist«, sagt sie. Im Laufe des Tages gibt es sicher irgendeine Gelegenheit, das Zuviel an Kohlenhydraten wieder auszugleichen.

Ähnlich verhält es sich mit dem Ratgeber »LOW Fett 30 – das Italien-Kochbuch«. In diesem werden 90 fettarme Klassiker der italienischen Küche vorgestellt. Die Zahl 30 weist darauf hin, dass maximal 30 Prozent des Brennwertes der Nahrung aus Fett kommen sollen. Die beiden Autorinnen wollen uns nicht den Geschmack von Tomaten, Zucchini, Spaghetti und Ciabatta verderben. Sie raten dazu, die fettreichen Zutaten zu den beliebten Klassikern des Südens zu ersetzen: Statt Mascarpone Quark zu nehmen, statt Sahne Joghurt oder Milch, statt Salami Putenbrust. Satt essen ist ihrer Meinung nach nicht verboten. Erlaubt ist, was schmeckt, nur eben in bewusster Auswahl und in wohl dosierten Mengen. Auch diese empfohlenen Rezepte machen einen appetitlichen Eindruck. Von kleinen Gerichten wie Antipasti und Suppen über Hauptspeisen bis hin zu genussvollen Desserts ist alles dabei. Eine Lebensmittelliste mit Angaben zu Nährwerten rundet den Ratgeber ab.

Claudia Lenz: LOW Carb – das 8-Wochen-Programm. TRIAS Verlag Stuttgart 2013, 111 Seiten, pb., 17,99 €. und Gabi Schierz und Gabi Vallenthin: LOW Fett 30 – Das Italien-Kochbuch. TRIAS Verlag Stuttgart 2013, 104 Seiten, pb., 14,99 €.

Männerherz in Gefahr

Studie zeigt viele Infarkte am 24. Dezember

An den Weihnachtstagen werden ein Drittel mehr Menschen wegen eines Herzinfarktes ins Krankenhaus eingeliefert als im Jahresdurchschnitt. Vor allem Männer sind betroffen.

Das Fest der Liebe schlägt buchstäblich aufs Herz, zeigen aktuelle Krankenhausdaten der DAK Gesundheit. Viel mehr Menschen als an anderen Tagen des Jahres erleiden einen Herzinfarkt.

Zwischen 2009 und 2012 gab es im Schnitt jeweils 40 Krankenhauseinweisungen wegen Herzinfarktes an den Weihnachtstagen. Sonst verzeichnet die Krankenkasse durchschnittlich 30 Einweisungen pro Tag. »Es kann immer mal Abweichungen vom Durchschnitt geben«, erklärt DAK-Krankenhaus-

Experte Peter Rowohl. »Die Häufung zu Weihnachten in allen vier aufeinanderfolgenden Jahren ist aber sehr auffällig.« Vor allem für Männer scheint der 24. Dezember gesundheitlich mit Risiken verbunden zu sein. Mehr als 60 Prozent der Herzinfarkte am Heiligabend gehen auf ihr Konto.

Als Infarktursache steht Stress ganz oben auf der Liste: Geschenke besorgen, Termine unter einen Hut bekommen, Erwartungen von Familie und Freunden erfüllen, all das setzt viele unter Druck. Hinzu kommen berufliche Zielvorgaben, die oft bis Ende des Jahres abgeschlossen werden müssen. Langfristige Ursachen für Herzprobleme dürfen laut DAK-Ärztin Elisabeth Thomas aber auch nicht außer Acht gelassen werden. nd

Genießen ohne Reue

- Ein Salat oder eine Gemüsesuppe als Vorspeise füllen den Magen. Dadurch ist man schon etwas gesättigt und hält sich beim oft besonders kalorienreichen Hauptgang zurück.
- Nach einer fettreichen Hauptspeise wie Gänsebraten überfordert ein Nachtisch wie Mousse au chocolat den Magen. Geeigneter wären ein Obstsalat oder Bratäpfel.
- Sahne in Soßen und Suppen lässt sich gut durch weniger fette Kondensmilch ersetzen.
- Schnaps und andere hochprozentige Getränke helfen nicht, wenn der

volle Bauch drückt. Im Gegenteil: Alkohol verlangsamt die Verdauung sogar. Besser ist beispielsweise ein Espresso.

► Ernährungsexperten raten, sich Zeit nehmen: Wer langsam genießt, isst weniger, weil sich das Sättigungsgefühl leichter einstellt.

► Es bietet sich an, zu Feiertagen auch mal zwei Mahlzeiten zusammenzulegen. Sonst kommt die Verdauung nicht mehr zur Ruhe. Außerdem spart das Arbeit und Kalorien.

► Spaziergänge tun gut, um zu verdauen und den Kreislauf in Schwung zu bringen. as

Nimm mich raus, nimm mich ein

Schwedische Dosierhilfe erleichtert Kranken die Arzneimittelaufnahme

So mancher kranke Mensch schafft es nicht, seine Medikamente wie verordnet einzunehmen. Schwedische Forscher konstruierten eine Arzneikarussell, das sich selbst in Erinnerung bringt.

Von Andreas Knudsen

Die falsche Pille zum falschen Zeitpunkt oder in ungünstiger Kombination mit anderen Mitteln zu nehmen, kann entweder die Wirkung einer Arznei aufheben oder schlimmstenfalls mit der Einlieferung im Krankenhaus enden. Allein in Deutschland führt Polypharmazie jedes Jahr zu 300 000 Krankenhauseinweisungen und bis zu 30 000 Sterbefällen.

Die Situation kannte auch Mats Eriksson vor 15 Jahren, als seine Mutter an Alzheimer erkrankte. Ihre

schwindende Gedächtnisleistung führte immer öfter dazu, dass sie die Tabletten falsch nahm und Eriksson begann darüber nachzudenken, wie er ihr helfen könnte. Zusammen mit seinem Freund Ingemar Hägerbro konstruierte er ein Medizinkarussell, das in Größe und Form einer Küchenwaage nicht unähnlich ist. Careousel fasst Arzneien für 28 Tage. Verwandte oder Pflegepersonal können es bestücken. Zum programmierten Zeitpunkt meldet sich das Gerät optisch und akustisch, bis das programmierte Fach geleert wurde.

Der automatische Tablettenspender ermöglicht es Patienten, ihre Medikamenteneinnahme selbst zu kontrollieren und unabhängiger von der Hilfe anderer zu sein. Der Tablettengeber kann darüber hinaus mit einer SIM-Karte ausgestattet werden, die

geografisch entferntes Pflegepersonal oder Verwandte automatisch per SMS über versäumte Medizineinnahme informiert.

Eriksson und Hägerbro wurden vom schwedischen König Carl XVI. Gustaf für ihr Medizinkarussell vor einigen Jahren mit einem Preis ausgezeichnet. Seit seiner Markteinführung wurde Careousel mehrfach verbessert. Es wird in Skandinavien, Großbritannien und den USA verkauft und ist für mehrere Hunderttausende Patienten eine große Erleichterung. In Schweden, Norwegen, Finnland und Großbritannien übernehmen die Krankenkassen einen Teil der Kosten. Seit Mitte 2013 ist Careousel auch in Deutschland erhältlich, aber hier müssen die Patienten selbst für die Kosten von 180 Euro aufkommen.

MEINE SICHT

Visionen der Wirtschaft

Alexander Isele über Zukunftsentwürfe für Berlin

Die Weichen für Berlins Zukunft sollen gestellt werden: es grüßt die Wirtschaftsmetropole. Deren Verbände fordern von staatlicher Seite, viel Geld in die Ausbildung von Wissenschaftlern und Forschern zu stecken, um dann, am besten wieder mit staatlicher Förderung, deren Sprung in die Privatwirtschaft zu forcieren. Renditen sollen ja bitte nicht dem Allgemeinwohl dienen.

Milliardenteure Investitionen in Berlins Infrastruktur, seien es ein, zwei oder drei weitere Flughäfen, oder noch eine Stadtautobahn, dienen den großen Unternehmen, alle in privater Hand. Der Gewinn beim Kauf eines Volkswagens landet eben nicht beim Volk. Und die Airlines kämpfen auch lieber für den eigenen Gewinn, als zum Beispiel für eine lebenswerte, oder auch nur lebensfähige Umwelt.

Berlin bereitet sich auf die Zukunft vor. Von offizieller Seite ist klar wie diese Aussehen soll. Die Autostadt als Konkurrenz zum staatlich subventionierten Öffentlichen Nahverkehr. Wirtschaftsmacht mit maximalen Unternehmensgewinnen, bezahlt aus öffentlichen Kassen. Nicht zuletzt sind es Tunnelbauten, wie beim Ausbau der A100, die der Baubranche die größten Gewinne ermöglichen.

Aber wehe jemand kommt, der keine Rendite erwirtschaftet. Die Flüchtlinge vom Oranienplatz? Müssen verschwinden! Bringen ja kein Geld mit. Die freie Szene? Geht leer aus. Sie ermöglicht ja auch keine Rendite. Kleingärten und Brachland? Zubetonieren! Sonst kommt noch jemand auf die Idee, sich zu erholen.

Arm und sexy, so sollte Berlin einst gesehen werden. Eigentlich war damit die Stadt gemeint, nicht deren Bevölkerung. Aber so ist es auch nicht schlimm, denn wer arm ist, hat keine Zeit aufzu-begehren im Überlebenskampf in der Wirtschaftsmetropole. Oder auch nur nachzudenken. Über die kapitalistische Stadt zum Beispiel.

Kreuzberg antwortet Henkel

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg wird die umstrittenen Schlafzelte auf dem Oranienplatz weiterhin nicht mit polizeilicher Gewalt abräumen lassen. Das werde sie auch Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) in ihrer Stellungnahme antworten, sagte die Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann (Grüne) am Mittwoch der Nachrichtenagentur dpa. Sie setze nach wie vor auf einen einvernehmlichen Abbau mit den Flüchtlingen. Der Bezirk betrachte die Duldung sowie die inzwischen erteilte Sondernutzung für ein Info-Zelt im Gegensatz zu Henkel nicht als rechtswidrig, sagte Herrmann.

Zugleich kritisierte die Grüne, dass alle drei beteiligten Senatsverwaltungen Innen, Soziales und Integration am Donnerstag nicht am Runden Tisch der Kirchen zur Flüchtlingspolitik teilnehmen werden. »Das ist ein guter neutraler Ort, um die aufgeheizte Gemengelage rund um Ultimatum, Proteste, Widerstand und Räumung zu sortieren und gemeinsam mit den Flüchtlingen Lösungen zu erarbeiten«, sagte Herrmann. »Da kann sich der Senat nicht raushalten. Ohne Senat kann es keine Lösungen für Berlin geben.« dpa/nd

Neonazis schlagen häufiger zu

2013 gab es 57 Körperverletzungen / Debatte über Verfassungsschutz im Kampf gegen Rechts

Die Entwicklung rechter Gewalt in Berlin ist besorgniserregend. Laut Innensenator stieg 2013 die Zahl der Körperverletzungen um 20 auf 57 Straftaten – der Hintergrund ist meistens Ausländerfeindlichkeit.

Von Martin Kröger

Gewalt von Neonazis nimmt in Berlin dramatisch zu. Insgesamt verzeichneten die Behörden im laufenden Jahr 2013 bereits 72 politisch-motivierte Gewaltdelikte mit einem rechtsextremen Hintergrund – 2012 waren es noch 53. Als besonders »beunruhigend« bezeichnete Innensenator Frank Henkel (CDU) die Zunahme der Körperverletzungen um 20 auf insgesamt 57 Fälle. »Der Hintergrund dieser situativ ohne Anlass ausgeführten Angriffe ist meistens Ausländerfeindlichkeit«, erklärte Henkel am Mittwoch auf einem Symposium des Berliner Verfassungsschutzes im Abgeordnetenhaus zum Thema »Gewalt von Rechts. Herausforderung für Politik und Gesellschaft«.

Zu den Ursachen für die Zunahme der Gewalt von Rechtsextremen gab es auf der Veranstaltung im Abgeordnetenhaus verschiedene Erklärungen. Aus Sicht des Berliner Verfassungsschutzchefs Bernd Palenda hat die Verschärfung der »virulenten Gefahr« auch mit den Auseinandersetzungen zwischen Linken und Rechtsextremen zu tun: »Die Rechten nutzen das, um aus einer vermeintlichen Opferrolle heraus Gewalt und Angriffe auf Linke zu legitimieren.«

Rund 1380 Personen zählt der Verfassungsschutz in Berlin zum rechtsextremen Spektrum, davon seien »620 gewaltorientiert«, so Palenda. Im besonderen Fokus des Verfassungsschutzes stehen dabei die 15-20



Neonazis bei gewalttätig verlaufener Demonstration in Kreuzberg Foto: Florian Schuch

Anführer und deren knapp 140 Unterstützer vom Netzwerk der sogenannten Autonomen Nationalisten, die in den vergangenen Jahren allerdings auch immer stärker unter das bisher vor Repression schützende Dach der rechtsextremen NPD kriechen.

Für den Soziologen Rainer Erb vom Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin steht die Gewaltzunahme möglicherweise in Zusammenhang mit dem Niedergang der rechtsextremen NPD. »Verlierer sind unberechenbar und gefährlich«, mahnt Erb auch in Bezug auf das kommende Verbotverfahren durch die Bundesländer. Denn es drohe, so der Soziologe, eine organisatorische Rückentwicklung bei den Rechten in Richtung »Schlägerbanden«. Dazu passt auch die Hetze der NPD gegen Flüchtlinge, die dabei den alten »Aus-

länder-Raus-Evergreen« abspielt. Auch da werde »physische Gewalt« als Option herbeigerebet, erklärte Erb.

Die Veranstaltung des Verfassungsschutzes im Abgeordnetenhaus soll indes nur ein Auftakt sein, um Brücken zur Zivilgesellschaft zu schlagen, kündigte Palenda an. Nach dem Schredderskandal zu Akten mit möglichen Bezügen zur Terrorserie des rechtsextremen »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) ist die Behörde offenbar bemüht, das ramponierte Image wieder aufzupolieren. »Aufklären« und »informieren« lautet die Devise von Bernd Palenda und seinen Mitarbeitern.

Dass aus dem Nachrichtendienst künftig so etwas wie eine öffentliche Informationsagentur für Demokratie gefährdende Gruppen werden soll, wird von den Koalitionsparteien SPD und CDU in Berlin unterstützt. »Wir werden die strukturelle Frage des

Verfassungsschutzes auf unserer Fraktionsklausur im Januar angehen«, kündigte der Fraktionschef der SPD, Raed Saleh, zu Beginn dieser Woche an.

Mit dem Brückenschlagen klappte es am Mittwoch unterdessen noch nicht so gut. »Die Zivilgesellschaft ist keine Unterabteilung des Verfassungsschutzes«, dämpfte Rainer Erb Erwartungen. Für weitere Misstöne sorgte auch die Zusammensetzung eines Podiums auf der Veranstaltung des Verfassungsschutzes: Während dazu Vertreter von SPD und CDU geladen waren, hatte der Nachrichtendienst die Opposition von Grünen, Linkspartei und Piraten bei der Diskussion weggelassen. Keine Lappalie, wie der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Benedikt Lux, meint. Denn nach Artikel 38 der Berliner Verfassung hat die Opposition das Recht auf politische Chancengleichheit. »Die Besetzung des Podiums der Verfassungsschutzveranstaltung hatte insofern verfassungsfeindliche Züge«, erklärte Lux gegenüber »neues deutschland«. Einmal mehr verhalte sich der Verfassungsschutz »unsensibel«. Auch der innenpolitische Sprecher der LINKEN, Hakan Taş, vermutet, dass der »Verfassungsschutz die kritischen Stimmen nicht dabei haben will«.

Auf »nd«-Nachfrage erklärte eine Sprecherin des Nachrichtendienstes dagegen die Nichteinladung der Opposition mit der Vorgeschichte der Konferenz. Denn ursprünglich sollte die Veranstaltung gemeinsam von SPD- und CDU-Fraktion sowie Verfassungsschutz veranstaltet werden. Die CDU stieg dann jedoch aus, das Podium war da bereits besetzt und konnte angeblich nicht mehr verändert werden. Verfassungsschutz und Brückenschläge, das ist offensichtlich eine schwierige Angelegenheit.

Kristall oder Schiff – oder gar nichts

Wie Berlins neue Landes- und Zentralbibliothek aussehen wird, steht noch nicht fest

Der europaweite Wettbewerb für die Berlins Zentral- und Landesbibliothek hat noch keinen Gewinner. Der soll erst im nächsten Frühjahr feststehen.

Von Bernd Kammer

Wer Klaus Wowereits Lieblingsprojekt verwirklichen darf, ist noch nicht entschieden. Denn die Wettbewerbsjury für den Neubau der Zentral- und Landesbibliothek auf dem Tempelhofer Feld konnte sich unter den 40 teilnehmenden Architekturbüros auf keinen Sieger einigen und vergab zwei erste Plätze an Miebach Oberholzer aus Zürich und Kohl-mayer Oberst aus Stuttgart. Nach einer weiteren Bearbeitungsphase werde man im nächsten Frühjahr wissen, wer den Zuschlag erhält, verkündete gestern Senatsbaudirektorin Regula Lüscher.

Entscheiden wird sich die Sache zwischen einem »gläsernen Kristall« und einem langen »Schiff«, dass sich neben die alte Landebahn legt, wie die Senatsbaudirektorin über die beiden Gewinner schwärmte. Der »Kristall« des Züricher Büros, der bei der Vorstellung schon mal von Journalisten als »gläserne Kiste« qualifiziert wurde, türmt neun Geschosse übereinander. Zehn runde massive Stützen im Innern tragen das Gebäude und sorgen für seine Erschließung. Die Magazine sind in den drei oberen Etagen untergebracht, darunter die einzelnen Abteilungen der Bibliothek. Vom Café und Restaurant im achten Geschoss dürfte man einen prima Blick über das Feld haben.

Das »Schiff« vom Büro Kohl-mayer Oberst ist 260 Meter lang, 65 breit und 30 Meter hoch und stützt sich auf einen großen Fuß in der Mitte. Da-durch scheint es über dem Areal zu



Bibliothekskandidaten: Riesenschiff oder Kristall

schweben. Die Magazine sind hier im verglasten Erdgeschoss untergebracht, darüber die einzelnen Bibliotheksbereiche. »Es ist eine Megastruktur, die im Kontext des Tempelhofer Feldes glaubhaft erscheint«, urteilte die Jury.

Beide Entwürfe seien offene, einladende Häuser, so Lüscher. Für Bibliothekschef Volker Heller haben beide »großes Potenzial für einen belebten, öffentlichen Bildungsort«, und für Kulturstatssekretär Andre Schmitz stehen beide Entwürfe für eine »hochmoderne« Bibliothek. Wobei der Stuttgarter Entwurf einen kleinen Makel hat: Er liegt noch knapp über dem vorgegebenen Kostenrah-

men, wie Lüscher sagte. 270 Millionen Euro darf das neue Wahrzeichen Berlins kosten.

Wobei noch nicht sicher ist, ob Berlins »wichtigstes kulturpolitisches Projekt« über hauptgebaut werden darf. Gegenwärtig sammelt eine Bürgerinitiative Unterschriften für ein Volksbegehren, mit dem eine Bebauung des Tempelhofer Feldes verhindert werden soll. Allerdings haben die Initiatoren einen Monat vor Ende der Kampagne erst rund 100.000 Unterschriften beisammen, 174.000 werden gebraucht. Die Bibliothek soll auf dem Feld ein neues Stadtquartier mit bis zu 1700 Wohnungen begründen. Lüscher beteu-

erte, dass mit dem Entscheid für die Bibliothek keine vollendeten Tatsachen geschaffen würden. Der Bau-plan soll erst 2015 festgesetzt werden, der erste Spatenstich für die Bibliothek im darauffolgenden Jahr erfolgen. Dennoch nannte es Grünen-Fraktionschefin Antje Kapek »vorschnell und dreist«, ein Wettbewerbsergebnis zu präsentieren, bevor irgendein Baurecht diskutiert und geschaffen worden sei.

Das die Bibliothek ein neues Gebäude braucht, ist unstrittig. Derzeit drängt sie sich an drei Standorten auf 38.000 Quadratmeter Fläche, künftig soll sie eine Nutzfläche von 51.000 Quadratmetern haben.



Simulation: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

Bis 2030 Metropole mit Industrie

DIW und IHK entwerfen ihre Vision von Berlins Zukunft

Von Alexander Isele

Mehr Zuzug, mehr Wachstum. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und die Industrie- und Handelskammer (IHK) stellten gestern ihre Studie zur »Wirtschaftsentwicklung in Berlin: Szenario 2030« vor. Drei Prozent Wachstum und 30.000 neue sozialversicherungspflichtige Stellen pro Jahr: Berlins Wirtschaft boomt. Seit 2005 eilt das Land anderen Bundesländern und dem Bund in Sachen Wachstum voraus. Es dauert allerdings noch bis ins Jahr 2020, bis der Einbruch infolge des Strukturwandels nach der Wiedervereinigung wieder ausgeglichen sein wird.

Sollte es der Stadt gelingen, die »Entwicklungstreiber« Tourismus, Kreativwirtschaft, Forschung und Entwicklung weiter zu stärken, könnte sich Berlin wieder zu einer Wirtschaftsmetropole entwickeln. Das Potenzial hierfür sei vorhanden, und die Stadt auch bei den »Engpassfaktoren Humankapital« und Flächenkonkurrenz bestens aufgestellt. Die Zuwanderung junger und gut ausgebildeter Arbeitskräfte setzt sich fort, und mit acht Prozent ungenutzter Fläche gebe es noch viele Möglichkeiten zur Standortverteilung.

DIW und IHK forderten die Politik dazu auf, jetzt die Weichen für ein Wirtschaftswachstum über 2020 hinaus zu stellen. Vor allem bedürfe es einer besseren Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft, mit einem Rahmen, der es ermöglicht, aus der Forschung heraus Firmen zu gründen. Ohne diese strukturellen Anpassungen drohe Berlin »nur« eine schöne Wohnstadt zu bleiben.

Dem entgegnete Christian Hoßbach vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), dass rein strukturelle Anpassungen das Wirtschaftswachstum nicht nachhaltig einlassen könnten. Der DGB-Vize von Berlin-Brandenburg kritisierte zudem, dass sich die ansässigen Unternehmen auf den Zuzug von Fachkräften verlassen, ohne selber auszubilden. »Überdurchschnittliches Wachstum ist nicht mit unterdurchschnittlicher Ausbildung zu bekommen.« Zur Aussage Christian Wiesenhütters von der IHK, »wir müssen wieder lernen mit Wachstum umzugehen«, erklärte Hoßbach, dass Berlin genauso lernen müsse, »wieder mit höheren Löhnen und Gehältern umzugehen.«

Linkspartei kündigt PIN AG

Im Zusammenhang mit dem andauernden Streik beim privaten Postzusteller PIN Mail AG hat sich die Berliner Linksfaktion im Abgeordnetenhaus am Mittwoch dazu entschieden, ihre Zusammenarbeit mit der PIN Mail AG zu kündigen. Die Fraktion fordert auch den Senat auf, die Verlängerung des Vertrages mit der PIN AG, die die gesamte Berliner Behördenpost versendet, zu überdenken. Die Angestellten streiken für einen Tarifvertrag und 10,5 Prozent mehr Lohn und wurden dafür vergangene Woche vom Arbeitgeber für einen Tag ausgesperrt.

»Mit einem Arbeitgeber, der zu solch einem schwerwiegenden Eingriff in Arbeitnehmerrechte bereit ist und Aussperrung als probates Mittel ansieht, verbietet sich jegliche Zusammenarbeit«, teilte der Fraktionsvorsitzende Udo Wolf mit. nd/cod

NACHRICHTEN

Brandenburg hat nun eine Adresse in Polen

Szczecin. Das Land Brandenburg hat jetzt auch eine Adresse in Polen. Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (LINKE) eröffnete am Mittwoch in Szczecin ein Verbindungsbüro. Über dieses Regionale Zentrum für Innovation und Technologietransfer sollen Kooperationen auf- und ausgebaut werden, sagte der Minister. Es sei ein reger Austausch zwischen Verwaltungen und Nichtregierungsorganisationen geplant. »Das Büro soll helfen, insbesondere wissenschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu pflegen und auszubauen.« Christoffers sagte auch: »Mit diesem Büro wollen wir dem verfassungsmäßigen Auftrag des Landes Brandenburg, gut nachbarschaftliche Kontakte nach Polen zu pflegen, noch stärkeren Ausdruck verleihen.« Büroleiter Piotr Szeja soll Verbindung zum Marschallamt der Woiwodschaft Westpommern und zu anderen westpommerschen Institutionen halten, heißt es. In Brandenburg wird er von Karolina Sorg unterstützt, die als gebürtige Polin seit zehn Jahren in Deutschland lebt. dpa/nd

Zehn Millionen Euro für Abriss von Wohnungen

Potsdam. Mit rund zehn Millionen Euro unterstützt das Land bis 2018 den Abriss von nicht mehr benötigtem Wohnraum in Brandenburg. Damit sollen vor allem Wohnungsunternehmen in kleinen und mittelgroßen Städten gestärkt werden, sagte Infrastrukturminister Jörg Vogelsänger (SPD) am Donnerstag. Der Bevölkerungsrückgang und die damit verbundene Zunahme älterer Jahrgänge sind für kommunale Wohnungsunternehmen und für die Wohnungsgenossenschaften problematisch. In 15 Städten wird nun der Rückbau von insgesamt 2500 leerstehenden Plattenbauquartieren gefördert, so in Beeskow, Elsterwerda, Lübben oder Premnitz. dpa/nd

Weniger Verbraucher und Firmen insolvent

Potsdam Die Insolvenzen von Unternehmen und Verbrauchern sind im dritten Quartal des Jahres in Brandenburg im Vergleich zum Vorjahreszeitraum deutlich zurückgegangen. Wie das Statistikamt am Montag in Potsdam mitteilte, sank die Zahl der Insolvenzverfahren von Unternehmen um knapp 12 Prozent auf 148 Fälle. Dabei blieb das Baugewerbe mit einem Anteil von 17,6 Prozent die Branche mit den meisten Firmenzusammenbrüchen. Gegen andere Schuldner, Verbraucher oder ehemalige Selbstständige wurden 1091 Insolvenzverfahren gezählt, ein Rückgang von knapp elf Prozent. dpa/nd

Syrische Flüchtlinge nun auch in Frankfurt (Oder)



Syrische Kriegsflüchtlinge warten am Donnerstag in der Oderland-Kaserne in Frankfurt (Oder) auf die Einweisung in ihre Zimmer. Wegen Überfüllung der Erstaufnahmestelle in Eisenhüttenstadt wurden 32 Flüchtlinge aus Syrien und Irak in dieser alten Kaserne untergebracht. Als dies vor einigen Tagen angekündigt

wurde, habe es Vorbehalte und Vorurteile von Gewerbetreibenden gegeben, die Diebstähle befürchteten, berichtete die Landtagsabgeordnete Bettina Fortunato (LINKE). Sie reiste dann deswegen extra nach Frankfurt (Oder), um zu beschwichtigen. Die Lage hatte sich aber schon beruhigt. Die Aufnahmekapazitäten in

Eisenhüttenstadt wurden bereits von 500 auf 700 Plätze erhöht. Im September lebten aber 769 Asylbewerber dort. Darum die neue Außenstelle in Frankfurt (Oder). In Eisenhüttenstadt sollen weitere Plätze in Wohncontainern geschaffen werden. nd/Agenturen

Foto: dpa/Oliver Mehlis

Naturschützer auch gegen eine Stiftung

Potsdam. Auch der Naturschutzbund (NABU) hält nichts davon, die brandenburgischen Naturparks und Biosphärenreservate in eine Stiftung auszugliedern. Stattdessen solle die Verwaltung beim Landesumweltamt belassen werden, forderte der NABU.

Die Stiftungsidee wird von Umweltministerin Anita Tack (LINKE) vertreten. Sie möchte damit die derzeit 67 Stellen vor künftigen Einsparungen bewahren. Bereits am Mittwoch legte Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) Einspruch ein. Er sagte: »Es ist nicht beabsichtigt, eine Änderung des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes in der vorgesehenen Art und Weise vorzunehmen.«

Die Auslagerung der Verwaltung würde die Großschutzgebiete schwächen, meinte der NABU-Landesvorsitzende Friedrich Schmitz-Jersch. Naturparks und Biosphärenreservate müssten dann eine Kürzung ihrer Landeszuschüsse befürchten, sagte er. Bei einer dauerhaften auskömmlichen Finanzierung der angelegten Stiftung durch das Land würde der Staat kein Geld sparen, sondern lediglich Personalkosten in Sachkosten umwandeln. Eine solche Umbuchung rechtfertige die Auslagerung nicht. Die Überführung des Landesgestüts Neustadt/Dosse in eine Stiftung, die dann in große wirtschaftliche Schwierigkeiten geriet, sei ein unerfreuliches Beispiel für eine Stiftungslösung.

Wenn sich die rot-rote Koalition aber doch für eine Stiftung entscheiden würde, so müsste sie deren Finanzierung für mindestens 20 Jahre gewährleisten, verlangte der NABU. nd

Schutz vor Missbrauch durch einen Trainer

Bildungsministerin stellte Empfehlungen für Sportvereine vor

Dass Übungsleiter Kinder und Jugendliche missbrauchen, kommt leider vor. Eine Broschüre empfiehlt Vereinen Maßnahmen zur Vorbeuge.

Von Wilfried Neißer

Es sind nur Einzelfälle, die bekannt werden, aber diese Fälle alarmieren. Ein Reitlehrer aus Reckahn soll sich 15 Jahre lang an Jungen vergangen haben, die er trainierte. Nun liegt eine Broschüre »Kinderschutz im Sport« vor.

Als Bildungsministerin Martina Münch (SPD) die Broschüre gestern vorstellte, machte sie eindringlich klar, dass Kinder auch in der Freizeit sicher sein müssen vor Gewalt und

Missbrauch. Nun liege eine »sehr fundierte, leicht verständliche und praxisorientierte Handreichung« für Verantwortliche im Sport vor.

Münch lobte die Vorreiterrolle des brandenburgischen Landessportbundes. Hauptgeschäftsführer Andreas Gerlach unterstrich, das Vertrauen der Eltern in die Sportvereine des Landes sei »absolut gerechtfertigt«. Doch müsse man mit den wenigen bestürzenden Abweichungen umgehen und dürfe eine eventuelle Dunkelziffer nicht außer Acht lassen.

Schafft eine solche Broschüre mit gezeichneten schwarzen Geistern hinter den Kindern nicht mehr Verunsicherung als Angst? »Im Gegenteil«, sagte Gerlach. Es handle sich um eine Vorsichtsmaßnahme, die zum

offenen Umgang mit dem Thema beitragen wolle. Derzeit werde Gewalt und Missbrauch im Sport oft als Tabu behandelt. »Die Unsicherheit zieht sich durch.« Es werden nach Auskunft von Gerlach auch Beschuldigungen erhoben, die jeglicher Grundlage entbehren. So habe es kürzlich in Eberswalde einen Fall von Verleumdung gegeben.

Der Hauptgeschäftsführer und die Ministerin bestätigten, dass es »Grauzonen« gebe. Wann ist eine Hilfestellung für ein Kind beim Turnen als Schutz vor Verletzungen geboten und wann ein verdeckter körperlicher Annäherungsversuch? Nicht immer eindeutig verläuft die Grenze zwischen freundlicher Zuwendung und sexueller Absicht. Weil der Sport natur-

gemäß zu starker körperlicher Nähe führt, können dumme Situationen entstehen, falsch verstandene Signale ausgesendet werden. Aber es können auch problematische Signale fälschlicherweise als harmlos gedeutet werden. Die Ministerin empfiehlt, im Mädchensport nicht Männer einzusetzen und Kinder »stark zu machen, sich zu wehren und auch Nein zu sagen«. Wichtig sei, die Umgebung wach zu halten und über einen Verdacht zu reden. »Schweigen schützt die Täter«, sagte Robert Busch, Sekretär der brandenburgischen Sportjugend, die mit rund 135 000 Mitgliedern der größte Jugendverband des Bundeslandes ist.

Die Broschüre empfiehlt Sportvereinen, Trainern ein erweitertes

polizeiliches Führungszeugnis abzuverlangen. »Damit wird verhindert, dass einschlägig Vorbelastete solche Positionen bekommen«, erklärt Gerlach. Allerdings sei bisher einwandfreies Verhalten keine Garantie für die Zukunft. Angeraten wird weiterhin, in den Vereinen Kummerkästen anzubringen oder Vertrauenspersonen zu benennen.

Laut Bildungsministerin besteht das Problem, dass Kinder und Jugendliche, die Opfer eines Missbrauchs wurden, oft jahrelang über das Erlittene nicht sprechen und erst als Erwachsene aktiv werden. Es existiere eine »hohe Scham- und Schweigegrenze«. Eine offene Atmosphäre im Verein beuge dem am ehesten vor.

ANZEIGE

► ND SHOP

NEU IN DER ND-BUCHREIHE



16,95
288 S., gebunden,
Schutzumschlag,
29 sw-Abb.

Hans-Dieter Schütt
Andreas Dresen
Glücks Spiel

Andreas Dresen im Gespräch mit Hans-Dieter Schütt:

GLÜCKS SPIEL

Andreas Dresen zählt mit seinen Filmen zu den prägenden, international bekanntesten Regisseuren des deutschen Kinos. Besonders „Halbe Treppe“ (2002), „Sommer vorm Balkon“ (2006), „Wolke 9“ (2008) und „Halt auf freier Strecke“ (2011) machten ihn weithin bekannt. In diesem Buch spricht er erstmals ausführlich über seine Biografie, seine künstlerische Arbeit und seine Ansprüche an eine gelingende Existenz – Fragen und Antworten zu den Schönheiten und Schmerzen eines Lebens unterwegs.

BEQUEM BESTELLEN:

☎ 030/29 78-17 77 ☎ 030/29 78-16 50

@ bucherservice@nd-online

🌐 www.neues-deutschland.de/nd-reihe

Brandgefährliches zu Silvester



Hamburg/Berlin. Kurz vor dem Jahreswechsel zeigte die Feuerwehr in Hamburg auf einem Übungsgelände die Gefahren beim falschen Umgang mit Feuerwerk. Aber auch das Feuerwerk selbst kann gefährlich sein.

In Berlin warnten deshalb Experten vor dem Kauf von Silvesterböllern im Internet. Beim Bestellen sei dort meist nicht kontrollierbar, ob die Produkte die notwendigen Prüfnummern tragen, sagte Pyrotechnik-

pernte Christian Lohrer vom Bundesamt für Materialforschung und -prüfung (BAM) am Mittwoch. Erst bei der Lieferung oder auf Nachfrage würden die Käufer erfahren, ob die Knaller zertifiziert und in Deutschland er-

laubt seien. Von illegalen Feuerwerkskörpern gehe eine besondere Gefahr aus, warnte auch Andreas Eisenschenk, Handchirurg am Unfallkrankenhaus Berlin in Marzahn. *dpa/nd*

Foto: dpa/Maja Hittij/dpa

NACHRICHTEN

Linksfraktionschef kontrolliert künftig Verfassungsschutz

Dresden. Sachsens Linksfraktionschef Rico Gebhardt ist ab sofort auch gewählter Kontrollleur des Verfassungsschutzes. Er wurde am Mittwoch vom Landtag im ersten Anlauf mit 93 Ja-Stimmen zum Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) gewählt. Gebhardt folgt André Hahn, der jetzt für die Linkspartei im Bundestag sitzt. 2009 waren die LINKE-Kandidaten bei der Wahl für das Gremium im ersten Anlauf noch durchgefallen. Erst im Sommer 2010 war die Kommission schließlich arbeitsfähig. Der Kommission gehören fünf Abgeordnete an, von denen zwei aus der Opposition stammen müssen. Die PKK soll die Aktivitäten der Regierung zur Aufsicht über das Landesamt für Verfassungsschutz kontrollieren, aber auch die Tätigkeit des Landesamtes selbst. *dpa/nd.*

Statistikamt verteidigt Zensusmethode

München. Das Bayerische Landesamt für Statistik hat das Verfahren des Zensus 2011 zur Ermittlung der Einwohnerzahl gegen Kritik einiger Städte und Gemeinden verteidigt. Die methodische Ungleichbehandlung von größeren Gemeinden und solchen mit weniger als 10 000 Einwohnern sei fachlich begründet, teilte eine Sprecherin am Mittwoch mit. Ein Test vor der eigentlichen Volksbefragung habe gezeigt, dass die Fehler in den Melderegistern je nach Gemeindegröße unterschiedlich groß sind. Deshalb sei »eine unterschiedliche Handhabung der Verfahren gerade bei Kommunen mit dieser Größe geboten, ja erforderlich«. Viele bayerische Kommunen haben gegen den Zensus geklagt, weil er für zahlreiche Städte niedrigere Einwohnerzahlen ermittelt hatte als zuvor angenommen. Die Stadtchefs fürchten finanzielle Verluste, da einige Landesmittel nach Maßgabe der Bevölkerungszahl verteilt werden. *dpa/nd*

Winter-Abschiebestopp für Flüchtlinge verlangt

Erfurt. Vertreter des Flüchtlingsrates haben den Thüringer Landtag aufgefordert, die Abschiebung von Flüchtlingen aus den Balkanstaaten im Winter zu verhindern. Ein Winter-Abschiebestopp sei ein »Gebot der Humanität«, erklärte der Flüchtlingsrat am Mittwoch bei einer Aktion vor dem Landtag in Erfurt. LINKE und Grüne haben dem Parlament einen entsprechenden Antrag vorgelegt. Sie verweisen auf die schwierige Situation von Minderheiten wie Roma oder Ashkali in den Balkanstaaten. Thüringens Innenminister Jörg Geibert (CDU) hatte einen Abschiebestopp in den Wintermonaten abgelehnt. Derzeit leben nach offiziellen Angaben etwa 3000 Ausländer aus Balkanstaaten in Thüringen, von denen rund 700 nach dem derzeitigen Stand ausreisen müssen. *dpa/nd*

Ryanair reduziert Flugbetrieb am Hahn

Hahn. Der wichtigste Kunde am angeschlagenen Flughafen Hahn, Ryanair, speckt seinen Flugbetrieb im Hunsrück deutlich ab. Die irische Billigfluglinie werde 2014 weniger Flieger in ihrer Flotte haben als noch im Jahr zuvor, davon sei auch der Hahn betroffen, teilte der Flughafen am Mittwoch mit. Im Hunsrück werden im Sommer statt bisher neun nur noch sechs Maschinen stationiert sein. Das bedeute ein Minus bei den Verkehrszahlen für das Gesamtjahr um knapp 15 Prozent (300 000 Passagiere). »Wir kommen im Vergleich zu anderen Standorten noch ganz gut weg, aber die Veränderungen werden sich in den Verkehrszahlen natürlich bemerkbar machen«, erklärte Geschäftsführer Markus Bunk. *dpa/nd*

Kein Deutsch, kein Herz?

Transplantationstreit vor Gericht: Einer Klinik waren die Sprachkenntnisse eines Flüchtlings zu gering

Hassan Rashow-Hussein braucht ein neues Herz. Doch der irakische Flüchtling kann kaum Deutsch. Eine Klinik verweigert ihm darum einen Platz auf der Warteliste für eine Transplantation.

Von Matthias Arnold, Bielefeld

Darf man einem Menschen wegen mangelnder Sprachkenntnisse eine lebensrettende Herztransplantation verweigern? Die Ärzte des Herz- und Diabeteszentrums (HDZ) in Bad Oeynhausen haben diese Frage zumindest teilweise bejaht und Hassan Rashow-Hussein im Frühjahr 2010 nicht auf die Warteliste für Spenderorgane gesetzt.

Wegen gravierender Verständigungsprobleme sei zweifelhaft, ob der Patient aus Irak die ärztlichen Vorgaben für die Vor- und Nachbehandlung verstehen und konsequent umsetzen würde, hieß es. Der Fachbegriff dafür lautet »Komplianz«. Der 62-jährige Iraker erfülle damit nicht die nötigen Voraussetzungen für eine Transplantation, begründeten die Mediziner ihre Entscheidung.

Doch Rashow-Hussein wollte diese Entscheidung nicht akzeptieren. Er verklagte die Klinik und verlangt ein

Schmerzensgeld in Höhe von 10 000 Euro. Nun muss das Landgericht Bielefeld entscheiden. »Sie haben mir Hoffnungen gemacht und mich am Ende fallen lassen. Ich finde, dass ich von dem Krankenhaus menschlich und gesundheitlich im Stich gelassen worden bin«, teilt Rashow-Hussein schriftlich über seinen Anwalt mit. Interviews gibt er angesichts des gerichtlichen Verfahrens im Moment keine. Am 20. Dezember beginnt der Prozess.

Vor über 13 Jahren ist Hassan Rashow-Hussein aus Irak nach Deutschland geflohen. Er ist Jeside, eine Religionsgemeinschaft, die in Irak bis heute immer wieder Gewalt und Verfolgung ausgesetzt ist. Inzwischen lebt er mit seiner Familie im niedersächsischen Peine. Die Sprache hatte er in dieser langen Zeit allerdings nicht gelernt.

»Es muss sichergestellt sein, dass der Patient nach der Transplantation jederzeit Anweisungen, Ratschläge und Aufklärung von Ärzten und Pflegepersonal in die Tat umsetzen kann«, sagt der Leiter der Herzchirurgie am Herz- und Diabeteszentrum, Jan Gummert. Denn Missverständnisse könnten im schlimmsten Fall tödliche Konsequenzen haben.



Foto: dpa/Friso Gentsch

Richtlinien zur Transplantation

In Richtlinien hat die Bundesärztekammer die Regeln zur Vermittlung von Organpenden festgelegt. Dort steht, dass »auch die unzureichende oder sogar fehlende Mitarbeit des Patienten (Compliance)« dazu führen kann, dass jemand nicht auf die Warteliste kommt. Zur sogenannten Komplianz heißt es: »Deren Fehlen kann auch auf sprachlichen und somit überbrückbaren Schwierigkeiten beruhen.« Diese Regeln müssen die

Transplantationszentren befolgen, wenn sie entscheiden, wer auf die Warteliste gesetzt wird. Die Richtlinien müssen wiederum den Vorgaben im Transplantationsgesetz entsprechen. Dort steht unter anderem, dass die Vergabe von Spenderorganen ausschließlich nach medizinischen Kriterien zu erfolgen hat. Einkommen, Herkunft oder der Versicherungsstatus dürfen bei der Vergabe keine Rolle spielen. *dpa/nd*

Die HDZ-Ärzte berufen sich auf Richtlinien der Bundesärztekammer. Dort heißt es, dass auch sprachliche Schwierigkeiten eine mangelnde Komplianz und damit eine Nichtaufnahme auf die Warteliste bedeuten können.

Der 36-jährige Anwalt Cahit Tolan vertritt Rashow-Hussein vor Gericht. »Die Voraussetzungen der Komplianz dürfen überhaupt nicht auf sprachliche Schwierigkeiten zurückgeführt werden«, sagt er. Im Februar dieses Jahres erstritten er und sein Mandant vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Prozesskostenhilfe. Denn für eine Klage hatte Rashow-Hussein nicht genug Geld.

Um den Platz auf der Warteliste geht es bei der Verhandlung in Bielefeld allerdings nicht mehr. Wenige Wochen nach der Ablehnung aus Bad Oeynhausen haben die Ärzte der Uniklinik Münster Rashow-Hussein auf die Liste genommen und behandeln ihn seither. Warum sie die Lage anders als ihre Kollegen in Bad Oeynhausen einschätzen und wie sie die Sprachprobleme überwinden wollen, dazu will die Klinik in Münster nichts sagen und verweist auf das schwebende Verfahren. *dpa/nd*

Getreten wie ein Fußball

Libanesischer Asylbewerber tritt in der Innenstadt von Hannover in den Hungerstreik

Hussein Charara leidet unter einer schweren Erkrankung. Als Asylbewerber in Deutschland muss er dennoch um die ärztliche Behandlung förmlich betteln. Davon hat er nun genug.

Von Reimar Paul, Hannover

Mit einem Hungerstreik mitten in der Fußgängerzone von Hannover will ein libanesischer Asylbewerber die Forderung nach mehr Rechten und persönlichen Freiheiten durchsetzen. Hussein Charara begann seine Aktion am Dienstagmittag. Er protestiere gegen seine Entrechtung und die respektlose Behandlung durch deutsche Behörden, erklärt er. Charara verzichtet auf feste Nahrung, nimmt nur ein Minimum an Wasser zu sich und hat nach eigenen Angaben auch Me-

dikamente abgesetzt, die er wegen einer schweren Magen- und Darmerkrankung einnehmen muss. »Mir geht es gut«, sagte Charara am Mittwoch dem »nd«. Viele Passanten blieben stehen, einige brächten auch Decken oder spendeten etwas Geld. In der Nacht wurde der Libanese allerdings von einer Gruppe Neonazis angepöbelt. Unterstützer riefen daraufhin die Polizei.

Charara lebt mit einer sogenannten Duldung in Deutschland. Das Papier bedeutet im Grunde nur eine Aussetzung der Abschiebung und wird immer nur für kurze Zeiträume ausgestellt. »Die Hunde haben hier in Deutschland mehr Rechte als ich«, schreibt der Libanese in einer persönlichen Erklärung in englischer Sprache. Er respektiere Deutschland und seine Bewohner, erfahre seiner-

seits aber keinen Respekt vonseiten der deutschen Behörden und fühle sich mit Füßen getreten: »They push me as a football«. Für jede einzelne Bescheinigung seien etliche Behördenbesuche nötig.

»Die Hunde haben hier in Deutschland mehr Rechte als ich.«

Hussein Charara, Asylbewerber im Hungerstreik

Beim Sozialamt müsse Charara, weil er nicht in einer gesetzlichen Krankenkasse versichert sei, »förmlich um einen Krankenschein betteln«, bestätigt Sigmar Walbrecht

vom Niedersächsischen Flüchtlingsrat. Da Hussein Charara unter einer seltenen Erkrankung leide, die ständige Untersuchungen und eine kontinuierliche Behandlung notwendig mache, trete dieses Problem sehr häufig auf.

Walbrecht prangert noch weitere »Sondergesetze« an, die Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge wie Charara gesellschaftlich isolierten. So hätten sie kaum Chancen eine Arbeit zu bekommen, weil für sie die sogenannte Vorrangprüfung gilt: Eine Beschäftigungserlaubnis gibt es demnach nur, wenn kein Deutscher, kein EU-Ausländer oder kein Mensch mit einem gesicherten Aufenthaltsstatus den betreffenden Job machen will. Er werde seine Protestaktion erst beenden, wenn er ein dauerhaftes Bleiberecht erhalte und selbst bestim-

men dürfe, wo er lebe, sagte Charara am Mittwoch.

Nach Ansicht des Flüchtlingsrates könnte eine schnelle Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge über einen Asylfolgeantrag die persönliche Situation des Libanesen verbessern und zu einem Ende des Hungerstreiks führen. Weil er in Libanon für seine außergewöhnliche Krankheit kaum die notwendige Behandlung bekomme, habe Hussein Charara beste Aussichten auf Anerkennung von Abschiebungshindernissen und damit auf einen Aufenthaltstitel. Dies würde, betont Walbrecht, aber nichts an der nach wie vor bestehenden strukturellen Diskriminierung von Flüchtlingen auf dem Arbeitsmarkt und in sozialrechtlichen Belangen durch die bestehenden Sondergesetze ändern.

NACHRICHTEN

Hohe Nachfrage nach Beratung durch Kinderhospiz Magdeburg

Magdeburg. Sachsen-Anhalts einziges Kinderhospiz in Magdeburg muss deutlich mehr Beratungs- und Informationsarbeit leisten als ursprünglich gedacht. Viele Eltern wüssten gar nicht, dass es die Möglichkeit der Entlastungspflege für 28 Tage pro Jahr gibt, sagte der Vorstandsvorsitzende der Pfeifferschen Stiftungen, Christoph Radbruch, am Mittwoch in Magdeburg. In dieser Zeit könnten die Eltern, die sonst Tag und Nacht für ihre Kinder da seien, neue Kraft schöpfen oder sich intensiver um die Geschwister der schwerkranken Kinder kümmern. »Es ist gar nicht so sehr unser Ziel, die Kinder ins Hospiz aufzunehmen, sondern die Eltern zu beraten, dass sie für ihre Kinder eine gute Versorgung bekommen«, erläuterte Radbruch. Dazu gehöre auch eine ambulante Betreuung zu Hause. Das Beraten habe sich immer mehr in den Vordergrund gestellt. Derzeit wohnen laut Radbruch zwei Kinder im Hospiz, das es seit März gibt. Im Hospiz werden kranke und sterbende Kinder sowie deren Familien begleitet. dpa/nd

Schweinezucht weiter auf dem Vormarsch

Schwerin. Die Schweinezucht ist in Mecklenburg-Vorpommern weiter auf dem Vormarsch. Am Stichtag 3. November standen in den rund 200 Betrieben mit mehr als 50 Schweinen oder mindestens zehn Zuchtsauen 894 000 Tiere in den Ställen, wie das Statistische Landesamt am Mittwoch in Schwerin mitteilte. Das seien 3,5 Prozent mehr als ein Jahr davor und so viele wie nie seit 1992. Dennoch werden je 100 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche im Nordosten erst 67 Schweine gehalten. Im Bundesdurchschnitt sind es dem Amt zufolge 165. In Mecklenburg-Vorpommern wehren sich immer wieder Bürgerinitiativen gegen Investoren, die große Schweineställe errichten wollen. In den 1980er Jahren wurden im Nordosten bis zu drei Millionen Schweine gehalten.

Razzia bei Nazis in Sachsen

Görlitz/Hoyerswerda. Die Polizei hat am Dienstag bei einer Razzia in Hoyerswerda und Elsterheide sieben Wohnungen von Rechtsradikalen durchsucht. Dabei fanden die Beamten auch verbotene Gegenstände, die dem Waffengesetz unterliegen, wie Polizeidirektion und Staatsanwaltschaft in Görlitz am Mittwoch mitteilten. Die Ermittlungen richteten sich gegen mehrere Mitglieder der Gruppierung »Nationale Sozialisten Hoyerswerda«. Die Altersspanne der betroffenen Rechtsextremen wurde mit 19 bis 49 Jahre angegeben. Ihnen wird gefährliche Körperverletzung vorgeworfen. Bei den sichergestellten Waffen handelt es sich unter anderem um Elektroschocker, ein Messer, einen Schlagring und in Deutschland verbotene Feuerwerkskörper. Daraus folgen nun vier Strafanzeigen wegen Verstößen gegen das Waffengesetz sowie zwei Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz. An dem Einsatz waren auch Beamte des Operativen Abwehrzentrums gegen Extremismus mit Sitz in Leipzig beteiligt. dpa/nd

Jüdisches Denkmal zerkratzt

Traunstein. Unbekannte haben die Inschrift eines Gedenksteins für eine jüdische Familie in Traunstein zerkratzt. Außerdem wurde ein Plakatstand mit Hinweisen zur Ausstellung »Rechtsradikalismus in Bayern« beschädigt. Nach Angaben der Polizei vom Mittwoch ermittelt nun das Staatsschutz-Kommissariat der Kripo Traunstein. dpa/nd



Ehrenamtliche Helfer verteilen Kaffee und belegte Brote an die Bedürftigen im Franziskustreff.

Foto: imago/epd

Warme Suppe und Herzlichkeit

Wie Wohnungslose in Frankfurt am Main Weihnachten feiern

Eine Weihnachtsgans im Kreise der Familie zu genießen, davon können Wohnungslose nur träumen. Aber über ein leckeres Essen, einen warmen Schlafplatz und Gesellschaft an den Feiertagen freuen auch sie sich.

Von Verena Horeis,
Frankfurt am Main

Andrea B. macht sich seit drei Monaten fast jeden Tag auf den Weg zum »Franziskustreff« in der Frankfurter Innenstadt. Dort bekommen Wohnungslose und andere Mittellose für 50 Cent ein Frühstück. Auch an den Weihnachtstagen wird Andrea wohl im »Franziskustreff« sein. Die 38-Jährige ist eine von 284 000 Menschen in Deutschland, die nach offiziellen Angaben keine Wohnung haben. Sie sieht mit ihren aschblonden, zum Pferdeschwanz gebunden Haaren, Jeans und Turnschuhen nicht direkt aus wie jemand, der auf der Straße lebt. Erst die großen Einkaufstüten mit ihrem Schlagsack und einer lilafarbenen Decke, die sie bei sich trägt, lassen das erahnen.

Für Andrea B. ist der »Franziskustreff« im Kapuzinerkloster Liebfrauen weit mehr als ein Ort, an dem es etwas zu essen gibt. »Es ist toll, dass die

Menschen mich hier ganz normal behandeln. Im Alltag begegnen mir viele Leute, für die ich nichts wert bin, weil ich obdachlos bin«, sagt sie. Ähnlich sieht das Silvia K. Sie freut sich gerade an den Weihnachtstagen »über Gesellschaft und Menschen zum Reden«.

Sie hat die Feiertage fast komplett verplant. Nach dem Frühstück wird sie am 24. Dezember Richtung Hauptbahnhof weiterziehen. Dort verteilen die Johanniter warme Suppe an Bedürftige. Nachmittags steht Kaffee in der Bahnhofsmision auf ihrem Programm, und abends wird sie die »Lange Nacht am Heiligen Abend« in der Weißfrauen Diakoniekirche verbringen. Dort wird ein Gottesdienst gefeiert, anschließend gibt es Weihnachtsessen. Bis zum nächsten Morgen können Bedürftige dort Musik hören, einen Film schauen, schlafen und dann gemeinsam frühstücken. Für Silvia K. ist Weihnachten in der Diakoniekirche schon ein Ritual.

Das Frühstück im »Franziskustreff« ist immer reichhaltig. Es gibt Brot, Wurst und Käse, ebenso Schokolade und Marmelade. Dazu bekommen die Gäste warmen Kaffee und Kakao. Auch Bananen, Äpfel und anderes Obst verteilen die überwie-

gend ehrenamtlichen Helfer an die Gäste. Felix F. war an den Weihnachtstagen schon öfter dort und erinnert sich, dass auch Schokoladen-Nikoläuse und Lebkuchen auf den Tischen standen. »Ich bin Diabetiker, deshalb hatte ich nicht viel davon, aber schön war es trotzdem.«

Auch die Tagesstätte »Bärenstraße« der Caritas hat an den Feiertä-

»Es ist toll, dass die Menschen mich hier ganz normal behandeln. Im Alltag begegnen mir viele Leute, für die ich nichts wert bin, weil ich obdachlos bin.«

Andrea B., wohnungslos

gen den ganzen Tag geöffnet. Wohnungslose bekommen dort das ganze Jahr über Mahlzeiten, an Weihnachten wird das Buffet etwas umfangreicher als sonst. Doch Klaus Schäfer, Leiter der Einrichtung, meint: »Wir überschätzen die emotionale Bedeutung von Weihnachten.« Für die Wohnungslosen seien Kälte, nasse

Schlagsäcke, psychische und andere gesundheitliche Probleme gerade in der Winterzeit viel bedeutender als ein Fest. Auch Bruder Paulus vom »Franziskustreff«, der in seiner Mönchskutte dort sitzt, sagt, es sei wichtiger, »Herzlichkeit zu leben, und das nicht nur an den Feiertagen«.

Gemeinschaft ist für Luigi C. an Weihnachten das Wichtigste. Er und etwa 45 weitere Männer wohnen im Übergangswohnhaus »Weser5« der Diakonie. Er lebe allein, sagt der Italiener, an den Weihnachtstagen aber seien die anderen hier wie eine Familie für ihn. Waldemar L., ständiger Gast im »Franziskustreff«, strahlt, als er sein Weihnachtsgeschenk vom vergangenen Jahr zeigt: »Ich habe diese Mütze hier bekommen.« Er zeigt eine wollweiße Strickmütze vor. »Die habe ich jetzt das ganze Jahr getragen - dieses Mal habe ich mir einen Rucksack gewünscht und meistens bekommt man die Dinge dann auch«, freut er sich schon.

Für den Tagestreff »Bärenstraße« und den »Franziskustreff« ist es kein Problem, Ehrenamtliche an Weihnachten zu gewinnen. Für viele Engagierten sei es »Ehrensache, an den Feiertagen ein paar Stunden zu helfen«, sagt Bruder Paulus. epd/nd

Bruchlandung für Beweisanträge

Keine neuen Gutachten im Münchner Startbahn-Prozess

Immer wieder fielen die Worte »nicht entscheidungserheblich« - im Münchner Startbahn-Prozess hat das Gericht sämtliche Beweisanträge der Kläger abgeschmettert.

München. Die Gegner einer dritten Startbahn am Münchner Flughafen haben einen Rückschlag erlitten. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) lehnte am Mittwoch alle von den Klägern gestellten Beweisanträge ab. Die Anträge seien unerheblich oder ohne rechtliche Grundlage, entschied der Senat in München. Auch dem Antrag auf Aussetzung des Mammutprozesses bis zur Klärung rechtlicher Fragen durch den Europäischen Gerichtshof gaben die Richter nicht statt.

Die Kläger, unter ihnen viele Anrainergemeinden und der Bund Naturschutz in Bayern (BN), wollten mit den 184 Beweisanträgen vor allem Fragen zum Bedarf der 4000 Meter langen Piste und zu möglichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen erneut geklärt wissen. So wollte etwa die Stadt Freising neue Gutachten zu der Frage, ob die in der Baugenehmigung enthaltenen Prognosen der Flughafenbetreiber zur Entwicklung des Luftverkehrs bis 2025 noch realistisch sind. Denn tatsächlich steigt die Zahl der Passagiere zwar, die Starts und Landungen werden aber



Foto: dpa/Sven Hoppe

weniger, weil die Maschinen besser ausgelastet sind und immer größer werden.

Andere Beweisanträge betreffen die Lärmbelastung im Freisinger Stadtteil Attaching und die Luftverwirbelungen hinter fliegenden Jets. Anwälte der Kommunen wollten gutachterlich klären lassen, ob diese Wirbelschleppen Kinder gefährden oder das Essen im Freien unmöglich machen könnten. Der BN wollte prüfen lassen, ob Zugvögel durch den Bau der Piste wertvolle Rastplätze verlieren.

Doch die Richter schmetteten das ab. Die bereits vorliegenden Gutachten seien durch die Beweisaufnahme »nicht ernsthaft erschüttert worden«, erklärte der Vorsitzende Richter Erwin Allesch. Das Verfahren werde auch nicht ausgesetzt, weil die europäische Wasserrichtlinie dafür nicht relevant sei.

BN-Anwalt Ulrich Kaltenecker äußerte sich enttäuscht: »Ich bin der Meinung, dass das, was vonseiten der Flughafenbetreiber und Behörden an Gutachten abgeliefert wurde, bei wei-

tem nicht ausreicht.« Der Freisinger BN-Kreisvorsitzende und Grünen-Landtagsabgeordnete Christian Magerl nannte es »schon heftig«, dass alle Beweisanträge abgelehnt wurden. Vor allem die Ablehnungsbegründung bei den Fragestellungen zum Bedarf für die dritte Startbahn sei absurd. »Auf unsere Argumente wurde überhaupt nicht eingegangen«, sagte der Vorsitzende des Landtags-Umweltausschusses. »Die Entscheidung des Gerichts wird ein guter Revisionsgrund.«

Der VGH befasst sich seit März in bislang knapp 40 Verhandlungstagen mit den Klagen gegen das von der Münchner Bevölkerung in einem Bürgerentscheid bereits 2012 abgelehnte Projekt. Die dritte Start- und Landebahn würde auf dem zweitgrößten deutschen Airport stündlich bis zu 30 weitere Flugbewegungen ermöglichen. 120 wären es auf alle drei Pisten verteilt. Mit 18,6 Millionen Fluggästen wurde am Dreikreuz München im ersten Halbjahr 2013 ein neuer Rekord erzielt. Die dritte Startbahn würde mindestens 1,2 Milliarden Euro kosten.

Der Prozess wird am 9. Januar fortgesetzt. Dann werden die Verfahrensbeteiligten ihre Schlussvorträge halten. Mit einem Urteil ist im Frühjahr 2014 zu rechnen. dpa/nd

Ich kam als Gast in euer Land ...

Im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin wurde am Dienstag eine Ausstellung zu Opfern des Stalin-Terrors eröffnet.

Von Sarah Liebig

Schicksal um Schicksal um Schicksal lässt sich nachlesen. Familie Koenen, Familie Duncker, Anni, Familie Ripberger. Arbeitssuchende oder politisch Verfolgte reisten in die Sowjetunion in der Hoffnung, dort ein sicheres Leben beginnen, einen Neuanfang wagen zu können. Anfang bis Mitte der 1930er Jahre lag die Zahl der Einwanderer am höchsten. Die Wanderausstellung »Ich kam als Gast in euer Land gereist ...« ist zur Zeit in der Zentrale der Linkspartei im Karl-Liebknecht-Haus zu sehen.

Die zweisprachige Schau (deutsch und russisch) wird auch 2014 in mehreren Bundesländern zu sehen sein. Parallel dazu wird sie in Russland sowie in der Kasachischen Republik (Karaganda) gezeigt. Am Dienstagabend wurde sie in Berlin eröffnet, kurz bevor die Gedenktafel für die Opfer des stalinistischen Terrors enthüllt wurde. »Auch in der DDR wurde vor allem eins, nämlich geschwiegen«, sagte die Parteivorsitzende der LINKEN Katja Kipping bei der Anbringung. »Es ist an uns, den Opfern eine bleibende Erinnerung zu geben.«

Die Tafel mit der Inschrift »Ehrendes Gedenken an Tausende deutsche Kommunistinnen und Kommunisten, Antifaschistinnen und Antifaschisten, die in der Sowjetunion zwischen den 1930er und 1950er Jahren willkürlich verfolgt, entrechtet, in Straf lager deportiert, auf Jahrzehnte verbannt und ermordet wurden« hat-

Schicksal um Schicksal um Schicksal lässt sich nachlesen.

te zuvor für Streitigkeiten innerhalb der Linkspartei gesorgt.

Der Parteivorstand hatte das Angebot des Arbeitskreises angenommen, anlässlich der Einweihung der Tafel am KL-Haus die Ausstellung »Ich kam als Gast in euer Land gereist ...« im Konsultations- und Informationszentrum zu zeigen. Diese von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand geförderte Wanderausstellung war zuvor in Berlin, Potsdam und Thüringen sowie in Russland, Kasachstan und Belgien zu sehen.

Während der Ausstellungseröffnung und dem anschließenden Podiumsgespräch wurde - nicht zuletzt mit Blick auf die von Kritikern vorgebrachten Bedenken gegen die Tafel am Haus - immer wieder betont und von den Diskutanten auf dem Podium begründet, dass es der richtige Text am richtigen Ort sei.

Der nächste Schritt wird sein, mit der Arbeit an der im Beschluss des Vorstandes der Linkspartei erwähnten Wanderausstellung über die im Karl-Liebknecht-Haus tätigen Genossinnen und Genossen zu beginnen. Die anwesenden Mitglieder des Arbeitskreises und der Historischen Kommission beim Parteivorstand werden demnächst darüber beraten.

Die Anbringung der Gedenktafel an der Parteizentrale war vom früheren DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow und anderen Vertretern des linken Flügels der Partei kritisiert worden. Modrow hatte die Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde als alternativen Standort ins Gespräch gebracht.

Einige Gegner der Tafel demonstrierten tatsächlich während der Enthüllung vor der Parteizentrale. Ihre Buhrufe und Pfiffe wurden indes vom Applaus über- tönt.

Im Kino: Der Cannes-Gewinner »Blau ist eine warme Farbe« von Abdel Kechiche

Blick der Unschuld

Von Lukas Wilhelm

Manchmal liegt in einem Detail die ganze Welt. Ein wechselnder Song auf einer Gartenparty, und ein ganzes Milieu erhält Eintritt. Eine Strähne mehr oder weniger im Gesicht kann manchen um ein volles Jahrzehnt altern lassen. Und ein sanfter oder unruhiger Schlaf sind nur eine minimale Verschiebung des Atemrhythmus voneinander entfernt.

Mit den Bildern jenes unruhigen Schlafs eröffnet Regisseur Abdel Kechiche seine fragmentarische Adaption eines Comics von Julie Maroh. Er erzählt die Geschichte von Adèle (Adèle Exarchopoulos) von der Pubertät bis in ihre späten Zwanziger. Eine konventionelle, fast schon wieder zu nennende Coming-Of-Age-Erzählung in mildem Licht. Unverortet in der Peergroup, vertan im spröden Lille, unsicher im eigenen Körper findet Adèle die Sexualität, das Leben, die Liebe – und ihren Schmerz. Auf einer Kreuzung passiert es, ganz simpel, ein Blick, der die Dinge ändert. Ein Moment, der einfach da ist. Emma (Léa Seydoux) ist da. Sie nimmt Adèle mit. Ihre Zweisamkeit begleiten wir in Küchen, ins Museum, ins Bett, zu den Schwiegereltern, in Bars, Gärten und Parks.

Dabei weigert sich der Film, die ihm eigene Überhöhung des Alltäglichen in eine stabile Form zu gießen. In Close-Ups erzählt die Kamera. Schleicht heran an ihre zwei Protagonisten, sieht ihnen beim Sex und anderen Intimitäten zu, die das Leben bereitstellt. Weshalb dieser Film auch drei Stunden, dabei aber nicht eine Minute zu lang dauert. Die Empathie der Beobachtung umkreist jede Einstellung. Das Drehbuch, immer wissend, was wichtig ist und was nicht, beschwört dabei das Dazwischen. Diese Einheit von Bauch und Verstand, was in guten Büchern gerne mal zwischen den Zeilen liegt, es findet sich hier zwischen den Szenen, zwischen Orgasmus und Streit, zwischen Grazie und Lüge. Versteckt und doch fühlbar, unter und vielleicht sogar auf der Haut.

Einmal hat Emma ihre Freunde von der Kunsthochschule zu Gast. Adèle bekocht die Gruppe. Spaghetti Bolognaise, wie zu Hause bei ihren El-



Foto: Alamo Film

tern, weit entfernt von jeglicher Intellektualität. Es mündet allen, während die Gäste zunächst Klimt und Schiele voneinander abgrenzen und schließlich über den weiblichen Orgasmus konferieren. Adèle sagt wenig. Manchmal verrät ihr Blick eine leichte Befremdung. Mehr nicht. Das ist nicht ihr Background, nicht ihre Sicht auf die Dinge. Aber weder in seiner Heldin noch sonst wo wird in »Blau ist eine warme Farbe« etwas gegen-

Was in guten Büchern zwischen den Zeilen liegt, es findet sich hier zwischen den Szenen, zwischen Orgasmus und Streit, zwischen Grazie und Lüge.

einander ausgespielt. In keinem noch so dramatischen Moment verliert der Film seinen Blick der Unschuld. Und seine beiden Darstellerinnen sind jede Einstellung wert. Wer diese ganzen Finessen und Gesten in sich findet wie Exarchopoulos und Seydoux, der kann alles aufspüren.

Insbesondere der Ruf ihrer Sexszenen eilt ihnen voraus. Zusätzlich durch den Streit mit Regisseur Kechiche verstärkt, den die beiden Frauen

für seine Schonungslosigkeit am Set kritisierten und verkündeten, nie wieder mit ihm zu arbeiten. In Kombination mit den Cannes-Auszeichnungen für alle drei birgt dies eine Mischung, die gar zum »Mythos« taugt, wie es der »New Yorker« nennt. In den USA wird der Film ohne Jugendfreigabe anlaufen und die christliche Rechte protestiert. Soviel Nähe, soviel Wahrheit, soviel Erlebnis kann eben auch Angst machen.

Im Kino: Genug gesagt von Nicole Holofcener

Gezeter mit Widerhaken

Von Caroline M. Buck

Immer fröhlich, immer gut gelaunt, immer ein gutes Wort für alle und ein offenes Ohr für die, denen sie von Berufs wegen hautnah näherkommt: das ist Eva. Selbstständige Masseurin mit klappbarer Massage-liege für Hausbesuche, geschieden, eine Tochter, wohnhaft in Los Angeles (aber denkbar weit weg von den Bezirken, wo der Hollywood-Glamour zuhause ist) und tagaus, tagein unterwegs zu ihren Stammkunden. Dem jungen Mann zum Beispiel, der sie fröhlich von seiner Wohnungstür am oberen Ende einer langen, steilen Treppe willkommen heißt, während sie sich unten mit der Klappliege abplagt. Der Kundin mit Verspannungen und nimmermüden Querelen mit Familie, Freunden und der ganzen Welt, die sie bei Eva ablädt, statt sich unter den Händen wortlos zu entspannen. Oder dem Patienten mit Mundgeruch, dessen tiefen Atemzügen die Masseurin ebensowenig entgegen kann wie dem zänkischen Dauerton der Kundin.

Schön für Eva also, dass sie auf einer Party, auf die ein Paar alter Freunde sie mitschleppte, die neue Kundin Marianne gewinnt, die kultivierter scheint und eleganter als die ande-

ren. Eine Frau, die Gedichte schreibt – und davon leben kann! –, die eine vage Freundschaft mit Gegenkultur-Pop-Ikone Joni Mitchell pflegt und zumindest ein bisschen von dem Glanz ausstrahlt, der Evas Bungalow-Alltag so völlig abgeht. Dass Eva auf der selben Party auch noch Albert kennenlernt, Archivar für Fernsehsendungen, geschieden wie sie selbst und mit einer erwachsenen Tochter, die kurz vor dem Wegzug in ein College steht (genau wie Evas Tochter auch), das ist dem gegenüber zunächst das unwichtigere Ergebnis des Abends. Bald aber kommen Eva und Albert sich näher. Die Dichterin wird zur Stammkundin, und ein neues Kapitel im Leben von Eva und Albert könnte beginnen: ohne Töchter, dafür miteinander und mit ihrer Arbeit.

Wenn nur Eva, nach ihrer Scheidung vorsichtig geworden und misstrauisch gegenüber dem unverhofften neuen Glück, nicht lieber doch auf Nummer sicher gehen wollte. Und deshalb ganz besonders gut zuhört, als sich irgendwann eher zufällig (und erstmal nur für sie selbst offensichtlich) herausstellt, dass ausgerechnet Marianne Alberts Ex ist und also just von Albert die Rede, wenn Marianne beim geselligen Eistee nach der Massage wieder mal von ihrem unsensib-



Julia Louis-Dreyfus und James Gandolfini

Foto: 20th Century Fox

len Toren von einem Geschiedenen erzählt. Eva lernt Albert so von zwei Seiten gleichzeitig kennen: einmal aus eigenem Augenschein, als einen sanften Riesen mit Herz und einem guten Auge für Evas verborgene Qualitäten, wo andere nur die gut gelaunte Verbindlichkeit sehen. Und nur leicht zeitversetzt auch aus dem so ganz an-

deren Blickwinkel seiner geschiedenen Frau, die ihn als Liebhaber verachtet, als ewigen Verlierer bezeichnet und über seine unfeinen Manieren herzieht.

Statt sich von ihrer neuen Kundin zu trennen, um ihre frische Beziehung zu retten, lässt Eva sich von der ahnungslosen Marianne die Freude an

»Demokratie ist ein Verfahren, das garantiert, dass wir nicht besser regiert werden, als wir es verdienen.«

George Bernhard Shaw

Millennium-Serie

Lagercrantz schreibt Larsson fort

Stieg Larssons berühmte Millennium-Serie wird zehn Jahre nach dem Tod des Bestseller-Autors fortgesetzt. Der schwedische Autor David Lagercrantz schreibt einen vierten Band der erfolgreichen Reihe, teilte der Norstedts-Verlag in Stockholm mit. Das Buch soll im August 2015 erscheinen, zehn Jahre nach dem Erscheinen von Larssons erstem Krimi »Verblendung«.

»Da ist der Ball ins Rollen gekommen«, sagte Eva Gedin vom Norstedts-Verlag der dpa. Lagercrantz ist Autor diverser Sachbücher und Romane. Größeren Erfolg hatte seine in Deutschland 2013 erschienene Biografie »Ich bin Zlatan Ibrahimovic« des schwedischen Fußballstars.

Larsson war 2004 mit 50 Jahren an den Folgen eines Herzinfarkts gestorben. Nach seinem Tod wurden dem Norstedts-Verlag zufolge 75 Millionen Exemplare seiner Bücher in 50 Ländern verkauft. Der Stoff wurde zweimal verfilmt. Der Autor soll vor seinem Tod an einem vierten Teil gearbeitet haben, es ist aber unklar, ob es ein solches Skript wirklich gibt. Lagercrantz' Roman entsteht daher völlig unabhängig davon, sagte Gedin.

»Es ist eine große Verantwortung, hiermit weiter zu machen«, sagte Lagercrantz der schwedischen Boulevardzeitung »Expresen«. Aber Larssons Protagonisten, der Journalist Mikael Blomqvist und die Hackerin Lisbeth Salander, »verdienen es, weiterzuleben, genau wie Spiderman oder Peter Pan«. dpa

Gruppe Culture Club

Bald wieder vereint

Der britische Sänger Boy George (52) hat die Wiedervereinigung der Pop-Gruppe Culture Club (»Do You Really Want To Hurt Me?«, »Karma Chameleon«) angekündigt. »Wir wollen mit Culture Club im nächsten Jahr ein Album veröffentlichen«, sagte Boy George dem französischen Schwulen-Magazin »Têtu« (Januar), das am Dienstag in Paris erschien. Das habe er vor kurzem mit dem Gitarristen Roy Hay in Los Angeles besprochen. Mit dabei seien auch Schlagzeuger Jon Moss und Bassist Mikey Craig.

Die Band hatte in den 80er Jahren Kultstatus. Der Sänger mit dem bürgerlichen Namen George Alan O'Dowd galt als androgyne Ikone. Nach der Culture-Club-Auflösung 1986 und einem ersten Revival drei Jahre später folgte 2002 wieder ein Ende. Später scheiterte der Versuch, die Band ohne Boy George wiederzubeleben.

Boy George kündigte ein Album an, »das dem entspricht, was wir heute sind«. Es werde nichts einfach nur erneuert. »Aber natürlich gibt es viel Soul und Reggae«, sagte er über die Songs, an denen Culture Club von Januar an arbeiten wolle. dpa/nd

FÜR KINDER

Löwe auf dem Sofa, Krokodil in der Badewanne? »Hannah wünscht sich ein Haustier« – aber welches? Ein Pappbilderbuch von Elinor Weisse schon für ganz kleine Kinder (leiv, 12 S., 5,50 €).

Zum Vor- und ersten Selberlesen: »Ich bin Ludwig!« – Barbara Rose erzählt von einem Jungen, der seine ersten Schulmonate erlebt (Kerle bei Herder, 61 S., geb., 7,99 €).

Bücherservice
Sie wählen, Wir liefern.
Tel.: 030/2978-1777, Fax: -1650
E-Mail: buecherservice@nd-online.de
ND-Shop

Stärkt das Selbstbewusstsein: »Ich bin ein Kind und ich habe Rechte« von Alain Serres mit ganz besonders schönen Bildern von Aurélia Fronty (Nord Süd Verlag, Reihe UNICEF, 48 S., geb., 16,95 €).

Schneeweiß ist er und wirkt ganz verloren: »Ein Hund wie Sam« – die Kinder im Buch von Edward van de Vendel würden ihn gern behalten, aber er gehört den mürrischen Nachbarn (Carlsen, 111 S., geb., 9,99 €).

FÜR ERWACHSENE

Blumenfußball – auf so eine Idee muss man erst einmal kommen: »2:1 für Bärenklau. Oder wie das Fußballfieber in den Garten kam« – Christiane Schlüssel hat aus gepressten Blüten ein Buch gestaltet. Katrin Pieper hat die Texte dazu geschrieben (Hildegard Vogel Zipfelhaus Werkstatt, 40 S., geb., 8,50 €).

Ein kleiner, herrenloser Kater als Glücksbringer: »Weihnachtsbote auf vier Pfoten« von Sheila Roberts – ein unterhaltsamer Roman, in dem zwei einsame Menschen zusammenfinden (Lübbe, 288 S., geb., 10 €).

Von Armut und Not, Gewissen und Dankbarkeit: »Wie der Weihnachtsbaum in die Welt kam« – mit ihrer besinnlichen Geschichte führt Astrid Fritz ins Jahr 1538 nach Straßburg (Kinder, 128 S., geb., 12 €).

Die große Menschheitsfrage kann auch hier nicht beantwortet werden. Aber interessant ist es doch, was Dr. med., Dr. phil. Sam Parmia, Leiter für Reanimationsforschung an der State University New York, in »Der Tod muss nicht das Ende sein« über Nahtoderfahrungen von Patienten schreibt (mit Josh Young, Scorpio Verlag, 400 S., geb., 19,99 €).

Was braucht der Mensch, wenn es ihm nicht gut geht? Zuspruch zualererst. Braucht er Lebensweisheiten, Witze gar? »Der Krankentröster« von Jürgen von der Lippe und Gaby Sonnenberg entstand durch einen Mailwechsel und kann vielleicht helfen (Knaus, 320 S., geb., 16,99 €).

Amouröse Verwicklungen, Spionage, abgründige Intrigen: »Dreimal im Leben« – Arturo Pérez-Reverte hat eine ebenso zarte wie monumentale Liebesgeschichte verfasst, die 1928 auf einem Ozeandampfer beginnt (Insel Verlag, 526 S., geb., 22,95 €).

Wege zur Veränderung: »Heute ist ein guter Tag für eine Frage« – ein blaues in Leinen gebundenes Büchlein von Pierre Franckh als Lebenshilfe (Südwest, 192 S., 12,99 €).

KALENDER

Blicke in private Sammlungen, die sonst fremden Blicken verschlossen sind: »Bücherwelten« mit dekorativen Farbfotos von Reto Guntli (Dumont Kalenderverlag, 44,5 x 48 cm, 14 Blatt, 19,95 €).

Schätze aus dem Kupferstichkabinett Berlin: »Ein Blütenreigen« – herrliche Aquarelle von Georg Flegel, der als berühmter Stillebenmaler des frühen 17. Jahrhunderts gilt (Weingarten, 34,5 x 44 cm, 14 Blatt, 19,99 €).

Insel-Sehnsucht: »Rügen und Hiddensee 2014« – zu den stimmungsvollen Farbfotos von Thomas Grundner gibt es im Zweiwochenrhythmus je ein bedenkenwertes Zitat (Hinstorff Edition Reich, 23,5 x 32,5 cm, 28 Blatt, 12,99 €).

Literarischer Tischkalender, Woche für Woche mit Bildern und Zitaten über das Lieblingstier: »Katzen« (ars vivendi, 32 x 10,5 cm, 12,90 €).

Emmy Abrahamson lässt Polnisches und Schwedisches zusammenstoßen

»Das Leben ist kurz. Hab Spaß!«

Von Irma Gutschke

Ich möchte ein langweiliges Leben haben ... als Vollschwede ... ein Leben, in dem nichts passiert«, schreit die 15-jährige Alicja unter Tränen. Das bekommt sie erstmal nicht, denn die Autorin Emmy Abrahamson wollte eine turbulente Geschichte schreiben. Auf jeder Seite soll was passieren, das jüngere (wie ältere) Leserinnen und Leser in Atem hält, zum Lachen oder wenigstens zum Schmunzeln bringt. Literatur als verdichtete Wirklichkeit, während diese eben doch oft genug eintönig ist und trist. Auch deshalb wird ja gelesen, um mal was Anderes zu erleben.

Ein langweiliges Leben wünscht sich doch niemand im Ernst. Aber Alicja hat schon Recht, dass sie allzu viele Aufregungen zu verkraften hat. Allein schon, weil ihre Mutter aus Polen stammt. Es wird, um etwaiger Ausländerfeindlichkeit vorzubeugen,

den Leuten ja gerne eingeredet, dass sie bitte nicht so sehr auf die Unterschiede zwischen den Kulturen achten sollen. Das Fremde sei liebenswert oder wenigstens zu tolerieren. Wer mitunter anders fühlt, soll das möglichst für sich behalten. Der Erfolg dieses Buches in Schweden mag auch damit zusammenhängen, dass es diese wohlgemeinte Heuchelei unterläuft. Und das auf eine kräftig heitere Weise.

Mag sein, dass nicht alle polnischen Frauen verschimmelten Käse noch zur Lasagne verarbeiten, gebrauchtes Geschenkpapier wiederverwenden, kaputte Kaffeetassen zusammenkleben, mit polnischen Lastwagenfahrern über privaten Wodka-Import verhandeln und illegal polnische Handwerker beschäftigen. Die Autorin hat zugespielt, so sehr, dass man auch noch die Russin hinter der Polin erkennt, wobei dann weitere Szenen hinzuzufügen wären. Aber

das zu erklären, führt zu weit. Emmy Abrahamson, Jahrgang 1976, kennt den Osten; sie ist in Moskau aufgewachsen. Aber sie hat auch in London und Manchester studiert, in Amsterdam und Wien als Schauspielerin gearbeitet. Dort wird es auch etwas anders als in ihrer Heimat Schweden zugegangen sein. Über Verschiedenheiten wird sie nachgedacht haben. Verdienstvoll wäre es, wenn sie weiter darüber schreiben würde. »Herzchen, es ist nicht leicht, wenn zwei Kulturen aufeinanderstoßen«, sagt Alicjas schwedischer Vater am Telefon, als sie sich über den verschimmelten Käse beklagt. Mehr als das hat er im Buch nicht zu vermelden, zumal er gerade dienstlich in Kalifornien ist.

Also haben wir es ganz und gar mit dem Regiment der polnischen Mama zu tun, die durch ganz andere Lebensumstände geprägt ist, als Alicja sie kennt. Der Mangel steckt ihr noch

in den Knochen ebenso wie die Tatkraft, mit wenig Geld die Familie zu ernähren. Durchkommen und einander helfen nach eigenem Gesetz. Was für eine zauberhaft robuste Person: Beim Lesen schließt man sie ins Herz und kann ebenso auch Alicja verstehen, die erst einmal im geordneten Wohlstand ankommen möchte, den andere schwedische Kinder vielleicht schon wieder hinter sich lassen.

Das spießige Leben als Ideal? Da sieht man die weitgereiste Autorin insgeheim kichern. Aber in einem Haus, wo dauernd die Stromleitung durchtrennt wird, möchte sie wohl auch nicht leben. Andererseits wäre es manchmal gar nicht schlecht, wenn man etwas lockerer mit Alltagsschwierigkeiten umgehen könnte, statt jede kleine Störung sofort als Katastrophe zu empfinden. Wie richtet man eine große Hochzeit aus, wenn die Kochplatte sich nur langsam er-

wärmt? Irgendwie geht alles, scheint das Motto der Mutter zu sein, und sie beweist, dass es stimmt.

Jungen Lesern, für sie ist das Buch ja gedacht, wird auch noch eine kleine Geschichte von Liebe und Eifersucht geboten, die durch allerlei Verwicklungen zu einem guten Ende kommt. Wie großartig sich da die Mama verhält, wie sie alles von weitem durchschaut, wie sie leise versucht, Konflikte zu kitzeln, wie sie ihre weinende Tochter an den weichen Busen drückt. Und wie lebensweise ungerührt sie auf Alicjas Zweifel reagiert: »Wenn du jemanden magst, magst du ihn, und Punkt«, sagt die Mutter. »Das Leben ist kurz. Hab Spaß!«

Emmy Abrahamson: Widerspruch zwecklos oder Wie man eine polnische Mutter überlebt. Aus dem Schwedischen von Anu Stohner. Deutscher Taschenbuch Verlag. 215 S., br., 12,95 €.

Charlotte Gastaut zaubert ein Buch aus Musik
Prinz küsst Schwan

Von Silvia Ottow

Das Buch zum Ballett? Und dann noch für Kinder? Es war im vergangenen Jahr, als die französische Illustratorin Charlotte Gastaut aus einem der berühmtesten Ballette der Musikgeschichte ein edles Buch zauberte. Aus »Schwanensee« von Pjotr Iljitsch Tschaikowski wurde ein feines Bilderwerk in Gold, Taublenblau und Weiß. Zarte Scherenschnitte – von beiden Seiten zu betrachten – bilden grimmige Zauberer, filigrane Schwanenflügel, bauschige Kleider oder dämmerige Wälder ab. Sie begleiten nicht nur den Lauf der fantasievollen Erzählung von der schönen Prinzessin, die der böse Zauberer in einen weißen Schwan verwandelt, sondern fügen der Stimmung auf ganz eigene Weise eine neue Dimension hinzu.

Als das Schwanenmädchen zwischen Mitternacht und Morgendämmerung dem Prinzen begegnet und ihm von seinem traurigen Schicksal erzählt, sieht der Betrachter die beiden Gestalten in nachtblauer Farbe und lässt sich ganz unwillkürlich von Düsternis und Traurigkeit einfangen. »Vermag denn nichts, diesen Zauber zu brechen«, fragt der Prinz, dessen Herz vom Liebreiz der Schwanenprinzessin ergriffen ist, an dieser Stelle, und das Mädchen antwortet: »Nur wahre Liebe könnte uns befreien.« Schließlich ist sie nicht allein dem Fluch der Verwandlung zum Opfer gefallen, auch alle ihre Hofdamen scharen sich in Gestalt großer weißer Vögel um ihre einstige Herrin.

Blättern man um, haben Prinz und Prinzessin plötzlich weiße Konturen und schon sieht die Welt ein

wenig optimistischer aus. »Ich liebe Sie schon mehr als mein eigenes Leben«, beteuert der Prinz, und verspricht seiner Angebeteten, sie dem König und der Königin vorzustellen und zu heiraten.

Wie wir wissen, versucht der böse Zauberer mit dem grässlichen Rauschbar, diesen sympathischen Plan mit allen Mitteln zu durchkreuzen und den verliebten Prinzen mit seiner Tochter zu verwirren, die er in schwarze Federn gekleidet zu ihm schickt. Wäre der Prinz nicht so beherzt, die Liebe nicht so groß und löste nicht ein Übermaß von Weiß und Gold das unheilischwangere Nachtblau auf den blühenübersäten letzten Seiten dieses Buches ab, wer weiß, wie alles ausgegangen wäre. So aber können sich Alt und Jung am glücklichen Ende dieses schönen Märchens erfreuen, das schon Tausende von Zuschauern in legendären Tanzvorführungen bejubelten.

Irgendwie schafft es dieses Kunstwerk von einem Bilderbuch, in einem beim Anschauen die romantisch-dramatische Musik Tschaikowskis erklingen zu lassen und den dringenden Wunsch zu wecken, den weißen und den schwarzen Schwan beim Tanz auf der Bühne zu erleben. So kann ein Bilderbuch zwischen verschiedenen Ebenen der Kunst vermitteln. Die Scherenschnitte sehen übrigens nur filigran aus, sind aber in Wirklichkeit fast wie die Liebe zwischen Prinz und Schwanenprinzessin. Wenn man sich vom Happy-End überzeugt hat, kann man in Ruhe zurückblättern und jedes Detail studieren.

Schwanensee. Nach Tschaikowski. Illustriert von Charlotte Gastaut, Annette Betz Verlag; 44 S., geb., 25,95 €.

Im Anfang war das Wort

Das allererste Wort war *Nein*.
Es kann ja gar nicht anders sein.
Das *Ja* lässt alles, wie es war,
doch *Nein* schafft Neues wunderbar.



Das allerzweite Wort war *Du*,
und dann kam erst das *Ich* dazu.
Ich ohne *Du* gibt keinen Sinn,
denn *Du* erst zeigt mir, wer *Ich* bin.

Vom dritten weiß man's nicht genau,
vielleicht war's *Himmel* oder *Frau*,
Glück, *Liebe* oder *Apfelbaum*,
vielleicht *vergehen* oder *Traum*.

Mit Sprache spielen

Von Albanien bis nach China, von Großbritannien bis in die Türkei, von den Inuit bis zu den Kalunga spannt sich der lyrische Bogen im »Arche Kinder Kalender 2014«. Obiges Gedicht stammt von Martin Auer aus Österreich. Christine Brand hat sich davon zu einer kräftig farbigen Illustration inspirieren lassen. »Am Anfang war das Wort« – das passt zur ersten Woche

des Jahres. Und auch die folgenden 52 Kalenderblätter sollen zum vergnüglichen Spiel mit Sprache führen. »Sprache ausprobieren, ihrem Klang lauschen, merken, was sie übel nimmt und was sie gern mag«, wie Christine Nöstlinger im Vorwort schreibt.

Arche Kinder Kalender. 30 x 33cm, 60 Blatt, 18 €.

Auftritt einer neuen Gruselbuchserie: Jonathan Stroud und die »seufzende Wendeltreppe«

Nur Kinder können Geister spüren

Von Lilian-Astrid Geese

Als Jonathan Stroud vor einigen Jahren bei einer Lesung im Berliner Haus der Familie seinen knurrig-charmanten Dschinn Bartimäus vorstellte, der unerwartet und ungewollt in den Dienst des Londoner Zauberlehrlings Nathanael treten muss, brachte der Autor ein Flipchart und bunte Eddings mit. Er müsse einige mathematische Formeln skizzieren, sagte er damals, damit sein Publikum verstünde, warum es in der Reihe »Das Amulett von Samarkand«, »Das Auge des Golem«, »Die Pforte des Magiers« und »Der Ring des Salomon« geht.

Nun ist der erste Band einer neuen Gruselbuchserie erschienen. Auf

der Frankfurter Buchmesse hat der Autor schon einmal kräftig dafür geworben. Um die Gespensterjäger der Agentur »Lockwood & Co.« vorzustellen – Anthony Lockwood selbst, seinen Kompagnon George und Lucy, die Heldin der aktuellen Reihe –, hat er keine Mühe gescheut. Den Sicherheitsbeamten am Flughafen und auf dem Messegelände zum Trotz transportiert er in einer großen Reisetasche das Equipment, ohne das die Jagd auf Geister heute leider nicht mehr möglich ist: Metallsplitter, Silbergläser, Bannkreuzketten, Degen und Leuchtbomben.

Und gejagt werden müssen sie, die untoten Unholde, die nunmehr seit ewig vielen Jahren London und das englische Hinterland unsicher machen. Nach Einbruch der Dunkelheit kommen sie aus ihren Verstecken und Gräbern, und je nach Besuchertyp erschrecken, attackieren oder töten sie. Man unterscheidet dabei die eher harmlosen Lauerer oder Mauerklopper (Typ 1), die extrem gefährlichen Poltergeister und Wandler (Typ 2) und Typ 3 – die seltenen Geister, die sogar mit Menschen kommunizieren können, heißt es.

Verteidigen können sich nur die Kinder. Denn sie allein haben die Gabe, die Gruselwesen wahrzunehmen. Sie spüren die vier Anzeichen einer bevorstehenden Manifestation: den Eishauch, den jähen Temperaturabfall, der eintritt, sobald eine »Erscheinung« in der Nähe ist, die »Mladigkeit«, das »Miasma« oder das

»Kriechende Grauen«. Deshalb arbeiten sie für Agenturen, die sich auf die Geisterjagd spezialisiert haben.

Die einzige Firma, die nicht von Erwachsenen geleitet wird, ist Lockwood & Co., und sie steht im Zentrum von Strouds jüngster Geschichte.

Dem Inhaber Anthony und seinem aktuell einzigen Mitarbeiter George schließt sich die hochsensiblen Lucy an, die nach einer gescheiterten Säuberungsaktion in ihrer Heimatstadt nun in London nach neuen Aufgaben sucht. Lucy ist eine sympathische Heldin und bereichert Strouds Kollektion ausgefallener Protagonisten um eine neue Variante. Sie ist charmant, clever und eigenwillig. Nach einem missglückten

Start gelingt es ihr, eine heikle Operation glorios zu retten.

Viel soll nicht verraten werden. In Jonathan Strouds neuem Buch knistert es vor Spannung. Es geht um Abenteuer, Intrigen, böse und gute Geister und Menschen, um freche und mutige Kinder, und um großen Lesespaß. »Die seufzende Wendeltreppe« ist ein Roman für Jungs und Mädchen, für jüngere und ältere (auch erwachsene) Leser. Aber Vorsicht: Die Lektüre kann süchtig machen. Und Stroud schreibt Serien.

Jonathan Stroud: Lockwood & Co. – Die seufzende Wendeltreppe. Bd. 1. Übersetzt von Katharina Orgaß und Gerald Jung. cbj Verlag. 432 S., geb., 18,99 €.

Kritik an Gergijew Ein Held und seine Freunde

Von Martin Hatzius

Waleri Gergijew, 1953 in Moskau geboren, Intendant des Sankt Petersburger Mariinski-Theaters, Chefdirigent des London Symphony Orchestra und designierter Chefdirigent der Münchner Philharmoniker (ab 2015), hat sich den Ruf eines Botschafters der russischen Kultur erarbeitet. Seine Mission: die russische Musiktradition, insbesondere die russische Oper, hinaus in die Welt zu tragen.

Dirigent von Weltgeltung, nimmt er zugleich also die Rolle eines nationalen Mittlers ein, der nicht nur der russischen Musik, sondern auch deren Protagonisten Wege bahnt: Anna Netrebko etwa, heute international wie ein Popstar gefeiert, verdankt Gergijew ihre Entdeckung. Für »besondere Arbeitsleistungen vor dem Staat und dem Volk« verlieh Präsident Putin dem Dirigenten am 1. Mai 2013 den Titel »Held der Arbeit der Russischen Föderation« – quasi das Moskauer Bundesverdienstkreuz – und heftete ihm einen Orden an die Brust.

Wer Putins Freund ist, ist ein Feind der Freiheit. Es ist dieser derzeit auf allen Kanälen so populäre Kurz-Schluss, der Gergijew nun in Bedrängnis bringt. Unter dem Motto »To Russia with Love!« wollten schwul-lesbische Aktivistinnen gestern Abend in München gegen eine homosexuellenfeindliche russische Politik demonstrieren, mit der sie Gergijew in Verbindung bringen. Anlass war ein Konzert des Dirigenten mit seinem künftigen Orchester. Auch im Münchner Stadtrat wurde die Personalie Gergijew erneut diskutiert. Kulturreferent Hans-Georg Küppers sieht jedoch »absolut keinen Grund, den Vertrag nicht einzuhalten«, wie er gestern sagte.

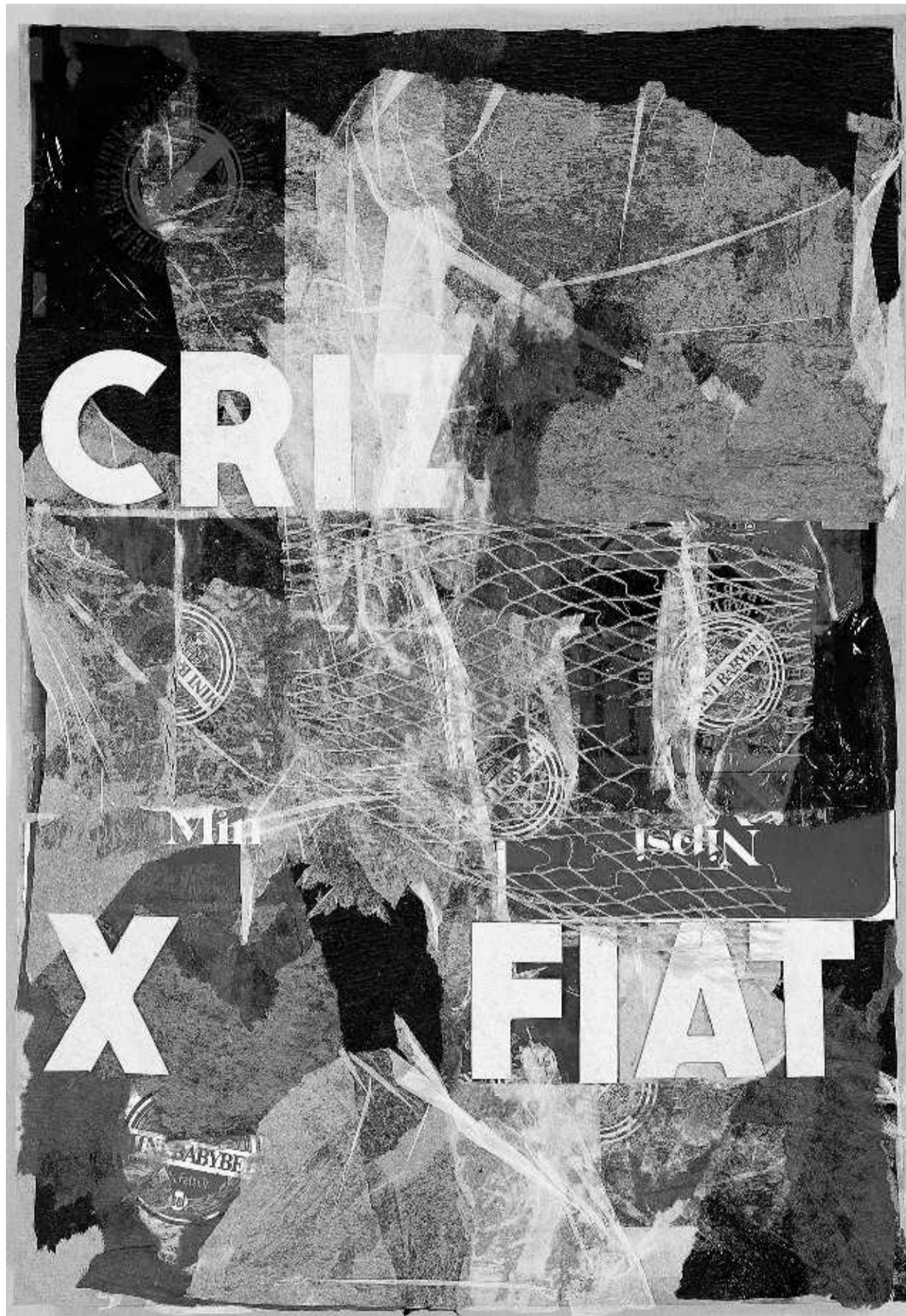
Auf einer Pressekonferenz am Dienstag hatte Gergijew darauf beharrt, für die Kunst, nicht für die Politik verantwortlich zu sein, und sich gleichzeitig von jeglicher Ausgrenzung distanzieren. Ähnlich wie Netrebko, die kürzlich ebenfalls dazu gedrängt worden war, ihre Einstellung zur Homosexualität öffentlich kundzutun, hatte Gergijew schon Anfang November geschrieben, dass er »seit drei Jahrzehnten mit Zehntausenden von Menschen aller Nationen und Lebensweisen« zusammenarbeitet. »Viele von ihnen sind echte Freunde geworden.« Sich pauschal von



Foto: imago/ITAR-TASS

Putin zu distanzieren, lehnt Gergijew offenbar ab. So, wie er es ablehnen würde, sich von Sergej Dzagilew oder Pjotr Tschaikowski zu distanzieren, schwulen Galionsfiguren jener russischen Kultur, für deren Vermächtnis Gergijew sich einsetzt. Putins Kulturpolitik hob er lobend hervor.

Das im Westen inkriminierte russische Gesetz, das »Propaganda von nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen gegenüber Minderjährigen« unter Strafe stellt, ist im Juni 2013 von der Duma verabschiedet worden. 436 Ja-Stimmen stand eine Enthaltung entgegen. Umfragen zufolge befürworten 88 Prozent der russischen Bevölkerung »Putins« Gesetz. Das sind Zahlen, die ein entwickeltes Toleranz- und Emanzipationsverständnis erschüttern. Aber Anzeichen mangelnder Demokratie ist ein Gesetz, das solch erdrückende Meinungsmehrheiten widerspiegelt, nun gerade nicht.



Herbert Kunze: o. T. (Fiat), um 1977, Collage

Foto: Repro Falblatt, © Staatliche Kunstsammlungen Dresden

Dresden: Gedächtnisausstellung zum 100. Geburtstag von Herbert Kunze

Der Erneuerer der Formen

Von Klaus Hammer

Der 1913 in Chemnitz geborene und 1987 in Dresden verstorbene Herbert Kunze musste den Zweiten Weltkrieg von Anfang bis Ende mitmachen und konnte sich erst spät, 1948 aus sowjetischer Gefangenschaft zurückgekehrt, als Künstler eigenständig entwickeln. 1954 bis 1975 lehrte er als Dozent an der Hochschule für Bildende Künste in Dresden und scharte einen Kreis von jungen, gleichstrebenden Künstlern um sich – Eberhard Göschel, Veit Hofmann, Gerda Lepke, Sigrid Noack, Stefan Plenkens und andere –, denen er künstlerische Anregungen und Ausdrucksmöglichkeiten vermittelte. Gemeinsam erschlossen sich Lehrer und Schüler die künstlerische Moderne und Postmoderne.

Im abgehackten Rhythmus knapper Formen geordnete Überfülle, der doch funkelnde, berstende Leuchtkraft verliehen ist

Seinen realistischen Stil in einem vereinfachten Formenkanon und strenger, wenn auch malerischer Struktur sollte er noch bis in die 1960er Jahre beibehalten. Er bekannte sich zur Dresdner Malerschule und hat ein Thema (Landschaften, Stilleben, Figurenbilder) immer wieder bearbeitet, variiert, in verschiedenen Techniken umgesetzt. Doch bald strebte Kunze zu einer gegenstandslosen Malerei, vor allem in der Collage, aber ebenso in der Zeichnung und den verschiedenen drucktechnischen Verfahren.

Über Materialdruck und Collage, über die mit dem Pinsel in chinesischer Tusche ausgeführte Kalligrafie erschloss er als einer der wichtigsten Vertreter des Informel der Kunst in der DDR neue gedankliche, kompositionelle und ästhetische Impulse.

Die jetzige Gedächtnisschau zu seinem 100. Geburtstag in der Dresdner Villa Eschbach ist nicht die umfassende Jubiläumsausstellung geworden, die Kunze verdient hätte. Sie beschränkt sich auf eine Auswahl der im Besitz des Kunstfonds des Freistaates Sachsen befindlichen Werke. Dennoch ist sie verdienstvoll, regt sie doch zu einer Wieder- und Neubeschäftigung mit diesem (post-)modernen Künstler und seiner innovatorischen Rolle in der und für die ostdeutsche Kunst an.

Im Spätwerk Kunzes entfalten sich die Farben wie verschwommene Lichtquellen vor den Augen. Das Gefühl von Rhythmik, Wiederholung und Entfaltung überträgt sich ganz selbstverständlich auf seine Bilder (Komposition III, 1975, Materialdruck). Die spinnwebartige, fließende, exakte Linie, die sich um die Ecken seiner Fantasien herum schlängelt, arbeitet in den Grenzen von nachkubistischen Überschneidungen, Transparenzen und spielt mit den Reizen des Figurativen. Diese Formen schildern eine imaginäre, zwischen sehr nah und sehr fern alternierende Bilderwelt. Ein Kontinuum von kleinen Episoden (Kurven, Schleifen, Tupfern und Spritzern) breitet sich aus. Oder die Oberfläche wird mit wenig Kontrasten von Hell und Dunkel zum Nebel, zu einem subtil modulierten, luftigen Raum, der nichts mehr mit dem kubistischen Gitterraum zu tun hat (o.T., blau, grau, weiß, lichterocker, 1980, Öl auf Papier auf Leinwand).

Die Collage-Technik führt zu einer neuen Versinnlichung der Kunst,

indem sie auf dem Weg über die Abstraktion mit gegenstandsunabhängigen Mitteln, eingeklebten Papier- oder Stoff-Fragmenten oder Sandbeifügung zur Strukturierung der Farbflächen die ursprünglich zerstörten Gegenstände assoziativ wieder auferstehen ließ, nicht mehr als illusionistisches Anschauungsbild des Betrachters.

Kunzes Farbholzschnitte, seine collagierten Gemälde, Kalligrafien, Combine-Paintings (die Verbindung von zweidimensionalen Bildern und

plastischen Objekten) zeigen seine Vorliebe für lockeres Verknüpfen einer Reihe von assoziativen Bildern um ein Zentralthema. Durch seine Combines (etwa »o.T. (Fiat)«, um 1977, Collage) läuft eine Kette von sich summierenden Bedeutungen. Kunze vermag eine Überfülle zu ordnen und kann ihr doch funkelnde, berstende Leuchtkraft verleihen, im abgehackten Rhythmus knapper Formen, die über etwas gemalt sind, was wie ein abstrahierter Blick aus einem Fenster auf die Straße anmutet. Kunzes Kunst kommt aus einem

Denk- und Meditationsprozess, der ihn in der Linie das Gleichnis zum Leben, Schicksal und dessen Verflechtungen sehen lässt. Seine Arbeiten geben Formsignale, Gestaltzeichen, Erlebnisberichte, Bewegungsabläufe, Vibrationen, Klangbilder – eine Verbindung der Elemente zu einer persönlich visuellen Poesie.

Villa Eschbach / Dresdner Volksbank Raiffeisenbank eG, Georgenstr. 6 (am Albertplatz), 01097 Dresden, Mo, Mi 8.30-16 Uhr, Di, Do 8.30-18 Uhr, Fr 8.30-13 Uhr, bis 10. Januar 2014.

Neben dem Goethe-Haus in Frankfurt am Main soll nun endlich das Deutsche Romantik-Museum entstehen

Plädoyer der Dichter

Von Klaus Bellin

Der Traum ist alt. Schon vor dem Zweiten Weltkrieg hat man in Frankfurt am Main über ein Romantik-Museum nachgedacht, eine Herberge für die reichen Schätze der romantischen Dichter, die man im Freien Deutschen Hochstift seit hundert Jahren zusammengetragen hat. Ein Gebäude, nahe beim Geburtshaus Goethes am Großen Hirschgraben, war schon gefunden, aber ehe die Idee reifen konnte, ging es im Bombenhagel verloren.

Das ebenfalls zerstörte Goethe-Haus ist nach 1945 wieder aufgebaut worden, das Romantik-Museum dagegen blieb ein unerfüllter Wunsch – bis heute. Denn inzwischen sind alle, die sich das Projekt nie aus dem Kopf schlagen ließen, überzeugt, den Plan doch noch realisieren zu können. Das Grundstück neben dem Goethe-Haus ist frei geworden, und dort, welche ideale Lösung, soll nun das Deutsche Romantik-Museum entstehen.

Freilich: Noch fehlt eine Menge Geld. Der Bund will den Bau mit einer beträchtlichen Summe unterstützen, doch ein Teil der benötigten



Novalis (1772 – 1801)

sechzehn Millionen Euro muss durch Spenden aufgebracht werden. Ein Fischer-Taschenbuch soll dabei helfen, ein Bändchen mit den schönsten Texten der deutschen Romantik, herausgegeben von Anne Bohnenkamp, der Direktorin des Hochstifts und des Goethe-Hauses und wohl eifrigsten



Johann Ludwig Tieck (1773 – 1853)

Kämpferin für das Museum. Auf beinahe zweihundert Seiten hat sie Perlen romantischer Dichtkunst versammelt: Verse von Eichendorff und Clemens Brentano, Justinus Kerner und Heine, Prosatexte und Briefe von Novalis und Tieck, Wackenroder, E. T. A. Hoffmann und den Brüdern



Joseph v. Eichendorff (1788 – 1857)

Grimm, Bekanntes und Unbekanntes, eine wunderbare Anthologie. Da ist vieles vertreten, was man der Romantik in Deutschland verdankt: Novalis mit seiner Forderung »Die Welt muß romantisirt werden«, Seiten aus dem »Godwi« von Clemens Brentano, Friedrich Schlegels Rede über die

Mythologie, Schleiermachers Gedanken zum Übersetzen, dazu all die zauberhaften Verse, die einer Epoche ihren poetischen Ausdruck gegeben haben: »Es sang vor langen Jahren, / Wohl auch die Nachtigall« (Clemens Brentano), »Müde bin ich, geh zur Ruh« (Luise Hensel), »Fremd bin ich eingezogen, / Fremd zieh ich wieder aus« (Wilhelm Müller) oder »Schläft ein Lied in allen Dingen« (Eichendorff).

»Es geht um Poesie« steht auf dem Cover des Bändchens. Der Titel meint auch die »einmalige Chance«, wie Anne Bohnenkamp sagt, das Ensemble von Goethe-Haus und Goethe-Museum »um den fehlenden öffentlichen Ort für die Literatur der Romantik zu erweitern«. Wer sich das Büchlein zulegt, hilft, das Vorhaben zu realisieren: Mit dem Kauf spendet er zwei Euro für den Bau des Museums.

Es geht um Poesie. Schönste Texte der deutschen Romantik, hg. von Anne Bohnenkamp, Fischer Taschenbuch, 192 S., 8 E.

Fotos: Archiv

Revolutionärin im Schlabberpulli

Ski-Freestylerin Lisa Zimmermann ist erst 17, aber Medaillenkandidatin für die Olympiapremiere im Slopestyle

Lisa Zimmermann hat Slopestyle revolutioniert. Die 17-Jährige ist eine der großen deutschen Skihoffnungen für die Olympischen Spiele im neuen Wettbewerb.

Von Marco Mader, Copper Mountain

Lisa Zimmermann sieht nicht gerade aus wie eine Revolutionärin. Über dem zierlichen Körper der 17-Jährigen hängt ein langer Schlabberpulli, das struppige blonde Langhaar hat sie unter einer mächtigen Mütze notdürftig verpackt, und in ihrem Gesicht sind noch Spuren der Pubertät zu erkennen. Kurzum: Lisa Zimmermann sieht aus wie ein ganz normaler Teenager. Wer dieses dünne Mädchen aus dem oberbayerischen Bad Aibling sieht, traut ihr nicht zu, dass sie ihren Sport in eine neue Dimension geführt hat – und als eine der größten deutschen Hoffnungen für Olympia in Sotschi gilt.

Zimmermann ist Ski-Freestylerin, ihre Disziplin Slopestyle gehört in Russland erstmals zum olympischen Programm. Zimmermann wird sich dort auf Skiern über mächtige Schanzen katapultieren und in der Luft allerlei waghalsige Tricks vollführen. So, wie sie es vor rund einem Jahr im Stubaital in Österreich getan hat, als sie das Slopestyle revolutionierte. Sie war 16 und stand als erste Frau einen »Double Cork 1260«. »Durch den Double hat die ganze Welt kapiert, wer ich bin«, sagt sie nicht ohne Stolz.

Dieser »Double« ist ein Sprung von höchster Schwierigkeit mit doppelter Überkopfdrehung und dreieinhalb Schrauben, Hände an den Skiern. Viel mehr haben auch die besten Jungs nicht drauf. Zimmermann aber beschreibt den »Double«, als würde sie über eine Rolle vorwärts reden. »Man braucht einfach die Überwindung, in der Luft noch mal reinzudrehen und nicht aufzureißen. Das ist eigentlich schon alles«, sagt sie lächelnd.

Einen Tag, nachdem ihr das zum ersten Mal gelungen war, erhielt sie ihren ersten Heiratsantrag, einen weiteren Tag später klopften die ers-



Stürze gehören dazu: Lisa Zimmermann vom WSV Oberaudorf dreht Salts und Schrauben auf Skiern.

Foto: privat

ten Sponsoren an. Dabei war Zimmermann mit 14 noch Eiskunstläuferin. Auf Skiern stand sie damals höchstens in den Ferien.

Das Eislaufen bestimmte ihr Leben, seit sie acht war. Als Teenager war sie auf dem Sprung in den Nationalkader, sie trainierte täglich vier, fünf Stunden am Olympiastützpunkt München, sechsmal die Woche. Erst ein freies Wochenende im Jahre 2010 veränderte alles: Zimmermann fing im Urlaub Feuer fürs Skifahren. Auf den Brettern, die für sie inzwischen die Welt bedeuten, fühlte sie sich bald »viel freier« als auf Kufen. Irgend-

wann hatte sie ihre kritische Mama überzeugt und durfte zum Slopestyle wechseln.

Ihre Eislaufvergangenheit kam ihr da zugute. Die antrainierte Körperspannung half ebenso wie »das Gefühl fürs Drehen und die Geschwindigkeit«, sagt sie. Fast jeden Stunt, den Zimmermann in der Frühphase ausprobierte, stand sie im ersten Anlauf. Beim »Double« war das anders. Obwohl sie »nicht lebensmüde irgendwas probiere«, sondern sich an neue Tricks »sehr strukturiert« herantaste, stürzte sie beim ersten Schneeveruch schwer. Das Resultat

war eine Gehirnerschütterung und ein Helikopterflug ins Krankenhaus. »Das gehört in unserem Sport dazu«, sagt sie schulterzuckend.

Als echte Skifahrerin fühlt sich Zimmermann aber noch immer nicht. »Beim Slalom würde ich definitiv nur bis zur zweiten Stange kommen«, sagt sie und lacht. Dennoch gewann sie im vergangenen März Slopestyle-Gold bei der Junioren-WM. Beim ersten Weltcup des Olympiawinters Ende August in Neuseeland belegte sie Platz drei. Den Sieg holte sich die Norwegerin Tiril Sjåstad Christianen, die viele Experten als Favoritin

für Olympia sehen. »Aber wenn Christiansen nicht ihren besten Tag hat, kann Lisa den Lucky Punch landen«, sagt Tobi Reindl, der die deutschen Free-Skier als Trainer und Manager betreut.

An Olympia, sagt Lisa Zimmermann, denke sie noch nicht so oft. Für die Schülerin der Sport-Eliteschule in Berchtesgaden geht es zunächst darum, ihre »Runs« einzustudieren. Deshalb startet sie ab Freitag beim Weltcup in Copper Mountain (USA). »Aber klar«, fügt sie an, »wenn ich erstmal in Sotschi bin, will ich auch eine Medaille.« SID

NACHRICHTEN

Borussia Dortmund wird sein Achtelfinalhinspiel in der Fußball-Champions-League bei Zenit St. Petersburg (25. Februar) nicht vor ausverkauftem Haus absolvieren. Die Europäische Fußball-Union bestrafte den russischen Spitzenklub für das Fehlverhalten seiner Fans bei Austria Wien (1:4) mit einer Teilsperre des heimischen Petrowski-Stadions. Zudem muss der Klub ein Bußgeld in Höhe von 40 000 Euro zahlen. Die Anhänger waren mit rassistischen Verhelfungen sowie dem Abbrennen von Feuerwerkskörpern negativ aufgefallen.

Boris Becker wird neuer Trainer des Tennis-Weltranglistenzweiten Novak Djokovic. Die Zusammenarbeit mit dem dreimaligen Wimbledonssieger beginne laut Djokovic Mitte Januar bei den Australian Open, wo der Serbe als Titelverteidiger antreten wird.

Vital Heynen übernimmt als Vereinstrainer den polnischen Erstligisten Transfer Bydgoszcz. Wie der Deutsche Volleyball-Verband mitteilte, soll der 44-jährige Belgier das Schlusslicht aus der Krise führen. Heynens Tätigkeit als Bundestrainer sei davon nicht betroffen, er werde das Nationalteam wie geplant ab dem 19. Dezember auf das entscheidende WM-Qualifikationsturnier in Ludwigsburg Anfang Januar vorbereiten. Agenturen/nd

In Zahlen

Handball: Bundesliga, Männer, 19. Spieltag: Göppingen - Flensburg-Handewitt 28:28.

Eishockey: Länderspiele, Männer, Deutschland - Lettland 3:4 n.P.

TV-Tipp

12.45 - 18.00, 19.30 - 20.45 Eurosport: Winter-Universiade in Trentino, Skilanglauf: Staffeln. Ski alpin: Slalom Männer. 19.45 - 21.45 Sport1: Basketball: Euroleague Bamberg - Kaunas. 21.45 - 0.00 Sport1: Darts: WM in London.

Stoppen, drehen, schießen – bumm!

Sechs Fußballbücher, die man dem Fan guten Gewissens unter den Weihnachtsbaum legen kann

Die WM steht vor der Tür, also fluten die Verlage den Markt wieder mit Fußballbüchern. Darunter sind Flachpässe, Lattenkracher und Volltreffer. Eine Auswahl der Titel, die unter den Tannenbaum gehören.

Von Volker Stahl

»Schöne Fußballbücher« wollen sie machen, verkünden die »Spielmacher« vom gleichnamigen Verlag. Mit dem von Ronald Reng verfassten Werk »Die Weltmeister« ist der Anpfiff gelungen. Alle deutschen Titelgewinner der Weltmeisterschaften 1954, 1974 und 1990 werden prägnant und mit aussagekräftigen Fotos porträtiert. »Kurz und heftig waren seine Beiträge zum Spiel, stoppen, drehen, schießen – bumm!«, heißt es treffend in dem Beitrag über den 74er-Weltmeister Gerd Müller, der das 2:1-Siegtor im Finale gegen die Niederlande in eben jenem unahnlichem Stil erzielte. Geradezu prosaisch beginnt der Beitrag über die gestochenen Pässe Uwe Beins, der

1990 im römischen Finale nur auf der Bank mitjubeln durfte, weil es ein Überangebot an herausragenden Spielern gab: »Er konnte auf dem Spielfeld sehen, ohne zu schauen.«

Ronald Reng: Die Weltmeister. Spielmacher Verlag. 216 S., geb., 16,80 €.

Uneingeschränkt empfehlenswert ist auch Jimmy Burns Geschichte des spanischen Fußballs. Die jüngsten Erfolge der »La Roja« haben viele ausländische Wurzeln. Die jahrzehntelange durch Animositäten zwischen Spaniern, Katalanen und Basken geschwächte Nationalmannschaft wäre ohne den »Cruyff-Faktor« nie Weltmeister geworden, lautet eine These des Autors. Die niederländische Legende hatte dem FC Barcelona als Trainer den von dem La Roja genannten Nationalteam später adaptierten Tiki-Taka-Stil verordnet.

Jimmy Burns: La Roja – Eine Geschichte des spanischen Fußballs. Die Werkstatt. 384 S., brosch., 19,90 €.

Nicht nur den gepflegten Kurzpass beherrschte auch ein anderer ganz Großer des Fußballs: Pelé. In seinen 1976 erstmals erschienenen Comic-Geschichten über »Pelezinho« lässt der Zeichner Mauricio de Souza – sehr frei erzählt – die Jugend des brasilianischen Idols aufleben. Pelezinho legt darin fieses Hundefängern das Handwerk, profiliert sich als Streitschlichter seiner Fußball-Gang und hilft, natürlich immer fußballspielend, bei der Resozialisierung des Chefs einer Räuberbande – ein großer Spaß, nicht nur für junge Leser! Übrigens: In Brasilien lernen viele Kinder seit Jahrzehnten mit Hilfe der Comicstrips des 1935 geborenen Cartoonisten das Lesen.

Mauricio de Souza: Pelezinho. Susanna Rieder. 96 S., geb., 12,95 €.

Pelé ist Kult, der Frauenfußball (noch) nicht. Zahlreiche Kultur- und Sportwissenschaftler(innen) zeichnen in dem von Markwart Herzog herausgegebenen Band »Frauenfußball

in Deutschland« die frühen Probleme der Fußballerinnen und ihre Entwicklung bis heute nach. Anfangs als »balltrende Amazonen«, die »Furien gleich« über den Platz »gehetzt« seien, verunglimpft, eroberten sich Frauen im Laufe der Jahrzehnte den grünen Rasen Meter für Meter. Die Beiträge in der wissenschaftlichen Dokumentation arbeiten den Wandel der gesellschaftlichen Einstellungen zum Frauenfußball (»Vom Mannweib zur sexy Kickerin«) heraus. Zugleich widmen sie sich Randthemen wie »Frauenbilder im Fußballfilm« und skizzieren die sportliche Geschichte mittels Fallbeispielen aus Frankfurt am Main, Bielefeld, Österreich und der DDR. Carina Linne, Autorin des Beitrags »Bravo, Mädels«, nennt Dresden als »Ausgangspunkt« für die Entwicklung des Frauenfußballs im Osten Deutschlands.

Markwart Herzog (Hrsg.): Frauenfußball in Deutschland – Anfänge, Verbote, Widerstände, Durchbruch. Kohlhammer. 360 S., brosch., 25,90 €.

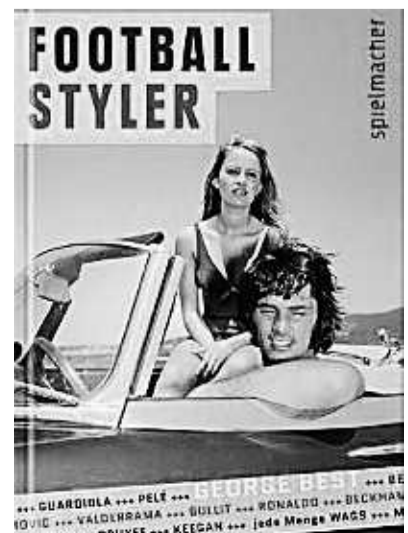
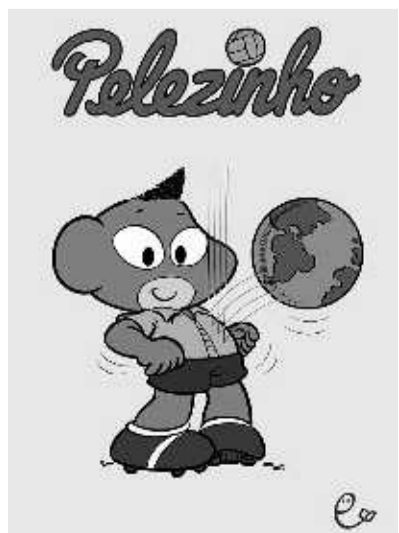
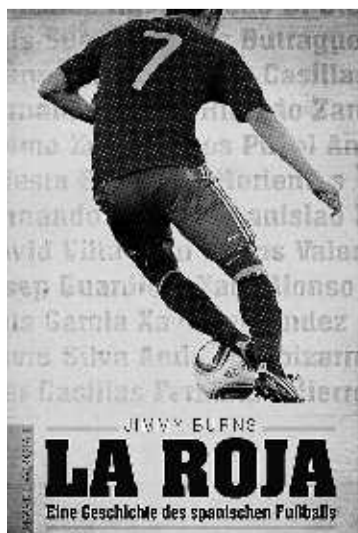
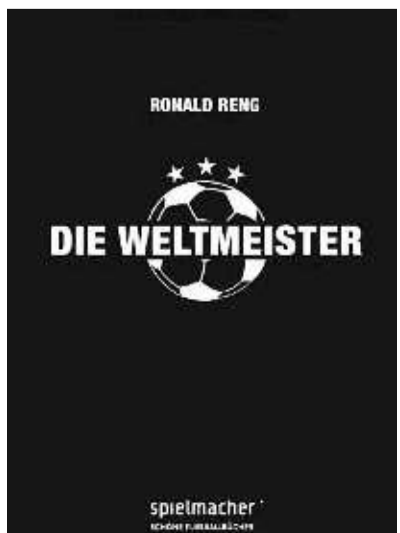
Im Osten wie im Westen Europas sieht sich der Fußball mit dem Problem Rechtsradikalismus konfrontiert. Besonders berüchtigt ist die hochpolitisierte Ultraszene in Italien, schreibt Gerrit Hoekman in seinem Buch »Die braune Wand«. Eins der schlimmsten Beispiele sind die Fans von Lazio Rom, dem Klub, für den Miroslav Klose Tore schießt. In deren Block hängt die Hakenkreuzfahne, seit die Faschisten Mitte der 1990er-Jahre die Südkurve erobert haben. In Osteuropa eilt mehreren Tausend Anhängern von Spartak Moskau ein ähnlich übler Ruf voraus. Sie fantasieren vom »weißen Sport Fußball« und skandieren, den Hitler-Gruß zeigend, »Russland den Russen«. »Wohl nirgendwo sonst in Europa sind militante, rechtsradikale Fans in der Lage, den Fußball so zu terrorisieren wie in Russland«, schreibt Hoekman. Das Buch liefert einen guten Überblick über die rechte Fußballszene in Europa, ist aber leider kaum analytisch.

Gerrit Hoekman: Die braune Wand –

Rechtsradikale Fußballfans in Europa. Unrast. 96 S., brosch., 7,80 €.

Die letzte Empfehlung ist das von Thomas Lötz herausgegebene Buch »Football Styler«. Es ist »nur« ein Bilderbuch – aber was für eins! Zu sehen sind: Der walisische Dribbelkönig George Best im Swimmingpool – mit Freundin und Champagner, Roberto Baggio Zopf, Carlos Valderrama Korkenziehermatte, Christian Zieges Irokesen-Schnitt, Ex-Bundestrainer Helmut Schön mit Gartenschlauch, Franz Beckenbauer in Stiefeln und Fischgrätmantel sowie auf Autos sitzende Fußballer: Toni Schumacher (Opel), Pierre Littbarski (Honda), Kevin Keegan (BMW) und Günter Netzer (selbstverständlich Ferrari). Dass dem Ex-Mönchengladbacher ebenso wie Popikone David Beckham ein eigenes Kapitel gewidmet wurde – Ehrensache. Viel Spaß beim Lesen und Verschenken!

Thomas Lötz (Hrsg.): Football Styler. Spielmacher. 288 S., geb., 19,80 €.



NACHRICHTEN

Bis zum Ende keine Reue

Der britische Postzugräber Ronald Biggs stirbt im Alter von 84 Jahren in London

Ein Schneeleopard ist in einem belgischen Safaripark erschossen worden. Das Tier hatte eine Scheibe seines Geheges durchbrochen und am Dienstag eine stundenlange Suche im Park »Monde Sauvage« nahe Aywaille ausgelöst, so der Rundfunksender RTBF. Die Flucht löste Großalarm auch in der Umgebung des Parks aus. Der Park wurde abgeriegelt, die Schüler einer nahen Schule mussten im Gebäude bleiben. Angestellte des Parks entdeckten das Tier in der Nacht zum Mittwoch in einem Dickicht. »Einer der Wächter fand sich plötzlich im Dunkeln mit dem Tier konfrontiert, sagte der Inhaber des Parks, Joseph Renson. »Er hatte keine andere Wahl, als zu schießen.«

Zwei Frauen aus Irland und Großbritannien sind wegen Drogenschmuggels in Peru zu je sechs Jahren und acht Monaten Haft verurteilt worden. Zudem müssten beide eine Strafe von 10 000 Sol (rund 2600 Euro) Strafe zahlen und 280 Tage gemeinnützige Arbeit leisten, so das Gericht am Dienstag. Die 20-Jährigen waren im August am Flughafen von Lima festgenommen worden, als sie mehr als elf Kilogramm Kokain aus Peru nach Spanien schmuggeln wollten. Die Drogen waren rund 1,7 Millionen Euro wert.

Ein Winter fast wie ein Frühling: Für Donnerstag sagen die Meteorologen Höchsttemperaturen im zweistelligen Bereich voraus. Ursache ist eine von Süd nach Nord ziehende Mischung aus Hoch- und Tiefdruckgebieten. Große Hoffnung auf weiße Weihnachten macht der Deutsche Wetterdienst nicht – die Prognose lautet: »Leider unbeständig und mild.«

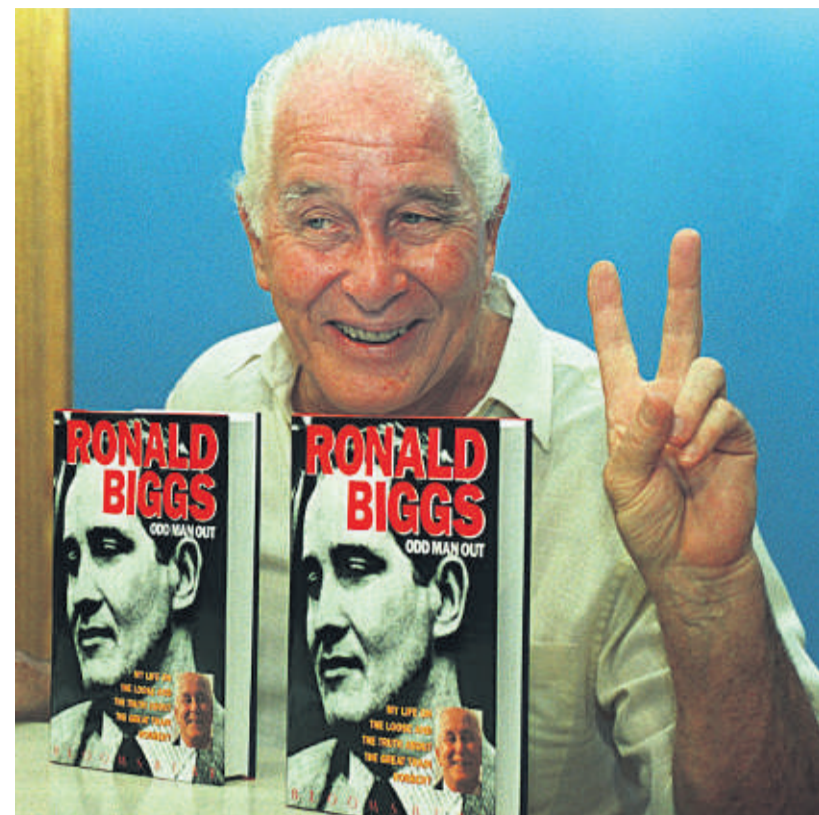
China hat erstmals einen Todesfall gemeldet, der auf das bislang nur unter Vögeln bekannte Virus H10N8 zurückgeführt wird. Eine 73-Jährige starb am 6. Dezember in einem Hospital in Nanchang, Hauptstadt der Provinz Jiangxi, wie die Gesundheitsbehörden erst am Mittwoch mitteilten. Die Frau sei sechs Tage vorher mit einer schweren Lungenentzündung eingeliefert worden, habe einen Herzinfarkt erlitten und sei an Atemversagen gestorben. Sie hatte einen Markt mit lebendem Geflügel besucht.

Eine Jesuskindfigur ist das dritte Jahr in Folge aus einer Krippe auf dem Aristoteles-Platz im griechischen Thessaloniki gestohlen worden. Die Behörden vermuten, dass es sich bei den Übeltätern um eine autonome atheistische Gruppierung handelt. 2009 hatten Unbekannte das Jesuskind durch einen Fernseher ersetzt und darauf »Fortsetzung auf Eurem Bildschirm« geschrieben. 2010 wurde die Krippe angezündet.

Vierzehn Kamele wurden von einem Reisezug im Süden Israels auf den Gleisen erfasst und getötet. Wie der Rundfunk meldete, ereignete sich der Unfall in der Nacht zum Mittwoch auf der Strecke zwischen den Städten Dimona und Beersheba in der Negev-Wüste. Agenturen/nd



Der am 8. August 1963 von Biggs und Co. überfallene Zug



Biggs 1994 in Rio mit seiner Biografie

Ronnie Biggs war der berühmteste der britischen Zugräuber von 1963. Nun ist er im Alter von 84 Jahren verstorben. Er lebte 30 Jahre auf der Flucht, die meiste Zeit in Brasilien. Bereut hat er sein Verbrechen nie.

Von Gabriel Rath, London

Sein Talent für den richtigen Zeitpunkt blieb bis zum letzten Augenblick unübertrefflich: Ausgerechnet an dem Tag, an dem die BBC einen Spielfilm über den großen Postzugraub von 1963 im Hauptabendprogramm hatte, endete am Mittwoch in London das Leben des wohl berühmtesten Angehörigen der Bande. Ronald (Ronnie) Biggs verstarb im 84. Lebensjahr in einem Pflegeheim im Nordlondoner Bezirk East Barnet.

Im Großen Postraub, der als »The Great Train Robbery« in Großbritannien fast mystische Verehrung genießt und dessen 50. Jahrestag 2013 umfassend begangen wurde, spielte Biggs nur eine marginale Rolle. Für den Coup am 8. August 1963 – Biggs' Geburtstag – warb er einen Ingenieur an, der aber die ihm gestellte Aufgabe nicht erfüllen konnte. Dennoch erbeutete die 15-köpfige Bande beim Überfall auf den geheimen Geldtransport zwischen Glasgow und London 2,6 Millionen Pfund – nach heutigem Wert rund 46 Millionen Pfund (55 Millionen Euro).

Wenig später von der Polizei gefasst wurden die Täter im April 1964 zu langen Haftstrafen verurteilt. Biggs wurde zu 30 Jahren verurteilt, aber nach 15 Monaten gelang ihm die

Flucht aus dem Hochsicherheitsgefängnis Wandsworth, indem er mit einer Leiter über die Befestigungsmauer stieg. Eine weltweite Verfolgungsjagd – Biggs hielt sich zuerst in Australien auf und setzte sich 1970 nach Brasilien ab – setzte ein. Der Mythos Ronnie Biggs war geboren.

Da Brasilien damals kein Auslieferungsabkommen mit Großbritannien hatte, konnte sich Biggs sicher fühlen. Als wollte er der Polizei in seiner alten Heimat eine Nase drehen, ließ er sich für mehrere Illustrierte am Strand von Rio fotografieren (gerne mit Prominenten), gab eifrig Interviews und nahm Platten mit den Sex Pistols (»No One Is Innocent«) und den Toten Hosen (»Carnival in Rio«) auf. Den Medien erklärte er: »Nicht nur bereue ich nicht, was ich getan

habe. Ich bin sogar stolz darauf, dass ich eine Rolle in dem größten Verbrechen des Jahrhunderts hatte.«

Nachdem sein Anteil der Beute längst aufgebraucht und seine Gesundheit nach mehreren Schlaganfällen ernsthaft in Mitleidenschaft gezogen war, kehrte er 2001 nach Großbritannien zurück. Die »Sun« zelebrierte die Reise wie die Rückkehr eines Königs. Dennoch musste er wieder hinter Gitter. Ohne seine jahrzehntelange Flucht wäre er zu der Zeit bei guter Führung längst frei gewesen. So allerdings kam er erst 2009 durch eine Amnestie des damaligen Innenministers Jack Straw nach massivem öffentlichem Druck frei.

Von Resozialisierung blieb Biggs freilich unbeschadet: Er zeigte sich mit dem charakteristischen Victory-

Zeichen und völlig reuelos. Für neue Straftaten war er aber wohl schon zu alt und zu krank. Die letzten Jahre verbrachte er in einem Pflegeheim, zuletzt konnte er nur mehr mit Zeichen oder Schrift mit seiner Umwelt kommunizieren. Zuletzt wurde er im März 2013 auf dem Begräbnis seines Mittäters Bruce Reynolds in der Öffentlichkeit gesehen.

Biggs war das letzte lebende Mitglied der Bande von 1963. Ihr Überfall gilt vielen heute beinahe als »Gentleman-Verbrechen« in Tradition eines Robin Hood. Nichts könnte fern von der Wahrheit sein. Der Zugführer des Postzugs erlitt schwere Verletzungen, von denen er sich nie mehr erholte. Seine Witwe sagte gestern: »Biggs war kein Held. Er war ein vollkommener Bösewicht.«

Rundbrot, Stroh und Lichterketten

Weihnachten hat es in Bulgarien nicht leicht, das anrührende Brauchtum wird nur noch in entlegenen Dörfern gepflegt

Im Wandel der Zeiten wandelte sich in Bulgarien auch die Art und Weise, das Weihnachtsfest zu begehen. Westliche Supermarktmärkte drängen immer früher in das Weihnachtsgeschäft.

Von Thomas Frahm, Sofia

Leicht hatte es Weihnachten nie in Bulgarien, und das nicht nur wegen der im Westen »üblichen Verdächtigen«, den Kommunisten. Die haben sich die Tatsache zunutze gemacht, dass der Weihnachtsmann bekanntlich einen roten Rock trägt. Sie taufen ihn in »Djado Mraz« (Väterchen Frost) um und ließen ihn seine Bescherung zum Jahreswechsel vorkommen. Alle waren zufrieden – die Brauchtumsbedürftigen und die sektseligen Partylöwen.

Doch schon vor den Kommunisten trat Weihnachten im orthodox geprägten ost- und südosteuropäischen

Kulturraum viel stärker hinter das eigentliche christliche Hauptfest, Ostern, zurück – anders als im katholischen Europa. In den blattgoldschimmernden orthodoxen Kirchen herrscht das ganze Jahr Ostern, denn ihre Festlichkeit will jedem Eintretenden sagen: Wer an die Auferstehung Jesu glaubt, der darf sich als erlöst betrachten und muss nicht vor Höllen- und Fegefeuer bangen, wie die Christen des Westens.

Weihnachten, die Feier von Christi Geburt, hat mit seiner in den Evangelien geschilderten Ärmlichkeit nur den Sinn, die Armut des Erdenwaltens an sich zu zeigen. In den traditionellen bulgarischen Bräuchen zu Heiligabend und Weihnachten herrscht überdies das heidnische Element vor, das Beschwören der Wiederkehr des Lichts und der Fruchtbarkeit von Mensch, Tier und Acker im kommenden Jahr.

Am Heiligmorgen wurde der Teig

für das Ritualbrot geknetet, das unbedingt rund sein musste, rund wie die Sonne, und verziert mit Symbolen des Lebens, stilisierten Vögeln, Blättern, Früchten und Ähren.

Dann wurde der Heiligabendstich gedeckt – auf dem Boden der Stube! Dieser wurde mit Stroh ausgelegt, darauf kamen sieben, neun oder elf typische Speisen: gekochte Bohnen, gefüllte Paprikaschoten oder Krautwickel, gekochte und gesüßte Weizenkörner, Kürbisstrudel, Dörrobst, Knoblauch, Honig, Walnüsse – und eben das Ritualbrot. Beim Brechen des Brotes wird an alle gedacht: Erst an die Toten, deretwegen später, wenn alle schlafen gehen, die Speisen auch nicht abgetragen werden, dann an die Familie um den Strohtisch, und ein Stück wird abgeteilt für das Vieh. Wie sehr das alles landwirtschaftlich-naturreligiös ist, sieht man daran, dass während des Mahls auf dem Boden (meist ja gestampfter

Lehm Boden) niemand aufstehen darf, und danach nur alle gemeinsam, – so wie im Sommer auf dem Feld das Korn vollzählig »aufwachsen« soll.

Von diesen anrührenden Bräuchen ist heute nur noch in entlegenen Dörfern etwas zu sehen. In den Städten geht es nach dem Krisenjahrzehnt zwischen Mauerfall und Millennium fast genau so zu wie im Westen: Lichterketten über den Haupteinkaufstraßen und – fast zynisch – in den sterilen Filialen amerikanischer Schnellrestaurants, in den Schaufenstern viel Plastikspielzeug in riesigen, knallbunten Kartons für die Kinder, und auf den Tischen der reicheren Bulgaren erinnert das Spanferkel an eine andere große Tradition: die Weihnachtsschlachtung des Hausschweins, mit dessen Speck, Fleisch, Blut und Inereien die ganze Wirtschaft für den Winter versorgt war.

Insgesamt aber bleibt das Fazit: Weihnachten hat es in Bulgarien nicht

leicht. Zwar versuchen die deutschen und österreichischen Supermarktketten, die seit zehn Jahren den bulgarischen Lebensmittelmarkt immer stärker übernehmen, den in Deutschland üblichen Weihnachtsrummel schon ab November zu entfesseln. Und im Park vor dem Nationaltheater Sofia haben die Deutschen listig einen Weihnachtsmarkt aufgebaut, um auch den Advent als Zeit des Stimmungsaufsangs ins bulgarische Festgedächtnis zu prägen; der Weihnachtsbaum ist ebenfalls bekannt. Doch insgesamt hat Bulgarien auf dem Festthermometer noch einige Grad Celsius bis zum deutschen Weihnachtsfieber zurückzulegen. Zu Nikolaus etwa wird traditionell immer noch Fisch gegessen und kein Schokoladennikolaus. Das Christkind ist unbekannt. Und das bekannteste Weihnachtslied in Bulgarien ist »Stille Nacht, heilige Nacht« Na, hoffentlich!

Wetter in der Region

Heute erwartet uns ein mit Wolken verhangener Himmel, und die Temperaturen klettern auf 6 Grad. Nachmittags kommt von Westen her stellenweise Regen auf. Der Wind weht mäßig aus Süd. In der Nacht geben dichte Wolken kaum den Blick auf die Sterne frei. Die Tiefsttemperaturen betragen 3 Grad.

Biowetter

Bluthochdruck	Belastung	Atemwegsbeschwerden	Belastung
Kreislaufbeschwerden	●●●●●	Herzbeschwerden	●●●●●
Kopfschmerzen	●●●●●	Erkältungsgefahr	●●●●●
Rheumaschmerzen	●●●●●	Konzentration	●●●●●
Schlafstörungen	●●●●●	Migräne	●●●●●
Reaktionszeit	●●●●●		
		keine ● gering ●●● mittel ●●●●● stark ●●●●●●	

Aussichten der nächsten Tage

Freitag	Samstag	Sonntag
3 7	2 6	4 8

08:13 Uhr SA 15:53 Uhr SU 18:19 Uhr MA 09:07 Uhr MU

Wind in km/h

min max des 24h-Tages

Nullgradgrenze: 1700 Meter

Bangkok	heiter	29°
Buenos Aires	heiter	32°
Chicago	Nebel	5°
Delhi	sonnig	23°
Dubai	sonnig	26°
Havanna	wolkig	29°
Hongkong	wolkig	16°
Johannesburg	bewölkt	22°
Kairo	sonnig	18°
Kapstadt	sonnig	28°
Las Palmas	wolkig	22°
Los Angeles	wolkig	13°
Mexico City	heiter	22°
Miami	heiter	25°
Moskau	wolkig	-1°
Nairobi	heiter	28°
New York	wolkig	6°
Peking	wolkig	-2°
Rio de Janeiro	bedeckt	29°
San Francisco	heiter	14°
Seoul	wolkig	-1°
Singapur	Gewitter	34°
Sydney	sonnig	32°
Tel Aviv	sonnig	20°
Tokio	Regen	10°
Toronto	bedeckt	4°
Vancouver	bewölkt	4°

				1		5		
			1				7	2
		9				6		
			8		9	3		
	4		2					3
					1	5		
		3					1	6
	7				9		2	
		6					4	

Sudoku

Das Zahlenrätsel muss so vervollständigt werden, dass in jeder waagerechten und jeder senkrechten Zeile sowie in jedem der neun Unterquadrate jede Ziffer von 1 bis 9 nur einmal auftaucht.

Die Lösung

8	2	6	3	1	7	5	9	4
5	4	1	6	8	9	3	7	2
3	9	7	5	2	4	6	8	1
6	5	8	4	9	3	1	2	7
4	1	2	8	7	6	9	5	3
9	7	3	1	5	2	4	6	8
2	3	9	7	4	5	8	1	6
7	8	4	9	6	1	2	3	5
1	6	5	2	3	8	7	4	9

Mit freundlicher Unterstützung von www.sudobdrucken.de